

4

Bonn, Freitag 12. Dezember 1969

Sprecher: Amrehn, Barzel, Dregger, Erhard, Filbinger, Gradl, von Hassel, Hasselmann, Heck, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lorenz, [Rummler], Schmücker, Schröder, Schwarz-Schilling, Stingl, von Weizsäcker, Wex, Windelen.

Politische Lage. Aufgabenverteilung im Präsidium. Ergebnisse des Bundesparteitag. Mitgliederwerbeaktion. Bau des Bundesparteihauses. Bundesparteitag 1970. Verschiedenes.

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 18.05 Uhr

POLITISCHE LAGE

Bericht des Parteivorsitzenden

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Vorstandssitzung und nehme die Gelegenheit wahr, um den Vorstand in seiner neuen Besetzung herzlich willkommen zu heißen und die neuen Mitglieder des Vorstandes insbesondere.¹

Wir haben eine ziemlich ausgiebige Tagesordnung. Deswegen will ich versuchen, in meinem Bericht zur Lage so knapp wie möglich zu sein, zumal ja auch der Fraktionsvorsitzende nachher seinen Bericht abgeben wird über die Arbeit der Fraktion und ihre Vorstellungen. Was die Situation der Partei nach der Regierungsbildung anlangt, will ich nicht viel sagen. Es wird natürlich draußen viel diskutiert. Man hört auf den Parteitag und auf den Versammlungen viele Fragen. Es kommt, abgesehen von einer allmählich abflauenden Kritik an dem, was wir hätten tun sollen, nach meinen Erfahrungen jetzt z.B. die Frage des „C“ im Namen der Partei von jüngeren Leuten auf – in meinem Wahlkreis Hochschwarzwald ist das von mehreren jungen Leuten geschehen –, eine Frage, mit der man sich einmal befassen muß, und zwar nicht in dem Sinne, das „C“ aus dem Parteinamen zu entfernen, sondern es noch einmal so zu interpretieren, wie es vernünftigerweise interpretiert werden muß. Ich bin der Meinung, daß es allmählich auch langweilig wird, auf all diesen Versammlungen nur ein paar periphere Gestalten auftreten zu sehen, die dann etwas sagen, was keineswegs der Meinung der großen Mehrheit derer, die da versammelt sind, entspricht. Aber leider merkt man das immer nur dann, wenn sie nicht klatschen, d. h. wenn sie bei denen

1 Auf dem 17. Bundesparteitag in Mainz wurden neu in Präsidium und Vorstand gewählt: Eduard Adorno, Norbert Blüm, Alfred Dregger, Jürgen Echnach, Wilfried Hasselmann, Hans Katzer, Konrad Kraske, Peter Lorenz, Manfred Schäfer, Christian Schwarz-Schilling, Gerhard Stoltenberg, Helga Wex und Heinrich Windelen.

nicht klatschen, während sie bei anderen klatschen. Das ist ein ungueter Zustand, daß sich einfach die Leute zurückhalten, weil sie glauben, der Mundfertigkeit der anderen nicht gewachsen zu sein. Aber das sind alles Dinge, über die man sich nicht besonders aufzuregen braucht. Das war nicht anders zu erwarten. Es ist sicher so, daß unsere Lage zur Zeit in der öffentlichen Meinung nicht schlecht ist. Das ist nicht nur ein allgemeines Gefühl, sondern das wird auch demoskopisch bestätigt.² Was die politische Landschaft anlangt, würde ich zu sagen wagen, daß die neue Regierung innenpolitisch schlecht gestartet ist auf nahezu allen Gebieten, außenpolitisch dagegen ist ihr zunächst einmal sicher der Beifall vieler im Inland wie im Ausland gewiß. Die Situation ist nach meiner Meinung, was die Außenpolitik anlangt, treffend dargestellt worden in einem Artikel von einem sonst sehr kritischen Mann im „General-Anzeiger“³, wo er sagte, es ist noch keinem deutschen Bundeskanzler soviel Beifall gezollt worden wie dem neuen, wo dann aber dasselbe gesagt wird, was ich in Mainz gesagt habe, daß Beifall und Zustimmung aus dem Ausland beileibe nicht als Beweis dafür genommen werden können, ob eine Politik richtig ist oder nicht.⁴ Das betrifft die ganze Breite der Außenpolitik wie der Deutschlandpolitik. Dazu nur wenige Worte.

Die Gewaltverzichtsverhandlungen mit der Sowjetunion sind die Fortsetzung dessen, was angefangen hat in der Friedensnote unter der Regierung Erhard und den Angeboten, die unter meiner Regierung gemacht worden sind.⁵ So weit, so gut! Ich hätte gewünscht, und wir alle hätten gewünscht, daß gerade im Blick auf diese ausstehenden Verhandlungen die Unterschrift unter den Atomsperrvertrag nicht voreilig und ohne jede Notwendigkeit und ohne jeden Nutzen weggeworfen worden wäre. Es ist aber geschehen. Was sich die neue Regierung bei diesen Gewaltverzichtsverhandlungen erhofft, ist sehr schwer zu sagen. Es bildet sich schon eine Legende. Wenn man so die polnischen Zeitungen liest, dann erscheint es so, als wäre da ein gewaltiger Erfolg erstritten worden, als seien die Russen plötzlich bereit, unter anderen Voraussetzungen mit anderen Zielsetzungen zu verhandeln, als sie das bisher getan hätten. Davon kann keine Rede sein. Alle Äußerungen, die aus Moskau kommen, sind hier ganz eindeutig. Sie bestehen auf den alten Forderungen. Es wird also eine Legende geboren, daß zu-

2 Im November 1969 sprechen sich 46 % der Befragten auf die Frage, welche Partei ihren Ansichten am nächsten stünde, für die CDU/CSU und 47 % der Befragten für die SPD aus. Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973. Hg. von Elisabeth NOELLE und Erich Peter NEUMANN. Allensbach/Bonn 1974, Grafik zwischen S. 304 und 305.

3 Vgl. Kommentar „Verfrüht“ von Hermann Eich im „General-Anzeiger Bonn“ vom 10. Dezember 1969. – Hermann Eich (geb. 1914), Journalist; 1958–1980 Chefredakteur der „Westdeutschen Zeitung“ in Düsseldorf, daneben Tätigkeit als Leitartikel beim „General-Anzeiger“ Bonn, Autor der Bücher „Die unheimlichen Deutschen“ (1963) und „Die mißhandelte Geschichte“ (1983).

4 Vgl. CDU, 17. BUNDESPARTEITAG S. 191.

5 Zur Friedensnote der Regierung Erhard vgl. Nr. 2 Anm. 3. – Zur Politik der Regierung Kiesinger vgl. Oliver BANGE: Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966–1969. In: Günter BUCHSTAB/Philipp GASSERT/Peter Thaddäus LANG (Hg.): Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt. Freiburg/Br. 2005 S. 455–498.

nächst die Sowjetunion als Vorbedingungen für Gewaltverzichtsverhandlungen bestanden hätte auf der Anerkennung der DDR, jetzt dies aber nicht mehr tue. Das ist weder in dem einen noch in dem anderen Sinne richtig. Deswegen wird man abwarten müssen, was bei der Geschichte herauskommt. Die Regierung wird sehr bald bei den Gewaltverzichtsverhandlungen vor die alten harten Forderungen gestellt werden. Die Verhandlungen mit anderen Staaten – nicht nur mit Polen, sondern mit der Tschechoslowakei, Ungarn usw. – führen auch zu nichts anderem. Denn es ist eben nicht so, wie ich es gestern in einem Fernsehkommentar hörte von Herrn Pechel⁶, daß wir es nicht mit einem monolithischen Block zu tun hätten, sondern mit eigenen Staaten mit ihren eigenen Individualitäten und Tendenzen. Das war vor Prag richtig, und es ist auch jetzt noch richtig, nur wird die Sowjetunion keine eigene Politik zulassen. Dafür ist uns ja die Breschnew-Doktrin wahrhaftig laut genug in die Ohren gerufen worden.⁷ Also auch hier Legendenbildung, die sehr bald zerstört werden wird. Ich glaube, die Regierung wird sich bald in Sackgassen verrannt finden. Verhandlungen mit Polen haben auch wir angeboten auf den Gebieten, auf denen verhandelt werden kann, aber keine Verhandlungen natürlich über die Oder-Neiße-Grenze. Ich habe den Verdacht, daß die Regierung nach einer Formel sucht, die praktisch der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht nur nahekommt, sondern sie praktisch schon ausspricht. Daß man sich also zwar verbal noch eine allerletzte Position vorbehält, aber von einer Respektierung der Grenze ohne Gewalt usw. nur noch soweit spricht, daß das Ergebnis einer Friedenskonferenz damit bereits vorweggenommen sein wird.

Was die Europapolitik anlangt, so hat Brandt zweifellos eine eindrucksvolle Rede in Den Haag gehalten.⁸ Aber man muß natürlich auch sehen, daß durch diese Rede Herr Pompidou⁹ die Schau gestohlen worden ist. Das war die Konferenz, die Herr Pompidou vorgeschlagen hat. Herr Pompidou ist auf diese Konferenz mit ganz konkreten Vorschlägen gegangen, und er ist mit Sicherheit auf diese Konferenz gegangen mit der Bereitschaft zum Zugeständnis der Eröffnungsverhandlungen für den Beitritt Großbritanniens und anderer. Hier ist ja in Frankreich jetzt – das zeigte sich schon bei

6 Dr. Peter Pechel (1920–1997), Journalist; 1950–1954 Redakteur beim Südwestfunk, 1955–1959 Korrespondent in London, 1960–1966 Korrespondent der ARD in Washington, 1966–1981 Chefredakteur des SFB.

7 Die sog. Breschnew-Doktrin, die von einer eingeschränkten Souveränität der Mitglieder des Warschauer Paktes ausging und daraus das Recht ableitete, einzugreifen, wenn in einem der Staaten der Sozialismus bedroht würde, wurde am 12. November 1968 von Breschnew auf dem Parteitag der PVAP in Warschau verkündet. Damit wurde im nachhinein der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 und die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ gerechtfertigt. Vgl. DzD V/2 S. 1475–1479. Dazu auch Matthew J. OUMET: *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy*. Chapel Hill 2003.

8 Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedsstaaten am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag. *Kommuniqué* in *EUROPA-ARCHIV* 1970 D 42–44; weitere Unterlagen in *ACDP* 01–083–067. Vgl. auch die Dokumente im Internet: <http://www.ena.lu>.

9 Georges Pompidou (1911–1974), französischer Politiker; 1969–1974 Staatspräsident. Vgl. *PROTOKOLLE* 5 S. 172 Anm. 14.

den letzten Unterhaltungen mit Pompidou, eigentlich hat es schon bei de Gaulle¹⁰ angefangen – das neue Argument da, man müsse die wirtschaftliche Präponderanz der Bundesrepublik ausgleichen durch den Beitritt Großbritanniens. Also das Märchen, daß Herr Brandt Herrn Pompidou überredet hätte, eine vorher eingenommene Haltung zu ändern während der Konferenz, ist eben ein Märchen. Und wenn man die ausländische Presse, insbesondere die französische Presse, genau verfolgt, sieht man mit Sorge, daß sich hier ein neues Ressentiment gegen uns anhäuft. Es ist eben so, und es war immer meine Überzeugung, wir konnten bei Verhandlungen in der Sache immer energisch sein, immer unseren Standpunkt energisch vertreten, aber wir müssen in der Art, wie wir unseren Standpunkt vertreten, vermeiden, daß wir anderen unnötig auf die Zehen treten. Wir haben es vermieden in den vergangenen Jahren, es mit Frankreich zu einem Bruch kommen zu lassen und zu schweren Verstimmungen, ohne in der Sache nachgiebig zu sein. Andere hatten uns zugemutet, mit den Franzosen zu brechen. Das hat sich jetzt ausgezahlt, daß wir es nicht zum Bruch mit Frankreich haben kommen lassen, denn wir haben immer gesagt, es kommt auch in Frankreich einmal eine Zeit, wo Leute über diese Frage entscheiden werden, die etwas pragmatischer denken als de Gaulle, der sicher auch jetzt noch einmal sich geweigert hätte, sein Ja zu Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien zu geben. In einigen französischen Blättern steht, keine Minute Zeit zu verlieren; es gilt, die deutsche Gefahr abzuwenden; man sieht ja, wie die Deutschen schon wieder reden. Auf der Konferenz hat einer der Teilnehmer gesagt, als Brandt sprach, der redet ja schon wie der Präsident der Vereinigten Staaten von Europa. Das ist nicht gut. Ich habe das natürlich in einer öffentlichen Kritik nicht gesagt. Aber hier unter uns muß man schon einmal darauf hinweisen, weil es nämlich ein Grundfehler der Sozialdemokraten von Anfang an war zu glauben, daß, wenn ein Sozialdemokrat etwas sagt oder wenn ein Sozialdemokrat so kräftig auftritt, dann sei das ganz etwas anderes, als wenn ein Mann von unserer Couleur das tut. Ich brauche auf die einzelnen Ergebnisse jetzt nicht einzugehen. Wir haben das ja alle gründlich verfolgt. Es ist erfreulich, daß diese Beitrittsverhandlungen kommen sollen. Der Termin steht zwar nicht im Communiqué, wie Sie wissen, aber man hat sich verständigt auf den 30. Juni. Aber vor dem Beginn dieser Verhandlungen müssen zwei Dinge geschehen: Erstens muß der ganze Agrarkomplex, insbesondere die Agrarfinanzierung, unter Dach und Fach gebracht werden vor dem Ende der Übergangszeit. Und was für ein Felsblock das ist, das wissen wir alle, und ich selber habe noch kein Rezept für die Lösung dieses Problems. Das zweite ist, daß in diesem ersten halben Jahr bis zum 30. Juni ja die Sechs sich einigen sollen, was sie als gemeinsamen Vorschlag für die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien bringen wollen. Auch da sehe ich noch eine ganze Menge Schwierigkeiten. Was die anderen Pläne anlangt, eine Wirtschaftsunion auszubauen, eine Währungsunion, das kann von uns alles nur unterstützt werden. Aber wir müssen auch klarmachen, daß das eine außerordentlich schwierige Sache sein wird. Wir werden in der Folge dafür sorgen müssen,

10 Charles de Gaulle (1890–1970), französischer General und Politiker; 1958–1969 Staatspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 156 Anm. 32.

daß diese Schau, die jetzt dem Kanzler zugute gekommen ist und die er ausgenutzt hat, geschickt ausgenutzt hat – das muß man zugestehen –, mit dem Vorbehalt, daß er sicherlich sich bei den Franzosen Ressentiments eingekauft hat und auch bei anderen, daß wir dieses Erstgeburtsrecht der CDU uns nicht aus der Hand nehmen lassen. Wir müssen also in der Europafrage im kommenden Jahr kräftige Initiativen entwickeln.

Zur Deutschlandpolitik hat Dr. Barzel mit Recht den Vorschlag gemacht, sie sollen mal mit einem konkreten Angebot an die Adresse Pankows hervortreten. Das wäre die Fortsetzung der Politik, die wir in der letzten Regierung eingeleitet haben. Hier habe ich die größte Sorge. Es ist verdächtig, mit welcher Eile immer, zumeist im Zusammenhang mit dem Kongreß der Jungsozialisten¹¹, dann die Sozialdemokraten sagen, auf keinen Fall werden wir die DDR völkerrechtlich anerkennen. Die Formel kommt immer sofort. Aber darum geht es ja gar nicht mehr, sondern es geht ja, nachdem sie schon bis an die Grenze gegangen sind, um die wirkliche Gefahr, daß nämlich die anderen Staaten der Welt die DDR völkerrechtlich durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anerkennen, d.h. also, daß die das Geschäft vollziehen, das sie selber aus guten Gründen, auch im Blick auf die deutsche Wählerschaft, nicht vollziehen wollen. Hier ist meiner Meinung nach die Lage so: Meine Informationen vermehren sich und stärken die Überzeugung, die ich habe, daß jetzt in der Welt eigentlich viele Länder nur warten auf den, der den ersten Schritt tut. Keiner möchte gern diesen ersten Schritt tun, aber wenn er einmal getan ist, wenn einer einmal vorangegangen ist, dann werden die anderen nachkommen, dann bricht eben etwas zusammen, was wir mit Mühe 20 Jahre lang aufgebaut und verteidigt haben. Und davor kann man immer nur warnen. Das ist die eigentliche Gefahr. In allem anderen glaube ich, werden sie sehr bald in Sackgassen landen. Wir müssen im Augenblick, wo eben noch vieles unsicher ist, uns noch etwas zurückhalten, meine ich. Wir können nicht in einem schwebenden Prozeß wie dem jetzigen schon Dinge zu antizipieren versuchen, die wir nur erst einmal als Möglichkeit sich abzeichnen sehen. Wir können nur warnen vor möglichen Gefahren.

Was die Innenpolitik anlangt, so hat ja die Fraktion sich im Bundestag gleich kräftig durchgesetzt, sie hat gute Figur gemacht.¹² Aber natürlich ist es so, daß wir uns nicht darauf verlassen können, daß die Fraktion so etwas vier Jahre lang mit großem

11 Bundeskongreß der Jungsozialisten vom 5. bis 7. Dezember 1969 in München unter dem Motto „Wir sind die SPD der 80er Jahre“. Eine Forderung der Jusos war die „gegenseitige Anerkennung als gleichberechtigte souveräne Staaten deutscher Nation“. Vgl. JS-magazin. Sondernummer: Bundeskongreß der Jungsozialisten S. 17 (ACDP Dokumentation 9/91/2–2–1).

12 CDU/CSU-Antrag Gesetzentwurf über die Anpassung der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BT-Drs. VI/69, erste Beratung vgl. Sten.Ber. 6. WP 13. Sitzung vom 26. November 1969 S. 476–496). – CDU/CSU-Antrag Entwurf eines 23. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (BT-Drs. VI/119, erste Beratung vgl. Sten.Ber. 6. WP 21. Sitzung vom 12. Dezember 1969 S. 788–794). – CDU/CSU-Antrag zur Beamtenbesoldung (BT-Drs. VI/130) und CDU/CSU-Antrag Entwurf eines Sechsten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen (BT-Drs. VI/131, erste Beratungen vgl. Sten.Ber. 6. WP 21. Sitzung 12. Dezember 1969 S. 794–805). – CDU/CSU-Antrag Gesetz-

Schwung durchhält, sondern da kommt dann der politische Werktag – wir merken das ja jetzt schon. Da kommen dann Dinge, wo man kämpfen muß, wo man sich auseinandersetzen muß, aber das ersetzt nicht die Arbeit der Partei auf breiter Basis. Diese Arbeit der Partei wird im nächsten Jahr sich in fünf Landtagswahlkämpfen abzuspielen haben, und dabei wird es ganz wichtig sein, wie es bei diesen Landtagswahlgängen nicht nur zwischen uns und der SPD ausgehen wird, sondern vor allem wie es mit der FDP gehen wird. Wenn die FDP in Nordrhein-Westfalen nicht mehr in den Landtag einzieht, wird das mit größter Wahrscheinlichkeit Auswirkungen hier im Bundestag in der FDP und auch in der Bundestagsfraktion der FDP haben. Und das ist natürlich eine der Chancen, die sich uns anbietet, vor 1973 schon das Ende dieser Regierung herbeizuführen. Daher müssen diese Landtagswahlkämpfe mit der größten Energie geführt werden. Ich will jetzt im einzelnen nicht darauf eingehen, wie das zu geschehen hat und welche Chancen vorliegen. Das Parteipräsidium hat sich heute früh mit einer Reihe von Spezialproblemen, insbesondere mit Problemen, die im Zusammenhang mit Nordrhein-Westfalen und dem Saarland stehen, befaßt.¹³ Was die innenpolitische Thematik und Problematik anlangt, da darf man ohne Selbstgefälligkeit oder ohne übermäßiges kritisches Bewußtsein sagen, daß die Regierungskoalition hier nicht sehr eindrucksvoll angetreten ist auf den verschiedensten Gebieten. Sie haben zunächst voreilige Versprechungen gemacht, die sie dann wieder zurückgestellt haben. Sie kommen in immer größere Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik hinein. Aber auch der Haushalt wird zunehmend Schwierigkeiten machen. Die Generalentschuldigung für alles Übel, nämlich die Nichtaufwertung, wird nicht mehr lange anhalten. Man nimmt sie ihnen heute schon nicht mehr ab. Es war übrigens interessant, daß Herr Blessing¹⁴ plötzlich in seiner gestrigen Äußerung gesagt hat, die Teuerung sei darauf zurückzuführen, daß im November 1968 nicht aufgewertet worden sei. Damals hat sich Herr Schiller außerordentlich zäh gegen eine Aufwertung gestraubt und hat das als einen großen Sieg vor der deutschen Öffentlichkeit gefeiert, was ganz falsch war, denn auf die Dauer läßt sich eine solche Sache nicht so verzerrt dargestellt durchhalten. Im übrigen stimmt es nicht – das will ich bei dieser Gelegenheit nur sagen für die, die es gehört haben. Wir haben damals im Einvernehmen mit der Bundesbank die Entscheidung, ob etwas geschehen soll oder nicht, vertagt auf das Frühjahr 1969. (*Dregger*: Im Einvernehmen mit der Bundesbank?) Im Einvernehmen. Herr Blessing und Herr Emminger¹⁵ waren dabei. Die Sachverständigen hatten die Aufwertung bzw.

entwurf zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (BT-Drs. VI/86, erste Beratung vgl. Sten.Ber. 6. WP 13. Sitzung vom 26. November 1969 S. 496–506).

13 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07–001–1402.

14 Dr. Karl Blessing (1900–1971), Diplom-Kaufmann; 1958–1969 Präsident der Deutschen Bundesbank. – Blessing äußerte sich am 11. Dezember 1969 in einer Befragung durch den Haushaltsausschuß des Bundestages, vgl. „Die Welt“ vom 12. Dezember 1969 „Blessing: Aufwertung erfolgte zu spät. Jetzt Konjunkturdämpfung entscheidend“; FAZ vom 12. Dezember 1969 „Blessing: Aufwertung allein genügt nicht“.

15 Otmar Emminger (1911–1986), Jurist; 1969–1977 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1315 Anm. 36. – Vgl. dazu EMMINGER S. 142–147.

flexible Wechselkurse vorgeschlagen.¹⁶ Dann hat man die Dinge diskutiert und kam dann dazu, daß eigentlich jetzt noch keine dringende Notwendigkeit vorläge, so daß wir die Entscheidung auf das Frühjahr vertagen sollten. Das nur zur historischen Wahrheit. (*Kraske*: Das hat aber kein Mensch draußen gehört.) Ja, so war es.

Amrehn: Das widerspricht sich ja auch nicht, wenn Herr Blessing sagt, im September und November habe die Bundesbank die Aufwertung vorgeschlagen. Und es widerspricht sich auch nicht, wenn Sie jetzt sagen, daß man sich verständigt habe, man wolle das Problem im Frühjahr lösen.

Kiesinger: Ja, aber ich habe Emminger nach Neujahr 1969 bei mir in meinem Urlaubsort gehabt, um mit ihm dieses Problem noch einmal zu besprechen. Und auch da hat er selbst noch den Zeitpunkt Frühjahr für den richtigen gehalten. Aber darüber wird sicher der Fraktionsvorsitzende noch etwas zu sagen haben. Ich glaube, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die Konjunktorentwicklung uns die Gelegenheit geben werden, im kommenden Jahr energisch anzusetzen und dabei der Regierung das Leben nun wirklich sauer zu machen. Im ganzen würden ich also sagen, lassen wir jetzt ruhig einmal den außenpolitischen Anlauf, den die neue Regierung genommen hat und mit dem sie Eindruck gemacht hat in der Welt, sich auslaufen. Ich kann nur hoffen, daß die fatalen Folgen einer Anerkennung der DDR nicht eintreten werden und daß sich auch nicht eine Stimmung im westlichen Ausland entwickelt, bei der wir uns schließlich zwischen zwei Stühlen sitzend finden. Was Amerika anlangt, hat natürlich die Regierung erklärt, sie sei mit dieser Politik einverstanden. Ich weiß aber, wie man um den Präsidenten herum denkt und welche Sorgen und Befürchtungen man drüben hat. Für Nixon ist es schwer, etwas anderes öffentlich auszusprechen als das, was er gesagt hat. Er hat ohnehin genug Sorgen im eigenen Haus und will sich natürlich hier in Europa nicht noch weitere Probleme schaffen. Aber ohne Zweifel wird diese Politik von unseren Freunden in Amerika mit Sorge verfolgt, wobei ich selbstverständlich weiß, daß es noch genug Leute, auch im State Department z. B., gibt, die noch in der Kennedy¹⁷-Tradition leben, die ja ohnehin dieser Politik sehr viel näher steht, als es die Nixon-Administration und seine unmittelbaren Berater sind. Es könnte sein, daß sich an dieser Frage ein latenter Gegensatz, der dort besteht zwischen dem Außenminister¹⁸ und Kissinger, dem Berater, entwickelt. Die beiden können nicht miteinander, das weiß man. Es ist da so eine Art Konkurrenzkampf da. Ich hoffe nicht, daß das passiert, denn das würde uns natürlich schaden. Ich versuche, Verbindung zu halten mit der Administration. Gerade ist jemand drüben, der sich erkundigt, wie es nun wirklich aussieht.¹⁹ Ich werde nächste Woche Bescheid bekommen. Mehr möchte ich aber jetzt nicht sagen. Alles andere wäre Spekulation.

16 Vgl. „Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (BT-Drs. V/3550 vom 2. Dezember 1968) S. 60–67.

17 John Fitzgerald Kennedy (1917–1963), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1961–1963 Präsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 439 Anm. 42.

18 William Pierce Rogers (1913–2001), amerikanischer Jurist und Politiker; 1957–1961 Justizminister, 1962–1968 Rechtsanwalt, 1969–1973 Außenminister.

19 Vgl. die Gesprächsnotiz von Helmut Sonnenfeldt vom 5. Dezember 1969, in dem er die

Ich brauche auf NATO und die Probleme, die damit zusammenhängen, nicht einzugehen. Da gibt es im Grunde genommen nichts wirklich Neues. Es ist das alte Problem da, inwieweit die NATO-Strategie den Bedürfnissen Europas entspricht, und wir werden uns eingehend auch mit den Fragen der gegenseitigen Abrüstung befassen müssen, denn es gibt eben einen Punkt, wo auch gegenseitige Abrüstung keineswegs sich zugunsten unserer eigenen Sicherheit auswirkt, sondern im Gegenteil, nämlich wenn ein Moment kommt, wo die nukleare Verteidigung unwahrscheinlich wird, dann wird die Möglichkeit einer konventionellen, ja sogar einer mit militärischer Drohung begleiteten politischen Aktion der Sowjetunion und die Chance dafür sehr viel größer. Wir werden auch darauf zu achten haben.

Das würde ich jetzt in Kürze als grobe Skizze darstellen. Die Situation der FDP ist mir noch nicht klar genug, meine Damen und Herren. Sie alle wissen, da und dort gibt es Austritte. Es gibt große Unzufriedenheit im Lande mit der Führung der FDP. Aber was sich nun wirklich herausbilden wird, das wird eben abhängen vom Ausgang dieser Landtagswahlen im nächsten Jahr. Und diese Landtagswahlen finden nun leider nicht gerade in solchen Ländern statt, in denen wir für die CDU von vornherein auf große Erfolge hoffen können. Aber jedenfalls scheint es mir wichtig zu sein, daß wir dieses Ziel, eine Krise der Koalition durch eine Krise der FDP herbeizuführen, nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Bericht des Fraktionsvorsitzenden

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß der außenpolitische Bericht des Herrn Vorsitzenden umfassend ist und ich mich im wesentlichen mit Methoden-Fragen der Opposition und mit innenpolitischen Punkten beschäftigen kann.

Zum Außenpolitischen nur vorweg, damit wir uns keinen Illusionen hingeben: Ich glaube, daß diese Regierung bereit ist, die vier bekannten Forderungen der Sowjetunion zu überbieten.²⁰ Und dies ohne Gegenleistungen. Ich befürchte, daß, wenn wir in einer großen ostpolitischen Debatte wir alles von Polen bis zu den Anerkennungs- und Berlin-Fragen zur Debatte stellten, es am Schluß dieser Woche dann zwar heftige, sicher parlamentarisch rhetorische Siege der Opposition, aber am Schluß mit der knappen Mehrheit der Regierung Beschlüsse in dieser Richtung geben würde. Davon ausgehend, versuchen wir zu kooperieren, um Pfähle so lange wie möglich und so lange, wie dies uns zumutbar ist, eingerammt zu halten, die sonst ausgerissen würden. Es kommt hinzu, daß wir glauben, daß, wenn eine Opposition immer nur nein sagt, man

Ansicht von Dirck Oncken wiedergab „that there were many people in Bonn, especially in the CDU, who wanted to embarrass the new Government and create dissension between it and Washington“ (FRUS 1969–1972 Vol. XL Dok. 46 „Memorandum for the Record“. – Text im Internet: <http://www.state.gov/documents/organization/101003.pdf>).

20 Im Gespräch am 11. Dezember 1969 mit Botschafter Helmut Allardt über Gewaltverzicht formulierte der sowjetische Außenminister Andrei Gromyko sechs Forderungen (AAPD 1969 Dok. 398). Vgl. auch die Aufzeichnung von Ministerialdirektor Hans Ruete vom 17. September 1969 (AAPD 1969 Dok. 293).

ihr dann das Nein nicht abnimmt, wenn es laut und hart gesagt werden soll. Der Punkt kommt ganz sicher, der Krach kommt auch ostpolitisch, nur sollte man eine Regierung nicht deshalb schon kritisieren, weil sie Schritte unternimmt in einer Richtung, die wir auch unternommen hätten, freilich ohne die Grenzpunkte zu markieren, die sie nicht zu überschreiten gedenkt, vielleicht so viel gleichzeitig unternimmt, daß sie automatisch auf die schiefe Bahn kommen muß.

Ich will nur an einem Punkt eine Ergänzung anbringen, weil man – glaube ich – verpflichtet ist, das, was so an potentiellen Entwicklungen kommen könnte, rechtzeitig den Freunden zu sagen, damit keiner überrascht ist. Es könnte sein, daß bei den Brüsseler Agrarverhandlungen – und hier weiß jeder, daß das nicht große Politik ist, wenn man Agrar sagt –, die bis Weihnachten wohl zu Ende kommen sollen, am Schluß die Bundesrepublik Deutschland einen höheren Beitrag als gegenwärtig zu zahlen hat. Wir zahlen jetzt 31 %; die anderen verlangen, die Beitragsbemessungsgrenze von der Produktion wegzunehmen und sie auf die Bruttosozialproduktbeiträge der Mitgliedsländer abzustellen, das wären dann 36 %. Es könnte sein, daß diese Regierung dann kommt und sagt, nur wer dem zustimmt, ist wirklich für den Beitritt Großbritanniens.²¹ Wir haben der Regierung vorher gesagt und haben es auch im Fraktionsvorstand noch einmal festgehalten, daß wir nicht bereit sein würden, einer Regierung, die so schlecht verhandelt, nur wegen des publizistisch hergestellten Junktims auch zu folgen, sondern daß wir die Agrarpolitik aus den agrarpolitischen Problemen in sich beantworten würden und nicht mit anderen zusammen. Daß hier auch, was Den Haag betrifft, ein Pferdefuß liegt, hat der Herr Vorsitzende mit Recht betont. Wenn Sie die Ziffer 7 dieses Kommuniqués lesen, werden Sie das feststellen. Ich betone diesen Punkt schließlich deshalb, weil ich in Erinnerung rufen möchte, daß die Freie Demokratische Partei von Anfang an nicht sehr für die EWG war und erhebliche Vorbehalte gegen die Agrarfinanzierung hatte und daß das ein möglicher Punkt von wichtigen Kontroversen im Augenblick sein könnte, weil eine endgültige Agrarfinanzierung der Europäischen Gemeinschaft der Zustimmung des Bundestages bedarf, so daß hier eine Abstimmung stattfinden muß und dann die Mehrheitsverhältnisse sehr, sehr interessant werden könnten.

Das zweite, was ich eben behandeln möchte, betrifft zwei methodische Akzente unserer Politik hier. Wir erwecken zwar nach außen den Eindruck, als hätten wir nie etwas anderes gemacht und seien unserer Sache ganz sicher. In Wirklichkeit lernen wir ganz schrecklich und versuchen, uns so durchs Gelände zu schieben, weil wir keinerlei Erfahrung auf diesem Gebiet haben. Einmal haben wir uns dahin verständigt, daß wir nicht ständig aus derselben Ecke die Debatten haben dürfen. Dies deshalb, weil die Gruppen der Gesellschaft, die uns bei den letzten Wahlen die Treue gehalten haben oder besonders stark für uns zu erreichen waren, bedauerlicherweise in der Gesamt-

21 Am 19. November 1969 hatte die EG-Kommission Vorschläge zur Anpassung einzelner Agrarpreise an die Marktlage und zu einer Reduzierung der Preisgarantie für die Erzeuger vorgelegt (BULLETIN DER EG 1/1970 S. 25–27). Zum Kommuniqué der Konferenz am 1./2. Dezember 1969 über die Finanzregelungen der gemeinsamen Agrarpolitik und die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften vgl. Anm. 8.

gesellschaft abnehmen, während die unterrepräsentiert sind in anderen Gruppen, die zunehmen. Deshalb ist es in der Fraktion natürlich leicht, jeden Tag eine Deutschland-Debatte, eine Vertriebenen-Debatte, eine Agrar-Debatte zu führen. Aber mit dem Blick auf 1973 ist es eben nötig, eine Debatte über Konjunkturpolitik, über Strukturpolitik, über Bildungspolitik zu führen und so fort. Und ich denke, daß uns das so weit wie möglich auch gelungen ist.

Das andere zur Methode: Wir haben ja die anspruchsvolle Überschrift gesetzt, daß wir die stärkste Opposition seien, wobei stark nach der Zahl leider wegen der Präsenzprobleme in einer Partei wie der unseren nicht jeden Tag darzustellen ist. Wir verzichten, wenn immer möglich, auf Abstimmung, weil bei allem, was wir anstellen, die Präsenz nicht genügend ist. Und es wäre schrecklich, wenn sich im Publikum festsetzt, im Grunde hat die Regierung eine Majorität von 30, 40 oder gar 50. Ich bitte also, bei vielen Fragen, wo Sie vielleicht vermissen die Verdichtung am Schluß einer Debatte in einem Antrag, einfach an diesen praktischen Gesichtspunkt doch zu denken. Im übrigen sind wir dabei, ich werde das gleich aufzeigen, eben durch eigene Initiativen auch ein Stück unseres Berliner Programms zu verwirklichen.

Das dritte, was ich sagen möchte, betrifft zwei aktuelle Punkte. Bundeskanzler Brandt hat heute in seiner Eigenschaft als SPD-Vorsitzender eine Pressekonferenz gegeben.²² Dabei hat er zugegeben, daß er einige neue Konkretisierungen vornehmen würde, wenn er die Regierungserklärung noch einmal formulieren müßte. Das ist erstaunlich nach sieben Wochen. Und er hat gesagt, das volle Ausmaß der wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten hätten Ende Oktober auch die Experten nicht erkennen können. Das ist natürlich eine Ohrfeige für Karl Schiller, wie sie schrecklicher nicht gedacht sein kann. Ich glaube, diese beiden Eingeständnisse sind hervorragend geeignet für unsere Bilanz vor Weihnachten. Der andere aktuelle Punkt betrifft unsere Freunde im Bundesrat und in den Ländern. Ich glaube, es lohnt sich, darüber nachzudenken und entsprechend zu handeln, in der Kriegsofferfrage im Bundesrat, entsprechend der agrarpolitischen Vorgänge, den Versuch zu machen, auf 22 % zu gehen²³ und in den Vermittlungsausschuß zu gehen. Dies schien mir vernünftig, und ich höre, daß da auch Vorgespräche bestehen in dieser Richtung.

Erlauben Sie mir, mit wenigen Worten zu sagen, was wir bisher zur Sache hier gemacht haben und was uns noch vorschwebt. Wir haben also Anträge eingebracht zu den Kriegsopfern, zum Lastenausgleich, zu dem Beamten- und zum Kindergeld²⁴, sind aber insgesamt – und Herr Stoltenberg wird dies in einer Pressekonferenz am Montag noch einmal der Öffentlichkeit klarmachen – natürlich weit hinter dem zurückgeblieben, was die Regierungskoalition ausgibt oder verspricht. Wir müssen immer einrechnen die 1,7 Mrd. für die Landwirtschaft, die wir nicht zu vertreten haben – das ist auch

22 Vgl. „Die Welt“ vom 13. Dezember 1969 „Brandts Bilanz“.

23 Die CDU/CSU hatte eine Erhöhung der Kriegsopferversorgung um durchschnittlich 22 % gefordert. Vgl. DUD Nr. 235 vom 10. Dezember 1969 S. 2f. „16 Prozent reichen nicht“; „Bonner Rundschau“ vom 12. Dezember 1969 „Ein schlechtes Gewissen gegenüber Kriegsopfern“. Vgl. Anm. 34.

24 Vgl. Anm. 12.

etwas Neues –, die Steuersenkungsabsichten bei der Ergänzungsabgabe und bei dem Arbeitnehmerfreibetrag, die Versprechungen an die Rentner. Wir haben die Regierung dann ermuntert, doch einen Ausgabenstopp mit Ausnahme von Kriegsopfern, Agrar und Öffentlichem Dienst bis zum Vorliegen der Mittelfristigen Finanzplanung zu akzeptieren. Dem konnten sie sich dann auch nicht verschließen, so daß alles das, was man versucht, uns an schlechtem Gewissen einzureden, objektiv beim besten Willen nicht berechtigt ist, denn wir haben ja gesagt, daß alle unsere Vorlagen zur Disposition stünden in der 2. und 3. Lesung, falls diese vor der Mittelfristigen Finanzplanung sein sollten.

Wir haben eingebracht das Wahlalter.²⁵ Wir haben dann – und dafür sind wir sehr dankbar, daß unsere Freunde in den Ländern das im Tempo und im Inhalt ermöglicht haben, auch unsere Freunde in Bayern, sowohl die hier Tätigen, wie die in München Tätigen –, daß wir also § 91a des Grundgesetzes ergänzen dürfen mit einer Ausweitung auf die Fachhochschulen, daß wir die Anfrage zum Numerus clausus eingebracht haben²⁶, und ich hoffe, daß wir im Januar oder im Februar ein Hochschulrahmengesetz einbringen, das auch die Zustimmung unserer Freunde in den Ländern findet. Wenn dies geschehen ist – und wir sind hier, wie versprochen, sehr viel schneller als die Bundesregierung –, dann wächst uns, glaube ich, die Landschaft zu, in der wir das machen sollten, was Herr Filbinger mit Recht verlangt, nämlich uns um die ganz konkreten Probleme der Überfüllung der Hörsäle usw. zu kümmern. Aber es schien uns notwendig, zunächst mal ein Signal zu setzen. Das ist uns gelungen, und ich bin Ihnen dankbar dafür.

Zur Vermögensbildung hat Herr Burgbacher einen Gesetzentwurf hereingegeben, der das Berliner Programm realisiert – Beteiligungslohn.²⁷ Hier muß ich darauf hinweisen, daß diese Fraktion eine CDU- und CSU-Fraktion ist. Im Programm der CSU stand der Beteiligungslohn nicht. Wir müssen deshalb mit unseren Freunden aus Bayern noch diskutieren. Außerdem muß man sehen, daß die beiden anderen Fraktionen für irgendeinen Zwang, wie sie sagen, nicht zu haben sind. Das wird den Widerstand des DGB sowie der Arbeitgeberverbände haben. Wir haben deshalb zunächst uns geholfen dadurch, daß wir eine interne Diskussion durchführen. Wir wollen dann hier ein neues Verfahren anwenden. Wenn wir uns einig sind, daß der Zeitpunkt vernünftig

25 CDU/CSU-Antrag Gesetzentwurf zur Herabsetzung des Wahlalters (BT-Drs. VI/70, erste Beratung vgl. Sten.Ber. 6. WP 15. Sitzung vom 28. November 1969 S. 548–558).

26 Antrag der Abgeordneten Dr. Stoltenberg, Dr. Martin und der Fraktion der CDU/CSU „Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulbauförderungsgesetzes“ (BT-Drs. VI/115, erste Beratung vgl. Sten.Ber. 6. WP 19. Sitzung vom 10. Dezember 1969 S. 667–692. – „Große Anfrage der CDU/CSU betr. Numerus Clausus“ BT-Drs. VI/124, Beantwortung durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft BT-Drs. VI/246, zur Behandlung der Anfrage im Bundestag vgl. Sten.Ber. 6. WP 25. Sitzung vom 21. Januar 1970 S. 1038–1046.

27 Dr. Fritz Burgbacher (1900–1978), Wirtschafts- und Steuerberater; 1957–1976 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 31 Anm. 65. – Burgbacher sprach sich für die Einführung des Investivlohns zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer aus. Vgl. dazu Günter BUCHSTAB: Alter Wein in neuen Schläuchen? Vom Mitarbeiter zum Miteigentümer. Der Burgbacher-Plan von 1969. In: HPM 7 (2000) S. 269–288.

ist und die Vorlage halbwegs als Diskussionsgrundlage bezeichnet werden kann, wollen wir mit der interessierten Öffentlichkeit diese Probleme diskutieren. Das nützt uns sehr viel mehr.

Wenn wir nach vorwärts schauen, werden wir im Januar den Bericht zur Lage der Nation bekommen. Wir sind sehr dankbar, daß der Herr Parteivorsitzende bereit ist, selbst in dieser Debatte die erste große Rede für uns zu halten. Wir werden im Februar den Haushalt und die Mittelfristige Finanzplanung bekommen. Dann wird es einen ersten von uns eröffneten Angriff auf die Gesamtpolitik der Regierung geben, wenn nicht vorher andere Anlässe bestehen. Die Arbeitskreise der Fraktion oder spezielle Arbeitsgruppen arbeiten an all den Fragen, die wir in Mainz auf dem Parteitag bezeichnet haben.

Das letzte Innenpolitische, was ich sagen möchte, weil der Herr Vorsitzende in seinem Bericht darum bat, ist die Frage mit den Preisen. Und das ist, glaube ich, auch der Punkt, der unsere Mitbürger so erregt, wie es unsere Rentner erregt, daß sie nun kein Weihnachtsgeld bekommen und auch die Krankenversicherungsbeiträge immer noch abgezogen bekommen. Wenn Sie den Bericht der Bundesbank, der heute veröffentlicht wird²⁸, lesen, dann finden Sie da eine hervorragende Sache, die an vergleichbare Dinge von früher erinnert. Die Bundesbank kritisiert die Bonner Haushaltspolitik. Sie sei pro-zyklisch und nicht antizyklisch. Die Bundesbank erwartet Steigerungsraten von 10 bis 14 %, während etwa 7 % konjunkturneutral wären. Die Bundesbank weist darauf hin, daß die Geldpolitik alleine nicht helfen könne, wenn die Fiskalpolitik dahinterbliebe, so daß wirklich die Frage an die Regierung berechtigt ist, ob sie in eine Inflation oder in eine Rezession zu steigen beabsichtige. Ganz sicher müssen wir den Vorwurf erheben, gerade dann, wenn wir aus der vergangenheitsbezogenen Aufwertungsdebatte herauskommen wollen – was in unser aller Interesse ist –, daß wir sagen, diese Regierung hat es versäumt, ein Programm der binnenwirtschaftlichen Preisstabilität zusammen mit der Aufwertung vorzulegen. Das ist, glaube ich, ein Satz, der sich sehen lassen kann. Wenn man uns dann fragt, was würdet Ihr machen? Zunächst eine andere Haushaltspolitik. Und im übrigen haben wir nie den Eindruck erweckt, daß am Markt vorbei alles machbar sei. Das, glaube ich, sind die beiden Antworten, die man auf diesen Einwand geben sollte. Ich hoffe, daß Sie mir gestatten, so im Eilgalopp hier zu berichten, aber den meisten Damen und Herren sind die Probleme ohnehin vertraut und für sie vielleicht sowieso viel zuviel Bekanntes. Ich danke herzlich.

Kiesinger: Es ist vielleicht noch interessant hinzuzufügen, daß dieses Sachverständigen-Gutachten an Hilflosigkeit gegenüber der Situation nicht mehr überboten werden kann. Auch das ist wichtig, auch die Aussage darin, daß wir ja glücklich aus der Aufwertungsdebatte herauskommen wollen. Aber es steckt nun mal die Aussage darin, daß die vollzogene Aufwertung nicht reichen werde. Das ist das eine. Und zweitens das, was wir immer wieder in Zukunft, auch wenn wir nicht zurückgreifen wollen auf das Für und Wider, sagen müssen, daß glatt zugestanden wird, daß eben das kommt,

28 Die Bundesbank kritisierte, daß Bund und Länder in ihren Haushaltsansätzen weit über die mittelfristige Finanzplanung hinausgegangen seien (vgl. dpa vom 12. Dezember 1969).

wovor wir immer gewarnt haben, nämlich eine Kette von Aufwertungen, und zwar jedesmal mit den gleichen Konvulsionen, die eine solche Aufwertung begleiten. Ich habe vor kurzem mit einem gesprochen, der meint, wenn man nur immer 2,5 % höher ginge, dann würden die Spekulationen vermieden werden. Ja, aber es kommt nur darauf an, ob die Spekulanten von vornherein damit rechnen, daß man nicht noch etwas weiter greift.

Ich hatte noch etwas vergessen, meine Damen und Herren, das will ich kurz nachholen. Dem Bundesrat kommt ja jetzt eine besondere Bedeutung zu, denn wir haben mit dem Bundesrat die Möglichkeit, bei ganz wichtigen Anlässen die Mehrheit im Bundestag zu überwinden, und zwar bei jedem Gesetz, da ja etwa die Hälfte Zustimmungsgesetze sind und die andere Hälfte nur durch eine qualifizierte Mehrheit im Bundestag überstimmt werden können. Da haben wir uns zusammengesetzt und haben eine enge Zusammenarbeit zwischen der Partei und den Ministerpräsidenten, bzw. in Niedersachsen war es noch der Landesvorsitzende²⁹, ausgemacht, und zwar von langer Hand, daß wir rechtzeitig an die Probleme herankommen, also nicht etwa kurz vor einer Sitzung des Bundesrates, dann ist es sowieso zu spät, sondern daß wir versuchen, da eine gemeinsame Planung zu entwickeln, die natürlich schon beim ersten Durchgang im Bundesrat von größter Bedeutung sein kann, denn die Regierungsentwürfe kommen ja zuerst an den Bundesrat. Weil Herr Dr. Barzel die Frage gleich anschnitt, er hat ja ein praktisches Beispiel gleich [her]angezogen – wir haben im Präsidium darüber gesprochen, ob wir in dieser Hilfe für die Landwirtschaft unseren Freunden raten sollten, im Bundesrat anders zu votieren. Wir sind bei den Kriegsoffern dann zu dem Ergebnis gekommen, es nicht zu tun. Aber wir sind ja völlig offen. Wenn der Fraktionsvorsitzende glaubt, daß es politisch gescheiter und zweckmäßiger sei, dann bitte, dann lassen Sie uns darüber sprechen.

Barzel: Ich weiß gar nicht, was hier gescheit ist oder nicht. Dazu bin ich im Augenblick viel zu müde. Ich habe nur gehört, daß unsere Freunde in der Fraktion zusammen mit den zuständigen Ministern unserer Freunde in den Ländern sich unterhalten haben, und die seien alle der Meinung gewesen, dies wäre ein geeigneter Punkt für die zweite Runde dieses Unternehmens. Aber das können die Herren Ministerpräsidenten sicher besser beurteilen.

Filbinger: Eben! Ich weiß von Vertretern der Kriegsofferverbände, daß sie bereit wären, bei 18 % zu akkordieren. Wir könnten also als Initiative der CDU-Länder ein Veto einlegen, könnten in den Vermittlungsausschuß gehen und dann bei 18 % ankommen und hätten auf die Weise die Initiative der Bundestagsfraktion aufgegriffen und zu einem Kompromiß geführt, der im Vermittlungsausschuß initiativ wird.

Windelen: Ich habe ein Gespräch mit den Ländervertretungen unserer Länder geführt. Hier war die Bereitschaft, der Fraktion im Bundesrat zu helfen, durchaus vor-

²⁹ Vorsitzender der CDU in Niedersachsen war von 1968–1990 Wilfried Hasselmann. Vgl. ZICK S. 133–217. – Die Ministerpräsidenten der CDU/CSU-regierten Länder waren: Hans Filbinger (Baden-Württemberg), Alfons Goppel (Bayern), Helmut Kohl (Rheinland-Pfalz), Franz Josef Röder (Saarland), Helmut Lemke (Schleswig-Holstein).

handen. Man war sich über den Satz nicht ganz klar, vor allem über das, was durchsetzbar ist. Gerade im Land Baden-Württemberg hatte man ja wohl im Kabinett auf 18 % akkordiert, 18 bis 19. Das hielt man allenfalls für durchsetzbar. Es blieb die Frage, ob man einen festen Satz nennen sollte oder wenigstens sagen sollte, ein Satz über 16 %. Das wäre im Ergebnis ja das gleiche. Die Regierung wäre dann gezwungen, jedenfalls in neue Überlegungen einzutreten. Und ich glaube, das wäre für uns sehr hilfreich. Ich wurde gebeten, gerade das Land Baden-Württemberg, das sich hier ja ein wenig schwer tut, auch vom Parteivorstand bitten zu lassen, doch diese Linie zu vertreten.

Filbinger: Wir haben unseren Beschluß gefaßt, nachdem uns unsere Freunde von den Kriegsofverbänden gesagt haben, bei 18 % sind wir bereit mitzumachen. Also haben wir einen Beschluß gefaßt in dieser Richtung und schon eine Weisung gegeben an unseren Mann, der im Arbeits- und Sozialausschuß abstimmt.

Heck: Muß man hier nicht überlegen, was steht am Ende? Wir haben im Präsidium die Frage ja nur unter dem Gesichtspunkt besprochen, werden wir etwas erreichen im Vermittlungsausschuß. Oder, wenn wir nichts erreichen, werden wir Prügel einstecken müssen. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Präsidium zu dem Ergebnis gekommen, daß es wohl zweckmäßiger wäre, in der Kriegsofersache den Vermittlungsausschuß nicht anzurufen.

Kiesinger: So habe ich es nicht verstanden.

Filbinger: Ich habe das Gefühl, Herr Bundesvorsitzender, daß der Vermittlungsausschuß die Mehrheit bekommen könnte, also die SPD das nicht durchsetzt, bei einem Vermittlungsangebot von 18 % auf ihren 16 % stehenzubleiben.

Kohl: Ja, ich muß noch einmal auf das Wort von Bruno Heck zurückkommen. Ich bin bereit, so zu verfahren. Das ist bei uns keine Schwierigkeit. Die Frage ist, ist das im Rahmen einer soliden Politik, die wir anvisiert haben? Das ist für mich die Frage, wenn es zu einer Auseinandersetzung kommt. Oder wird es draußen so verstanden: Wer bietet mehr? Die Frage müssen wir uns stellen. Das, finde ich, muß abgewogen werden. Da sitzt eigentlich die politische Entscheidung. Denn Rainer Barzel hatte diese sehr kritische Formulierung seinerzeit geprägt – Politik des leichten Geldes machen wir nicht.³⁰ Für mich ist die Frage, wo steckt der entscheidende Punkt für uns darin, wobei es gar nicht so wichtig ist, ob 16 oder 18 %. Es steckt ja noch etwas anderes darin, nämlich die Frage der Dynamisierung. Das muß man ja mit dazunehmen bei einer nüchternen Betrachtung des Problems.

Barzel: Wenn wir das verteilen – erst mal die Dynamisierung. Wir haben sie vorgeschlagen. Unsere Freunde haben dann – für mein Gefühl etwas zu schnell – dem zugestimmt, und der Finanzminister hat gesagt, das Geld dafür sei da. Daraufhin wurde allem zugestimmt. Bleibt der Satz 16/22, 18/19.

Kohl: Sie erlauben, daß ich noch eine Zwischenfrage stelle, Herr Barzel. Sie können

30 Vgl. die Antwort Barzels in der Bundestagssitzung am 29. Oktober 1969 auf die Regierungserklärung Brandts (Sten.Ber. 6. WP 6. Sitzung S. 37–46, hier S. 38).

sie dann gleich mitbeantworten. Wo hören wir dann auf? Was war die Meinung der Fraktion in der Möglichkeit der Dynamisierung?

Barzel: Wir haben der Dynamisierung zugestimmt.

Kohl: Ja, für diesen konkreten Fall. Aber es gibt ja andere Fälle.

Barzel: Das ist eine berechtigte Frage. Da müssen wir eine Politik entwickeln. Wir haben sie auch noch nicht. Was den Satz betrifft, so ist natürlich eine Politik, mehr zu verlangen, als die Regierung vorschlägt, nur glaubhaft vor der Überschrift der Solidität. Wenn wir bereit sind, z. B. – ich sage jetzt z. B., es kann auch an anderen Punkten sein – bei den Steuersenkungsabsichten der Bundesregierung zu sagen: „Nein, wir brauchen das Geld dafür, wir brauchen 300 Mio. für eine kleine Kindergeldlösung und den Rest für die Bildungspolitik“, das wäre eine runde Politik. Deshalb hat Herr Kohl völlig recht. Wenn wir das aus dem Zusammenhang nehmen und hier einfach billig mehr fordern, dann geraten wir in Widerspruch mit uns selbst. Wenn wir aber hinterher bereit sind, entsprechend den kritischen Einleitungen auch im Bundesrat dazu, dann, glaube ich, haben wir eine gute Linie und können auch die Anliegen unserer Bildungspolitiker dann ein bißchen berücksichtigen. Aber das muß man natürlich auch sehen, sonst ist es eine billige Politik.

Heck: Ich habe eine gewisse Sorge. Wir erleben es jetzt im Bundestag, wie absolut – loyal kann man schon gar nicht mehr sagen – konform die Regierungsfraktion zu ihrer Regierung steht. Ich glaube, wir sollten uns nicht täuschen, was es für die SPD bedeuten würde, wie sie das wertet, hier im Vermittlungsausschuß zu unterliegen. Deswegen habe ich wenig Hoffnung, daß auf Länderseite bei der SPD jemand ausschert.

Schwarz-Schilling: Ich möchte noch einmal auf das Gesamtkonzept, von dem hier die Rede war, zurückkommen. Ich glaube, daß das bisher schon ganz deutlich sichtbar war bis auf einen – ich möchte sagen – etwas mehr als Schönheitsfehler. Und das hat bei uns draußen also auch einen ziemlichen Schrecken hervorgerufen. Das war die Tatsache, daß man die Beamtengehälter auf 12 % mit einer ganz präzisen Zahl präzisiert hat, was zumindest nach meinen Nachforschungen bisher noch nie von einer Opposition mit einer präzisen Zahlenangabe gemacht wurde. Am gleichen Tag hat der Vorsitzende des CDU-Arbeitskreises für Wirtschaft und Ernährung, Herr Müller-Hermann³¹, das Sachverständigen-Gutachten kritisiert, weil es eine Lohnsteigerungsrate von 9 bis 10 % als verkraftbar für das Jahr 1970 erklärte. Das war am selben Tage. Ich habe also große Bedenken; wenn diese Dinge nicht besser verzahnt werden, werden wir große Schwierigkeiten bekommen. Ich hätte gern Ihre persönliche Ansicht einmal zu dieser Frage.

Barzel: Ich bin sehr dankbar für diese Frage, und sie haben liebenswürdigerweise nach meiner persönlichen Meinung gefragt. Ich glaube, ich gehe nicht zu weit, wenn

31 Ernst Müller-Hermann (1915–1994), Redakteur; 1952–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 601 Anm. 29. – Müller-Hermann kritisierte, daß das Gutachten des Sachverständigenrates „bezüglich der Preisentwicklung nur düstere Erwartungen“ zuließe. Vgl. Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 3. Dezember 1969. Zum Jahresgutachten 1969 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vgl. BT-Drs. VI/100.

ich hier mitteile, daß in dieser Frage der Beschluß der Fraktion abweicht von der Empfehlung des Vorstands. Zweitens möchte ich mitteilen, daß wir ein Gespräch hatten mit dem Beamtenbund, in dem dieser zu unserer Überraschung nach unserem Drängen bereit war, von den 12 % bis zu 3 % vermögenswirksam entgegenzunehmen. Das ist immerhin eine Milderung. Wenn Sie das Ganze sehen und feststellen, daß wir, was Beamtengehälter betrifft, immer in einem Zwang sind, das nachzuvollziehen, was vorher im Tarif geregelt ist, und wenn Sie dann Kluncker³² hören, der 13 bis 25 % fordert, kann man sich vorstellen, wo ungefähr diese Regierung abbleiben wird.

Dregger: Herr Barzel hat eben meines Erachtens mit Recht gesagt, daß wir auf die Konsequenzen im Gesamten sehen müßten und bereit sein müßten, gegen eine Steuersenkung zu stimmen. Ich möchte das vorschlagen. Eine Steuersenkung scheint mir unverantwortlich zu sein, und es wäre auch ein Punkt, wo die kleine Koalition SPD–FDP in Schwierigkeiten kommen könnte, denn die Senkung der Ergänzungsabgabe ist doch offenbar von der FDP vorgeschlagen worden.

Kiesinger: Zu dem Thema Kriegsoffer-Vermittlungsausschuß sollten wir schon mit einer Meinung hier herauskommen.

Kohl: Das Problem ist, daß man das Ganze ja sehen muß im Zusammenhang mit Fragen der übrigen Öffentlichkeit, daß auf diese Art und Weise die Regierung nach der Taktik des Salami-Abschneidens vorgeht. Übrigbleiben wird dann eine Oppositionspolitik, wie wir sie jahrelang kritisiert haben, d. h. also, wenn wir am nächsten Freitag in die Schlacht ziehen und künden das an und wir bleiben unterwegs liegen, dann ist die Blamage eine ziemlich große.

Amrehn: In der Fraktion ist die Steuersenkung nur dann nicht zu verhindern, wenn wir vorher hinreichend klarmachen, was an sich mit den Mehrbeträgen, die ohne Steuersenkung bleiben, geschehen soll. Ich weiß nicht, ob wir die publizistischen Möglichkeiten haben, mehrere Wochen lang dieses Ziel deutlich sichtbar zu machen, daß wir nachher sagen können, von uns wird die Ergänzungsabgabe nicht gesenkt. Sonst hat Kohl völlig recht. Das war auch die Stimmung in der letzten Fraktionssitzung, daß man eine Steuersenkung, die die Regierung verantworten will und vorschlägt, eigentlich nicht verhindern kann. Und da liegt zur Zeit auch nach meinem Eindruck die Mehrheit der Fraktion, die man nur dann gewinnen kann, wenn man das andere Ziel so deutlich macht, wofür ein Anspruch an den mehrverdienenden Bürger gestellt wird. Hier geht es also um eine Frage der Publizistik, so wie auch in der Frage der Beamtengehälter. Wir waren uns alle klar, daß die 12 % im Grunde nicht zu tun haben mit den Erhöhungen, die im Januar im Bereich der Industrie kommen, sondern daß hier verwirklicht wird, was immer vom Beamtenbund als Nachholbedarf mit sehr viel höheren Zahlen deklariert worden ist. Er hat ja schon früher 22 oder 23 % gefordert. Das ist sicher überhöht, aber auf der anderen Seite ist der Öffentliche Dienst, soweit er beam-

32 Heinz Kluncker (1925–2005), Textilkaufmann; 1946 SPD und ÖTV, 1964–1982 Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV. Vgl. Hans Otto HEMMER/Hartmut SIMON (Hg.): Auf die Wirkung kommt es an – Gespräche mit Heinz Kluncker. Frankfurt/Main 2000.

tet ist, etwas schlecht weggekommen, und man kann nun einfach nicht zulassen, daß er jetzt bei weiteren Erhöhungen nur abgespeist wird mit einer Rate von 6 oder 7 oder 8 %, wenn man weiß, daß schon in der Vergangenheit nichts geschehen ist. Dabei hat praktisch eine Rolle gespielt, daß die Regierung kaum darunterbleiben kann. 10 oder 11 % kommen sowieso raus, und wir waren der Meinung, mit den vermögenswirksamen 2 % können wir verantwortlich 12 % vorschlagen.

Jetzt komme ich aber auf den Punkt zurück, für den wir ja noch keine Entscheidung getroffen haben – 16 oder 18 % im Bundesrat. Heute hat sich also die Fraktion nachhaltig und mit Bravour, für meinen Eindruck sehr erfolgreich – wenn man es so wiedergibt –, im Rundfunk und Fernsehen für die 42 % geschlagen und hat dazu gesagt, das ist verantwortbar, daß läßt sich auch nachrechnen, warum es 22 in einem Gesetz sein müßten, das keine Dynamisierungsklauseln enthalten würde, da müßte man ohnehin schon 22 % sagen.³³ Das ist also so überzeugend vorgetragen worden, daß wir eigentlich mit einer Beschlußfassung des Bundesrates, sich im Vermittlungsausschuß auf 18 % zu einigen, in eine ganz schwierige Situation hinterher geraten. Dann kommt doch die Geschichte an den Bundestag zurück. Und dann müssen wir plötzlich den 18 % zustimmen, nachdem wir heute gemeint haben, 22 % sei die Mindestzahl, die man vertreten kann und verantworten muß. Und da finde ich, muß man jetzt noch einen Augenblick überlegen – ich kann es gar nicht für den Moment entscheiden, was besser ist –, der Regierungsmehrheit eine Niederlage zu bereiten, daß sie also an ihren 16 % nicht festhalten kann. Das wäre ein ganz großer Erfolg, und ich würde sagen, jedes Prozent über 16 wäre in dieser Hinsicht ein Erfolg. Aber es bringt nachher die Opposition in die taktische Schwierigkeit, einem minderen Vorschlag dann doch ihre Zustimmung geben zu müssen und damit also die Auseinandersetzungsmöglichkeit mit der Regierungsmehrheit in diesem Punkt für die Zukunft uns wegzunehmen für 2 %, die sehr weit entfernt von unserem eigentlichen Ziel bleiben. Ich neige eher dazu sagen, wir haben 22 % gefordert, sind niedergestimmt worden. Das würde uns dann abgenommen werden.

Kiesinger: Also dem kann ich nicht zustimmen, dieser Logik. Wenn wir zuletzt im Bundestag einem Vermittlungsvorschlag von 18 % zustimmen, haben wir beides. Wir können genauso gut nach außen sagen, daß wir 22 % gewollt haben, daß wir uns mit unseren Freunden in den Ländern noch einmal im Bundesrat ins Zeug gelegt haben, daß wir im Bundesrat dann wenigstens 18 % erreicht haben und daß dann im Rücklauf an den Bundestag wir schließlich dem zugestimmt haben. Also ich finde, da läßt sich beides vereinen in der Position.

Filbinger: Ich würde noch einen taktischen Vorschlag machen für die Bundestagsfraktion. Warum machen Sie nicht folgendes, daß Sie mit den Vertretern der Kriegeropferverbände sprechen und sich mit ihnen einigen und dann nachher als Motiv für das Zurückgehen auf die Ebene des Vermittlungsausschusses den Akkord, der mit

33 Beratung über den Antrag der CDU/CSU-Fraktion betr. Beamtenbesoldung (BT-Drs. VI/131), vgl. Sten.Ber. 6. WP 21. Sitzung vom 12. Dezember 1969 S. 794–805.

den Kriegsofervverbänden auf dieser Basis erreichbar ist nach unserer Auffassung, als Motiv angeben?

Kiesinger: Also wenn wir 22 % gesagt haben, dann halte ich von einem Akkord mit den Kriegsofervverbänden nicht allzu viel. Lassen wir uns doch ruhig offen, wir haben das Unsrige getan. Wir haben für 22 % gefochten, haben schließlich 18 % erreicht. Dem stimmen wir zu, aber immer noch bei 18 % dynamisiert.

Barzel: Ich glaube, Herr Kohl hat recht. Wenn wir diese Operation machen, müssen wir siegen. Das scheint mir davon abzuhängen, was von Niedersachsen in dieser Frage zu erwarten ist. Würden wir Sie überfordern, wenn wir Sie bitten, jetzt etwas dazu zu sagen?

Hasselmann: Wir haben das erste Gespräch am vergangenen Sonntag ergebnislos abgebrochen und wollen am Sonntag erneut einen Versuch unternehmen. Ich erwarte, daß die SPD nachgibt und Niedersachsen im Zweifelsfall sich der Stimme enthält. Es gibt verschiedene Kompromißvorstellungen, die wir noch nicht anbieten möchten, weil wir auch aus Gründen des Prestiges zunächst erwarten, daß die SPD auch von sich aus einen Vorschlag macht, denn sie ist die schwächere Fraktion. Wir können keine Regierungsumbildung mit der FDP erreichen, weil 66 + 7 nicht die Mehrheit bringen, die wir brauchen. Es fehlen zwei Abgeordnete. Die stehen vor der Tür. Das ist das Problem. (*Kohl:* Das Problem ist, welche vor der Tür stehen.) Aber die SPD kann auch keine Alternative anbieten. Das ist also das, was ich jetzt hier sagen darf. Wir müssen einfach abwarten, wie es am Sonntag geht.³⁴ Ich glaube, wir können im Bundesrat unseren Willen durchsetzen, auch wenn die Koalition bleibt. Das ist politisch für uns das Entscheidende.

Heck: Haben wir denn die Mehrheit im Bundesrat, wenn sich Niedersachsen in dem Fall der Stimme enthält?

Hasselmann: Ja, 15:21. (*Unruhe wegen der Berechnung des Stimmenverhältnisses.*)

Heck: Aber es ist doch so, wenn ich richtig rechne, wenn die Koalition vom Bundestag her im Vermittlungsausschuß die Mehrheit hat und gleichzeitig vom Bundesrat her, dann müßten ja eigentlich zwei Stimmen mehr im Vermittlungsausschuß sein.

Kohl: Das ist aber nicht nur ein rechnerisches Problem, sondern wir sind angetreten – und das ist sehr gut draußen angekommen nach der Rede Barzels –, daß wir keine Politik des leichten Geldes machen. Der Satz steht noch da. Das muß man ganz nüchtern sehen. Das ist natürlich eine Sache, die jedem vernünftigen Menschen in den Fingern juckt, das ist ganz klar. Aber es bleibt dann noch ein Stück übrig, nämlich, wie kommt so etwas publizistisch an? Ich würde sagen, wir locken sie aufs Eis, auch um diesen Genuß zu haben, sie runterzustimmen, wenn wir dann nicht hinterher in der Steuersenkungsfrage jämmerlich einbrechen. Und das ist genau der Punkt, da fangen

³⁴ Der Bundesrat lehnte am 19. Dezember 1969 mit 21:20 Stimmen den SPD/FDP-Regierungsentwurf zur linearen Erhöhung der Kriegsofervversorgung um 16 % und der Witwenrenten um 25,3 % ab und beschloß, den Vermittlungsausschuß anzurufen. Vgl. FAZ vom 20. Dezember 1969 „CDU-Länder wollen höhere Kriegsofervrenten erzwingen“.

meine Bedenken an. Das wird mit Sicherheit in der Debatte am Freitag schon so laufen. Denn das Schlimme ist, solche Debatten werden protokolliert, und ein Vierteljahr später bekommt man alles vorgelesen, was man vorher gesagt hat. Das ist der Punkt.

Kiesinger: Das läßt sich schwer voraussehen.

Amrehn: Der Versuch kostet aber nichts.

Stingl: Also ich würde ihn machen. Kohl, Du hast natürlich recht. Aber dieses Zeichen muß gesetzt werden, bevor die 22 % eingebracht sind.

Kohl: Natürlich. Das ist ja der Punkt.

Kraske: Ich würde dem Argument von Herrn Stingl nicht unbedingt zustimmen, daß, wenn man einmal einen Fehler gemacht hat, ihn nun aus Prinzip wiederholen müßte. Das ist doch so ein bißchen wie man in Berlin sagt: „Immer uf det Schlimme!“ Also, es ist einmal durch die Presse gegangen, und nun haben wir es in einer Woche oder in 14 Tagen noch mal drin. Und deswegen frage ich mich, kommen wir mit der Sache im Bundesrat und im Vermittlungsausschuß durch? Wenn wir Glück haben, kommen wir durch. Aber was erreichen wir dann? Dann haben wir auf der einen Seite den Erfolg, daß wir die Regierung gedemütigt haben, und wir haben den Erfolg, daß die Kriegsoffer sagen, die CDU ist doch ganz gut für uns. Aber zahlenmäßig sind alle Nichtkriegsoffer sehr viel stärker, und bei denen bleibt eben der Eindruck hängen, daß nicht diese Regierung unsolide ist, sondern daß diese Opposition unsolide ist. Wenn da schon Herr Blessing sagt, daß die Preisstabilität, die für alle Leute das höchste Ziel ist, von der Ausgabenpolitik u. a. abhängt, dann kauft uns keiner unsere Einlassung bei der Steuersenkung etwa im Februar danach, wo sie erst endgültig zur Debatte kommen wird, ab, sondern man wird sagen jetzt in diesem Augenblick, die CDU macht genau das, was wir schon früher bei der Opposition nicht gemocht haben, nämlich sie setzt immer noch oben eins drauf. Und wenn ich dafür immer noch die Unge-
wißheit habe und es für möglich halten muß, daß wir wieder mit erhobenem Haupt als Geschlagene aus dem Bundestag ausziehen wie heute vormittag, dann kann ich also wirklich nur nach altem CDU-Brauch sagen: Keine Experimente!

Kiesinger: Ich habe vorhin nur das Argument, das Herr Amrehn am Schluß gebrauchte, nicht gelten lassen. Ich selbst bin auch der Meinung, daß es hier an der notwendigen Verlässlichkeit fehlt. Das spielt sich ja leider ein bißchen ein, auch in der Fraktion verständlicherweise im Blick auf die kommenden Landtagswahlen, vor allen Dingen die Landtagswahl im größten deutschen Land. Wir kommen da in eine Zwickmühle, denn wir haben in der vergangenen Zeit, in den letzten drei Jahren, eigentlich ganz schön durchgehalten. (*Zwischenruf:* Da hatten wir ja auch die Große Koalition.) Ja, aber das waren auch ganz stark wir, ich habe den Kriegsoffern gesagt, im kommenden Frühjahr kommt ihr dran. Also in der Tat ist es eine Grundsatzdebatte, die wir jetzt führen, die nur an diesen beiden Punkten, die wir heute behandeln, hochkam. Sollen wir – dazu ist ja auch der Parteivorstand da, das gilt ja auch für die Entscheidungen in den Landtagen, wo ähnliche Dinge aufkommen – da nicht den Rat geben, doch lieber verlässlich und solide zu sein. Was die Kriegsoffer anlangt, darf man nicht nur die Kriegsoffer auf der einen Seite und die anderen sehen, sondern jedes Kriegsoffer ist u. a. auch noch etwas anderes. Es gibt Kriegsoffer mit sehr hohen Einkommen, die

sicher ihrerseits eine Entscheidung lieber anders haben wollen als wir. Was die Dynamisierung anlangt, wenn ich das noch anmerken darf, ich kann mir nicht denken, daß die Repräsentanten der Kriegsofferverbände das mit großer Freude gesehen haben. Die werden ja arbeitslos. Die suchen dann sich neue Gebiete aus, wo sie uns schikanieren können.

Stingl: Ich bleibe trotzdem bei meiner Meinung, die 22 % zu verlangen, das war das, wo wir angegriffen werden konnten. Die 22 % lagen nämlich noch über der Forderung der Kriegsofferverbände, die nur 20 % gefordert haben. Wenn wir jetzt versuchen, über den Bundesrat eine vernünftige Lösung zu finden und die etwa bei 19 oder 18 % abkommt, dann bleibt dies unter der Forderung des Bundesrates, und sie bleibt notabene unter dem, was das Kabinett der Großen Koalition in Aussicht gestellt hat. Herr Katzer hat ja als Minister damals schon die 20 % in Aussicht gestellt. Nun muß man natürlich das alles ein bißchen in Verbindung sehen. Bei den 16 % sind ja die 25 % Witwenrentensteigerung mit dabei. Die ganze Materie ist leider ein bißchen kompliziert, und insofern ist das alles ein bißchen schief gelaufen, daß wir uns also in einer Augenblickseingebung gesagt haben, wir geben 22 %. Aber der Wert, der darin steckt, der Regierung jetzt eine Niederlage zu verpassen, ist nämlich viel wichtiger. Von der Sache her halte ich es für gerechtfertigt. Wir können sagen, wir haben im Vermittlungsausschuß noch einmal versucht, das durchzusetzen, was wir damals mit den Sozies zusammen in der Großen Koalition in Aussicht genommen haben. Wir haben das, was die Kriegsofferverbände wollen, nicht einmal erreicht. Aber wir haben noch ein bißchen erhöht.

Filbinger: Ich möchte jetzt mal ganz pragmatisch reden. Wenn wir von der Stabilität ausgehen, dann dürfte das Aufrechterhalten des Vorschlages der CDU von 22 % schwer realisierbar sein. Umgekehrt auf die Regierung einschwenken mit 17 %, das ist doch auch nicht möglich. Das kommt auch nicht in Frage, sonst hätte man sich ja völlig um 180 Grad gedreht. Es bleibt dann die Möglichkeit, elegant mit einer vermittelnden Lösung bei 18 % abzukommen. Das kann man mit gutem Gesicht tun. Das ist nicht so stabilitätsfeindlich. Es läßt sich mit der Stabilität noch vereinen. Es kostet 100 Mio., während das bisherige Konzept 300 oder gar 400 Mio. kostet, das bei 22 %. Das wäre der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten. Ich meine also, gerade auch aus dem Stabilitätspolitischen heraus wäre diese Regelung ansteuerbar. Im übrigen könnte man natürlich noch etwas darüber tun, nämlich das, was vorhin von Herrn Amrehn angesprochen worden ist, daß man bei den Steuerermäßigungen einen harten Kurs steuert und das gleich sichtbar macht. Das wäre noch etwas Zusätzliches. Aber ich meine, selbst wenn das nicht erreichbar ist, dann wäre der Vermittlungsvorschlag mit den 18 % für die CDU allemal als Lösung viel tragbarer als das Beibehalten der 22 %. *(Starke Unruhe.)*

Amrehn: Aus dieser Lage kann man für uns ja nun die Konsequenz ziehen, daß wir keine Initiativen für Dynamisierungen mehr ergreifen werden. Wenn die Regierung sie vorschlägt, dann werden wir natürlich neu darüber nachdenken müssen, denn wir sind ja hier auch in dieser Sache in einem Zwang gewesen. 22 % sind von uns vorgeschlagen worden ohne Dynamisierung. Und dann kam die Regierung und hat ge-

sagt, wir haben das Geld in der Mittelfristigen Finanzplanung drin für die Dynamisierung der Renten. Dann können wir als Opposition doch nicht dagegen sein und sagen, Geld, das der Finanzminister für vorhanden erklärt, darf für die Kriegsofopfer nicht ausgegeben werden. Und so haben sich die 22 % mit der Dynamisierung gepaart. In der Situation stecken wir. Da gibt es doch gar kein Zurück mehr. Und insoweit kann man dann also nur für andere Fälle – Stipendien, Kindergeld und was sonst kommen mag – sagen, wir ergreifen keine Initiative, wir hatten sie hier ja auch nicht ergriffen. Und am Ende steht dann nur noch der Versuch, einen taktischen, einen psychologischen Erfolg der Abstimmungsniederlage der Regierung zu erstreben.

Dregger: Also ich meine, erstens, 18 % ist stabilitätsmäßig besser als 22 %. Das Argument von Herrn Filbinger ist durchaus überzeugend. Zweitens, wenn wir die Ablehnung der Steuersenkung nicht versprechen können, dann können wir aber die Ankündigung der Steuersenkung zumindest kritisieren. Sie ist konjunkturpolitisch unverantwortlich. Drittens, die Opposition muß aktiv sein, und sie muß der Regierung Niederlagen bereiten. Wir müssen uns da einen gewissen Spielraum verschaffen. Wir müssen natürlich auch gewisse Risiken tragen. Wenn ich alles gegeneinander abwäge, meine ich, sollten wir diesen Versuch über den Bundesrat machen.

Kraske: Ich wollte nur zu der Dynamisierungsfrage sagen, es ist natürlich sehr leicht zu sagen, wir dürfen keine Initiativen ergreifen. Ich frage mich aber, was eigentlich dem Herzen der CDU, übrigens auch stimmenmäßig, nähersteht – die Familien oder die Kriegsofopfer? Und wenn ich draußen darauf angesprochen werde, wie ich es unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit begründen will, daß ich für die Dynamisierung der Kriegsofopfer gestimmt habe, jedoch bereit bin, in dieser Frage nun eine Initiative zu ergreifen, dann bin ich nicht bereit zu erklären, nein, beim Kindergeld usw. das machen wir nicht weiter, da warten wir mal ab, daß die Regierung die Initiative ergreift. Wir sind mit dieser Sache in eine Entwicklung hereingekommen, die nun unausweichlich ist, jedenfalls unter Einschluß des Familienlastenausgleichs.

Kiesinger: Ich würde ja sagen, wir sollten jetzt mal feststellen, wie so die Willensrichtung beim Vorstand ist.

Heck: Eine Frage sollte zunächst aber noch präzise beantwortet werden. Glauben Sie, daß wir im Vermittlungsausschuß dann oben bleiben? Also die Mehrheit haben?

Kiesinger: Selbst wenn wir im Vermittlungsausschuß nicht oben bleiben, können wir im Bundesrat immer noch den Vorschlag des Vermittlungsausschusses ablehnen, denn dort haben die Berliner nicht das Stimmrecht. Und das wissen ja die Mitglieder des Vermittlungsausschusses auch. Ich habe den Vermittlungsausschuß immer so geleitet, daß ich immer die Leute aufmerksam machte, wir müssen uns klar sein, wie die Mehrheiten im Bundesrat und im Bundestag etwa sein werden. Es hat keinen Zweck, im Vermittlungsausschuß einen Entschluß zu fassen, wenn jemand von vornherein weiß, der geht dann nachher nicht durch. Das muß der Vorsitzende machen. Also, ich bin persönlich, wenn ich alles abwäge, auch der Meinung wie Dr. Dregger. Man muß es halt machen. Wir haben A gesagt. B sagen wir, wenn wir noch ein bißchen politischen Erfolg für uns drin haben wollen, dann müssen diese 2 % mehr hereinkommen. Denn das andere ist dann die Gabe der Regierung, 16 % + Dynamisierung, was übrigbleiben

würde. Und wir könnten dann sagen, wir haben ja ganz etwas anderes gewollt. Wir haben die 22 % gewollt. Die anderen haben die Dynamisierung gebracht. Aber lassen wir uns doch mal feststellen, wer ist der Meinung, daß man im Bundesrat-Vermittlungsausschuß auf 18 % gehen sollte? – Ja, das ist die Mehrheit. Dann wollen wir es also versuchen. Gibt es zu dem Bericht noch Wortmeldungen? – Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Übrigens, ich bitte um Entschuldigung, ich wollte noch etwas sagen. Es ist für uns von großer Bedeutung, ob wir mit einiger Überzeugungskraft sagen können, daß die nachrückende Generation bei der SPD neomarxistisch sein wird oder nicht. Wenn das ein verlässliches Argument wird, so ist das für uns von außerordentlicher Bedeutung. Ich habe heute gehört, so auf dem Weg hierher, daß Willy Brandt gesagt hat auf seiner Pressekonferenz, es werde eine Umfrage bei 150.000 – glaube ich – jungen Sozialdemokraten gemacht darüber, wie sie zur Politik dieser Regierung stehen.³⁵ Das halte ich für einen außerordentlich geschickten Schachzug. Wenn nun so eine breite Umfrage – ich weiß nicht, ob die Zahl 150.000 stimmt – gemacht wird, dann werden da junge Arbeiter gefragt usw. Und dann kriegen die eine überwältigende Zustimmung dieser jungen Sozialdemokraten zu ihrer Politik. Also, die merken genau, wie gefährlich das ist, wenn man unsererseits sagen kann, was nachkommt, ist neomarxistisch. Ich würde sagen, daß wir auch in den Wahlkreisen ein bißchen aufpassen sollten, wer sich da für die nächste Bundestagswahl als neuer Kandidat schon anmeldet, damit man einen Überblick darüber hat, wer da kommt.

AUFGABENVERTEILUNG IM PRÄSIDIUM

Heck: Punkt 2 der Tagesordnung ist eigentlich lediglich eine Information, die wahrscheinlich dem größten Teil von Ihnen bereits durch die Presse bekannt ist, auch zugeschickt worden ist: Die Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedern des Präsidiums. *Dr. Barzel:* Bundestag, Fraktion; von *Hassel:* Verbände, Kontakte zu den christlichen und den konservativen Parteien, norddeutsche Landesverbände; *Katzer:* Sozial- und Gesellschaftspolitik, Gewerkschaften, Landesverbände Rheinland und Westfalen; *Dr. Kohl:* Bundesrat, Länder, Jugend und Studenten, Intellektuelle, Rundfunk und Fernsehen, Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saar, Hessen; *Dr. Schröder:* Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik, freie Berufe; *Dr. Stoltenberg:* Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft; *Frau Wex:* Frauen, Kulturpolitik.

35 Zur Ankündigung Brandts vgl. „SPD Pressemitteilungen und Informationen“ vom 12. Dezember 1969. Zu den Ergebnissen vgl. „SPD-Pressedienst“ vom 11. Mai 1970 „Fühlen Sie sich in Ihrem Ortsverein wohl?“. Bei den Jusos stieß die Fragebogenaktion auf Kritik, vgl. die Stellungnahme des stv. Juso-Bundvorsitzenden Thomas von der Vring in Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hg.): SPD – Jungsozialisten Informationsdienst 2. Parteitag-Extra zum SPD-Parteitag in Saarbrücken vom 10.–14. Mai 1970. Zur Fragebogenaktion des Parteivorstandes (ACDP Dokumentation 9/912).

Die Verbindung zur CSU soll durch den Vorsitzenden bzw. den Generalsekretär gepflegt werden.

Von Hassel: Das Wort „Verbände“ ist – glaube ich – irreführend. Sind das nur die Vertriebenenverbände?

Kiesinger: Nein, das sind alle Verbände.

Filbinger: Es ist in diesem Vorschlag vorgesehen, daß die Koordination der Partei mit den Landesverbänden aufgespalten werden soll und daß das drei verschiedene Herren machen. Ich halte das für falsch. Ich bin der Meinung, daß die Koordination mit den Landesverbänden vom Parteivorsitzenden und in seiner Vertretung durch den Generalsekretär durchgeführt werden soll und nicht, daß wir das aufspalten. Daß die Damen und Herren im Präsidium ihre landsmannschaftlichen Kontakte durchführen werden, das ist ohnedies klar. Aber ich glaube doch, daß das eine so wichtige Sache ist, daß es eine Aufgabe der Spitze ist, und die sollte das auch wahrnehmen.

Heck: Die Sache ist nicht so gedacht, daß etwa der Parteivorsitzende oder der Generalsekretär nichts mehr zu tun hätten, sondern das ganze ist nach der Erfahrung so gemacht worden, weil hier einfach der Parteivorsitzende und der Generalsekretär haushoch überfordert sind. Dann ist eben der Kontakt entsprechend lose. Wir sind nicht in der Lage, an diesen Vorstandssitzungen reihum überall teilzunehmen. Die Arbeit muß unter den Mitgliedern des Präsidiums aufgeteilt werden. Das ist ja auch für die übrigen Arbeiten so. Daß das natürlich nicht so ist, daß der Vorsitzende und der Generalsekretär sich mit den Problemen nicht mehr befassen, ist doch ganz selbstverständlich. Es ist lediglich die Arbeit verteilt, damit sie von der Parteiführung insgesamt besser wahrgenommen werden kann. Ich plädiere deswegen doch dafür, daß es bei dem, was das Präsidium für seine Arbeit selber für gut befunden hat, daß es bei dem bleibt.

Filbinger: Mich überzeugt das nicht, was der Herr Generalsekretär sagt zu diesem Punkt. Ich halte das nicht für eine Sache des arbeitsmäßigen Überengagements, denn selbstverständlich die Fühlungsnahme mit den einzelnen Verbänden und ihren Tagungen, Parteitagungen usw. kann man ja sehr gut verteilen. Aber die zentrale Koordination der Partei mit ihren Landesverbänden, daß man das nun dezentralisiert, das ist eine Schwächung.

Kraske: Herr Filbinger, ich glaube, das ist ein Mißverständnis, denn die allgemeine Koordination zwischen Bundespartei und den Landesverbänden ist natürlich eine Aufgabe des Gesamtpräsidiums, des Vorsitzenden, des Generalsekretärs, die hier nicht atomisiert werden soll. Was hier geschehen soll, ist doch ganz schlicht folgendes: Herr von Hassel ist im Landesvorstand von Schleswig-Holstein. Er ist in einer Reihe von norddeutschen Gremien. Es liegt deswegen nahe, daß, wenn in den norddeutschen Landesverbänden etwas vom Präsidium gewünscht wird, im Präsidium anzuregen ist oder umgekehrt, er das tut. Ähnliches gilt für Herrn Katzer, der im rheinischen Landesvorstand ist und hier eine enge Verbindung zu Nordrhein-Westfalen hat. Es geht hier also um eine besondere Vermittlungsfunktion im Rahmen der allgemeinen Integrationsfunktion. Das scheint mir eine sehr sinnvolle Unterstützung zu sein, damit wirklich jeder Landesverband weiß, wer sich speziell um ihn kümmert.

Kiesinger: Meine Herren, die Sache ist doch so. Die Entscheidung, die zu treffen ist, betrifft das Präsidium. Diese Mitglieder des Parteipräsidiums – es ist einfach notwendig aus Gründen der Arbeitsteilung – sind für das Präsidium dann zuständig, um die Meinungsbildung des Präsidiums vorzubereiten, um die nötigen Informationen sich zu holen und die Meinung des Präsidiums dort wieder zur vermitteln. Es ist nicht eine Arbeitsteilung in dem Sinne, daß nun jedesmal dort der Betreffende irgendeine Entscheidungsbefugnis hätte.

Filbinger: Ja, wie ist das dann gedacht? Welche Bedeutung soll das eigentlich haben? Ich kann mir eigentlich gar nicht vorstellen, welche Aufgaben die Kollegen da übernehmen sollen.

Heck: Ich will mal ein ganz konkretes Beispiel nennen. Wir haben zur Zeit der Vorbereitung der Wahl in Nordrhein-Westfalen eine Menge von Schwierigkeiten gehabt, die von den Landesverbänden an das Präsidium herangetragen wurden. Und nun sagt man, das kann man eigentlich nicht so machen, daß die zwei Landesverbände im Vorteil sind und das Präsidium zusammenkommt, aber die Geschichte muß eigentlich einmal bereinigt werden. Es kommen dann zu einer Besprechung zusammen der Vorsitzende, der Generalsekretär und das für diesen Bereich vorgesehene Mitglied des Präsidiums. Das ist in diesem Falle Herr Katzer. Die sprechen mit dem Vorsitzenden des Präsidiums und den beiden Landesvorsitzenden. Ich verstehe das wirklich nicht, Hans, wenn das Präsidium der Auffassung ist, daß das so eine gute Sache ist, die Arbeit etwas zu verteilen, warum dann eigentlich Bedenken dagegen erhoben werden.

Kohl: Da wir eine christliche Partei sind und es eine vorweihnachtliche Zeit ist, weiß ja jeder, um was es im Augenblick geht. Da wir aber auch als CDU gewohnt sind, immer um die Sache herumzureden, will ich hier ganz konkret sagen, daß es mir klar ist, um was es geht. Und deswegen – es gab ja auch Bistümer, die exemt waren, d. h. das gibt es ja auch heute noch – würde ich vorschlagen, daß Baden-Württemberg vom Generalsekretär direkt versehen wird.

Heck: Die Propheten sind im eigenen Land am allerwenigsten gefragt.

Filbinger: Ich mache einen Gegenvorschlag. Da sowohl der Herr Vorsitzende als auch der Herr Generalsekretär Landsmänner sind von Baden-Württemberg, da läge es viel näher, daß die beiden Herren uns versorgen.

Dregger: Ich wollte nur sichergestellt sehen, daß es keine Unterstellung bedeutet, daß der unmittelbare Zugang der Landesverbände zu ihrem Parteivorsitzenden erhalten bleibt.

Kiesinger: Das ist ganz selbstverständlich. Meine Damen und Herren! Es wäre eigentlich gar nicht nötig, daß wir das hier diskutieren, sondern wir teilen es dem Vorstand mit, daß das eine innere Angelegenheit der Arbeitsteilung des Präsidiums ist. Also, wenn das Präsidium sagt, wir können uns nicht alle zusammen um das, was da vor sich geht, kümmern, dann ist einer da, der das tut und bringt dann das notwendige Material vor das Präsidium und umgekehrt. Das ist eine vermittelnde Funktion, wenn Sie so wollen.

ERGEBNISSE DES BUNDESPARTEITAGS

Heck: Ziffer 3 der Tagesordnung: Darüber muß der Vorstand beschließen. Hier handelt es sich zunächst um Vorschläge des Präsidiums, und zwar haben wir vom Parteitag den Auftrag bekommen, eine Reformkommission einzusetzen.³⁶

Erstellung einer Reformkommission

Das Präsidium schlägt vor, folgende Themen dieser Reformkommission zu überweisen. Vorschlag des Präsidiums für die Aufgabenstellung der vom Bundesparteitag beschlossenen Reformkommission: 1. Deutschland, Ost- und Europa-Politik; 2. Soziale Marktwirtschaft heute; 3. Vermögensbildung; 4. Mitbestimmung; 5. Schul- und Hochschulreform unter Einschluß der Berufsausbildung, der Berufsbildung und der Erwachsenenbildung; 6. Verhältnis Bund-Länder Neugliederung; 7. Familienpolitik; 8. Soziale Sicherheit (Krankenversicherung); 9. Städtebau und Raumordnung.

Das sind die neun Themen, von denen wir glauben, daß sie – ausgehend vom Berliner Programm – ausführlich zu behandeln sind, z. T. auch weiterzuentwickeln sind. Das gilt etwa für das Thema Mitbestimmung, aber auch für die Themen Schul- und Hochschulreform, die ja teilweise in den Ländern weiterentwickelt worden sind. Für den Fall möchte ich also nur wünschen, daß künftighin, wenn wir uns auf das Konzept geeinigt haben und in irgendeinem Lande die Auffassung mehrheitlich vertreten wird, daß das nicht mehr ausreicht, daß dann nicht in den Ländern einzeln nach vorne gesprochen wird und wir uns gegenseitig durch die Presse mitteilen, wie wir unsere kulturpolitischen Konzepte weiterentwickelt haben, sondern dann muß man einfach das Gremium einschalten, das in dem Fall eingeschaltet werden muß. Das ist der Ausschuß der Bundespartei.

Kiesinger: Darf ich gleich einen Vorschlag machen zu Punkt 1. Ich würde vorschlagen: Außen- und Deutschlandpolitik, sonst fällt ja die Außenpolitik ganz weg. Wenn das auch vielleicht aktuell im Vordergrund stehen mag, so ist es doch hier richtiger zu sagen: Außen- und Deutschlandpolitik.

Heck: Wir haben an sich die Formulierung gewählt, weil das der Teil ist, der eigentlich in Frage kommt.

Hahn: Ich bin eigentlich der Meinung, daß wir uns eingangs darüber einigen müssen, was wir unter Reform verstehen, und zwar für die CDU. Es ist auf dem Parteitag in Mainz die ganze Zeit von Reform gesprochen worden. Die einen verstehen darunter lediglich die Verjüngung, und die anderen denken, wir müssen uns an die Spitze setzen bei allen Programmen, die überhaupt nur gegeben sind. Aber über die Grundlinie, wie wir uns die Reform denken, was wir überhaupt unter Reform verstehen, müßten wir uns eigentlich erst einmal klar werden, wenn wir hier nicht in neun ver-

36 Antrag 11/13 des Mainzer Bundesparteitages (CDU, 17. BUNDESPARTEITAG S. 207f.). Vgl. dazu Anm. 46.

schiedene Programme auseinander fallen wollen. Ich finde, die Grundlinie müßte zu nächst einmal diskutiert oder wenigstens bis zu einem gewissen Grade festgelegt werden.

Heck: Wir sind davon ausgegangen, daß diese Kommission sich in Unterkommissionen aufteilen soll, um diese Themen zu bearbeiten, weil das Themen sind, die die nächsten drei bis vier Jahre Inhalt der Politik sein werden. Ich glaube nicht, daß wir eine gute Leistung vollbrächten, wenn wir wieder anfangen würden, was bedeutet das „C“ heute, zumal dieses „C“ von heute übermorgen vielleicht schon wieder mit einer anderen Fragestellung angegangen wird. Daß parallel dazu eine sehr sorgfältige Überlegung in der Richtung anzustellen ist, halte ich schon für notwendig. Aber das, was jetzt für uns erarbeitet werden muß, um uns auf dem nächsten Parteitag zu präsentieren, das sind konkrete Antworten auf diese hier aufgeführten Fragen, die also in der Politik als Fragen auf uns zukommen. Die Überlegung war folgende, daß diese Kommission diese neun Themen zu beraten hat, um einen Entwurf auszuarbeiten, der bis zum 30. März vorliegen muß. Der Entwurf geht dann wieder zu den Kreisverbänden und soll dort beraten werden. Die haben ebenfalls drei Monate Zeit. Die müssen bis Ende Juni mit ihrer Arbeit fertig sein. Nur bei einer solchen Vorbereitung können wir einigermaßen garantieren, daß wir einen Parteitag, der groß mit dem Begriff „Reformparteitag“ angekündigt worden ist, ich habe den Ausdruck nicht erfunden. (*Kiesinger:* Begraben wir ihn heute und sagen „Programmkommission“.) aber ich muß mit dem Begriff fertig werden. Der wird zweifelsohne im Laufe der Zeit sterben. Aber wenn wir einen Parteitag bekommen wollen, der der Öffentlichkeit gibt, was sie erwartet, dann muß es ein Parteitag der politischen Diskussionen werden, wie es der Berliner Parteitag gewesen ist. Und einen Parteitag auch nur über das Thema Demokratisierung etwa diskutieren zu lassen, das ist ein ganz großes Wagnis. Und das „C“ im modernen Verständnis – was wir hier alles an Äußerungen bekämen –, ich könnte mir nur vorstellen, daß es unser ganzes Dilemma, in dem wir wirklich drinstecken, öffentlich darstellen würde. Ich plädiere wirklich hartnäckig dafür, daß wir diesem Parteitag diese neun konkreten Themen zur Diskussion und zur Entscheidung vorlegen.

Kiesinger: Ich würde auch sagen, begraben wir das Wort „Reformkommission“. Das ist der Sack-und-Asche-Begriff, der da geprägt worden ist von gewissen Leuten in Mainz. Ich habe immer dagegen angekämpft, aber leider vergeblich. Ich meine aber auch, es muß in der Beratung dieser Themen sich herausstellen unser eigenes Verständnis, so daß man nicht etwa durch Hinzufügen einer Grundsatzthematik das Ganze von vornherein formen will. Ich glaube, aus diesen Beratungen heraus werden wir dann als Ergebnis das bekommen, was sie eigentlich wollen. Meinen Sie das nicht?

Von Weizsäcker: Sie haben das Wesentliche schon vorweggenommen. Ich bin mir nicht ganz klar, inwieweit auf dem Parteitag eine Verpflichtung übernommen worden ist, eine Reformkommission einzusetzen. Wenn nicht, dann können wir natürlich Programmkommission sagen. Ich meine, so sehr ich das Bedürfnis von Professor Hahn verstehe, so glaube ich, wir können nicht von oben nach unten, sondern nur von unten nach oben vorgehen. Wir können nicht erwarten, daß wir durch eine Diskussion im Bundesvorstand uns zu vernünftigen Kriterien genereller Art über das verständigen,

was Reform sein kann und was nicht, weil es ja doch ganz klar sein wird, daß wir eben auf einigen Gebieten ganz eindeutig eine unveränderte Linie erhalten werden, daß wir auf anderen Gebieten uns an veränderte Zeitumstände anpassen müssen und auch drittens vielleicht wirklich etwas reformieren sollen. Aber das kann meiner Meinung nach nur aus den einzelnen Themen herauskommen, und daraus mag dann ein Gesamtverständnis werden. Eines allerdings finde ich unabhängig von der Frage, ob wir das nun Reformkommission nennen oder nicht. Ich glaube, wir sollten doch das Bedürfnis nach einer Überprüfung verschiedener Gebiete auch vom Bundesvorstand her nicht in eine etwas emotionale Ebene bringen, sondern wir müssen die Bedürfnisse derjenigen Stimmen auf dem Bundesparteitag und außerhalb, die sich zu Wort melden unter verschiedenen Aspekten, entweder daß bestimmte Themen immer nur von ganz bestimmten, herkömmlich damit verbundenen Leuten verbunden seien oder daß wir bestimmte Aufgaben etwas überbetonen zu Lasten anderer, die wir stärker berücksichtigen sollten, alle diese Stimmen müssen doch bei einer ganz nüchternen Prüfung im Rahmen dieser neun Kapitel oder anderer Kapitel auch zu Wort kommen. Und deswegen bin ich der Meinung, daß die uns bekannten Stimmen in Richtung auf eine gewisse Veränderung dieser oder jener Programmpunkte auch dazu verpflichtet werden müssen, in diesen Ausschüssen selber Rede und Antwort zu stehen, um zu zeigen, was sie eigentlich konkret wollen. Das ist dann eigentlich mehr ein Beitrag für die Zusammensetzung dieser Gruppierungen als zur Aufgliederung. Gegen diese Aufgliederung hätte ich nichts, aber wie gesagt, ob wir das Reformkommission nennen müssen oder nicht, das weiß ich nicht.

Kiesinger: Wir müssen es nicht.

Kraske: In dem Entschließungsantrag Nr. 13, mit dem wir ja diese ganzen Reformanträge zusammengefaßt haben, heißt es in Ziffer 2: „Der Bundesparteitag fordert deshalb den Bundesvorstand auf, unverzüglich eine Kommission einzusetzen, die aufgrund einer sorgfältigen Analyse der Bundestagswahl und unter Berücksichtigung der neuen Aufgaben der Union ein Reformkonzept entwickelt, das dem Bundesparteitag 1970 zur Beschlußfassung unterbreitet wird.“

Kiesinger: Können wir den Punkt erledigen, indem wir feststellen, daß wir uns einig sind?

Lorenz: Ja, ich meine nur folgendes: Wir können uns doch ruhig vornehmen wollen, daß wir in einem Jahr erneut ein Programm erarbeiten, was dem Berliner Programm entspricht. Wir können unmöglich alle zwei Jahre ein neues Parteiprogramm aufstellen. Insofern ist natürlich Programmkommission – ich habe nichts dagegen – ein Teil der Sache nur. Was meines Erachtens versucht werden muß, ist doch, in einem Jahr zu zeigen, welche Schwerpunkte die CDU nun setzt, um in den siebziger Jahren eine Politik zu konzipieren, die uns an die Spitze der Entwicklung setzt. Da ist Strategie dabei. Dieses Wort ist ja auch schon mal gesagt worden. Strategie heißt also in diesem Zusammenhang nicht Methode, die man da öffentlich ausbreiten soll, sondern heißt Schwerpunktsetzung und auch Prioritätensetzung. Und ich finde also, das sollte in diesen ganzen Kommissionen versucht werden. Dann habe ich noch eine Frage an Sie, Herr Dr. Heck! Besteht denn nicht die Gefahr, daß diese Kommissionen in Gegensatz

geraten oder nebeneinander geraten zu Ausschüssen der Partei? Wenn ich mir also hier ansehe, Schul-, Hochschulreform usw., dann wissen wir ja, daß gerade auf diesem Gebiet in der Partei drei oder vier Gremien dauernd nebeneinander gearbeitet haben, und zwar in einer Weise, daß sie nicht mehr unter einen Hut zu bringen waren. Unsere Frau Dr. Wex hat also hier im Präsidium die Kulturpolitik zugewiesen bekommen. Ich kann sie also nicht beneiden. Wir müssen versuchen, dafür zu sorgen, daß hier nicht ein zusätzliches Gegeneinander passiert, sondern daß diese Kommissionen, soweit sie nicht unabhängig von den übrigen Ausschüssen der Partei arbeiten können, was vielleicht auf einzelnen Gebieten möglich sein mag, das Spitzengremium sind, was letzten Endes ausschlaggebend ist, um bestimmte Formulierungen der Partei vorzulegen. Ich weiß aber selbst noch nicht genau, wie man das erreichen will.

Heck: Wir haben hier einfach die Erfahrungen der Vorbereitung des Berliner Parteitagés zugrunde gelegt. Der Entwurf, der den Kreisverbänden zur Diskussion und zur Stellungnahme übersandt worden ist, der war durch keinerlei parteioffizielle Autorität belastet. Den Entwurf hat weder das Präsidium, noch der Vorstand vorher gesehen, dazu Stellung genommen und Beschluß gefaßt, denn wenn Präsidium und Vorstand hier einmal Beschluß gefaßt haben – um Himmels willen –, dann wird es ja langsam kompliziert. Das ist der Grund, warum wir diesen Weg beschritten haben. Also, was die hier erarbeiten, wird nicht hier den letzten Segen bekommen, bevor die Kreisverbände dazu haben Stellung nehmen können. Wir haben auch das letzte Mal den Weg so gewählt. Wir haben diesen Entwurf den Landesverbänden, den Kreisverbänden, den Vereinigungen und den Fachausschüssen zur Stellungnahme überreicht. Was dann an Stellungnahmen einkam, wurde in einem zweiten Entwurf verarbeitet. Und dieser zweite Entwurf kommt dann zum Präsidium und zum Vorstand.

Kiesinger: Ich glaube, auch mit Ihrer Auffassung stimmt es überein, wenn wir von der Programmkommission sprechen. Das ist eine Kommission, die wir immer brauchen.

Gradt: Ich stimme also dem zu. Ich glaube, der Kollege Lorenz hat einen ganz guten Ausdruck formuliert, den man erwägen sollte. Worauf es ankommt, ist doch wohl, für die praktische Politik der nächsten Jahre auf der Basis des Berliner Aktionsprogramms eine Art Schwerpunktprogramm zu entwickeln. Und dies würde ich dann auch sagen. Dann würde ich nicht von Reformkommission usw. sprechen, sondern würde schlicht sagen, die Aufgabe ist die Erstellung eines Schwerpunktprogramms für die Parteiarbeit. Aber deshalb habe ich mich nicht gemeldet. Ich habe mich gemeldet, um die Frage zu stellen, ob hier jemand meint, daß wir auf dem nächsten Parteitag um eine gründliche Erörterung der Frage herumkommen, was das „C“ in unserem Parteinamen bedeutet, ob wir es behalten sollen oder nicht, was es für unsere Politik im wesentlichen besagt. Sie werden doch sicher genau wie ich gesehen haben, daß im Anschluß an den Mainzer Parteitag ein Umfrageergebnis veröffentlicht worden ist.³⁷ Ich habe keine Ahnung, wer es gemacht hat. Ich weiß nicht, unter welchen Fragestellungen es gemacht worden ist. Aber ich sehe nur, daß irgend jemand so etwas gemacht

37 Nicht ermittelt.

hat. Und dies tut man ja nur wegen einer Frage, wenn man das Gefühl hat, hier geht es um etwas, was vielleicht Sprengpulver werden könnte und was irgendwie bedeutsam ist. (*Von Weizsäcker: Das war eine Politologie-Studentin.*) Gut. – Die Antworten, die darauf gegeben worden sind, waren ja auch recht interessant.

Mir scheint diese Frage deshalb erwägenswert, weil ich zunehmend höre, daß in der Partei bei Leuten, die man ernst nehmen muß, die Frage gestellt wird, als was sich eigentlich die CDU versteht. Ob sie sich versteht als eine Partei des praktischen politischen Managements. Ob sie sich als eine Gesinnungsgemeinschaft versteht oder als was immer. Aber die Leute wollen das wissen. Und ich glaube, es ist richtig, daß man dies als offene Frage sehr ernst nehmen muß. Wenn diese Partei – ich weine also jetzt nicht hinterher den Motiven und dem Elan und dem Engagement der Leute, die vor 25 Jahren die Partei unter besonderen Umständen gegründet haben und für die das Christliche auch für die praktische politische Arbeit etwas unerhört Wichtiges war, nämlich basisgebend und richtungweisend, da weine ich nicht hinterher. Ich frage mich nur, ob eine Partei angesichts der Unruhe und der Ungewißheit, die in diesem Volk, insbesondere in der jungen Generation, aus mancherlei Gründen besteht, ob eine Partei es sich zutrauen darf, daß sie das nächste Jahrzehnt besteht, wenn sie sich nur als eine Partei mit politischem Management versteht oder wenn sie nur als solche auftritt, wenn sie der Frage ausweicht, was denn im letzten sie bewegt und was sie unterscheidet von der anderen großen Partei. Ich bin nämlich überzeugt, daß die andere große Partei in dieselbe Situation kommt wie wir. Die wird auch vor die Frage gestellt werden. Es ist jetzt a) nicht die Zeit, dies im einzelnen zu vertiefen, b) bin ich nicht so geschickt, um das gut machen zu können. Ich gehöre nur zu denen, die das als eine sehr wichtige Frage für die Zukunft dieser Partei ansehen und der weiß, daß er damit nicht alleine ist. Und deswegen würde ich doch vorschlagen, daß das mal in einem Kreise, in einem kleinen Kreise behandelt wird. Wenn der Herr Gerstenmaier³⁸ noch aktiv wäre, wäre er einer von denen, die man mithören müßte bei dieser Sache, auch wenn man vielleicht seine Auffassung nicht immer teilt. (*Kiesinger: Wir haben Herrn von Weizsäcker.*) Um Himmels willen, ich schließe niemanden aus. Ich habe ja selber bekannt, daß ich mich dazu nicht für so gut halte. Ich bin nur einer, der besorgt ist in dieser Sache. Ich möchte gerne, daß ein kleiner Kreis gebildet wird, der diese Frage so ernst nimmt, wie sie tatsächlich ist. (*Amrehn: Der den intellektuellen Anspruch der Jugend erfüllt.*)

Kiesinger: Dazu ist mindestens deswegen notwendig, Herr Gradl, daß wir nicht 20 verschiedene Antworten auf die Frage geben, wenn sie uns gestellt wird. Und es scheint so zu sein, daß sie jetzt demnächst in Wahlkreisen gestellt wird. Also im Hochschwarzwald bei uns, wo man sich vor ein paar Jahren das noch gar nicht vorstellen konnte, kommt mit allem Ernst von jungen Leuten diese Frage. Ich bin also dafür, daß der Vorstand sich mit dieser Frage befaßt.

Heck: Ich möchte nur zur Aufklärung sagen, das Problem ist natürlich nicht erst seit

38 Dr. Eugen Gerstenmaier (1906–1986), Theologe; 1949–1969 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 25 Anm. 51.

dem Mainzer Parteitag sichtbar, sondern auch schon vorher vorhanden gewesen. Und wir sollten uns nicht in diese Alternative hineinreden lassen, Gesinnungspartei oder Leistungspartei, als ob die CDU allein mit der Gesinnung die absolute Mehrheit gewonnen hätte. Sie hat eine Gesinnung erworben, die eine hervorragende Leistung getragen hat. Also der Gegensatz, das ist so ein bißchen modern heute. Nun glaube ich, daß der Weg schon richtig ist. Es gibt ja im Bereich der Wissenschaft viele Leute, die sich mit dem Thema seit geraumer Zeit befassen. Innerhalb der Theologie beider Fakultäten ist hier eine Diskussion im Gange. Ich bin seit Monaten dabei, so eine kleine Kommission zusammenzubringen, die eine Vorarbeit leistet. Ich glaube, eine solche Frage kann man in einem Parteivorstand oder in der Partei eigentlich erst in Arbeit nehmen, wenn eine Vorlage ausgearbeitet ist. Ich könnte mir sehr wohl vorstellen, daß der Vorstand dann einmal zu einem Ergebnis käme und sich sagt, nun wollen wir mal den Stier bei den Hörnern packen und damit gleich auf den Parteitag gehen. Davor würde ich warnen, unvorbereitet ein solches Thema auf einem Parteitag zu diskutieren. Aber wir könnten natürlich eine entsprechend ausgearbeitete Vorlage an die Kreisverbände geben und sagen, uns interessiert eigentlich, wie man in den Kreisverbänden denkt. Das hat den großen Vorzug, weil in den Kreisverbänden eigentlich die großen reformerischen Persönlichkeiten nicht den Einfluß haben wie auf einem Parteitag.

Kiesinger: Aber wenigstens ist wichtig, daß wir selber hier im Vorstand überhaupt einmal durch eine solche Bemühung zu einer gemeinsamen Interpretation des „C“ kommen.

Hahn: Ich habe diese Generaldebatte jetzt nicht in Gang bringen wollen, um das „C“ noch einmal zu interpretieren. Wir haben das 1964 schon einmal gemacht, und ich habe dabei mitgewirkt.³⁹ Und das hat zu gar nichts geführt im Grunde. Aber wenn Sie an den Mainzer Parteitag oder den Parteitag in Nordbaden⁴⁰ denken, wie die Leute davon geradezu geschüttelt sind, daß sie jetzt eine Antwort haben wollen und daß es keineswegs sicher ist, ob wir zukünftig in Kontinuität zu der bisherigen Politik machen sollen oder ob wir den Versuch machen sollen, die SPD links zu überholen. (*Starke Unruhe.*) Da ist noch eine andere Frage. Wen wollen wir in Zukunft als unsere Wähler haben? Die sieben Jahrgänge, die wir das nächste Mal neu dabei haben als Neuwähler, zu denen noch drei Jahrgänge zwischen 21 und 18 gehören, oder die 46 %, die uns bisher die Treue gehalten haben?

Heck: Herr Professor, in einem Punkt muß ich Ihnen hart widersprechen. Das kann für uns überhaupt nicht die Fragestellung sein, die SPD links überholen zu müssen.

39 Diskussion über das „C“ auf dem 12. Bundesparteitag vom 14. bis 17. März 1964 in Hannover. Vgl. CDU, 12. BUNDESPARTEITAG, insbes. S. 126f., 155f., 161, 187, 549.

40 Auf dem 14. Landesparteitag der CDU Nordbaden am 6. Dezember 1969 legte die JU Nordbaden einen auf dem Landtag am 29. November 1969 in Schwetzingen beschlossenen Antrag vor. Dieser sah eine „Veränderung des Parteiimages“ sowie eine „systematische Personalplanung und -förderung“ und „Aktivitätskontrolle“ der Abgeordneten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene durch die Mitglieder vor. Vgl. ACDF 03-004-AO 220.

Und wenn diese Partei das zur Diskussion stellt, dann sollte sie lieber aufhören. Das ist doch überhaupt nicht zu diskutieren.

Hahn: Ich bin der letzte, der das täte.

Amrehn: Die FDP ist meines Erachtens von innen her umfunktioniert worden. Von rechts nach links, durch sehr agile, junge, beschlagene Leute. Es gibt wenige in der FDP, aber auch ganz tüchtige Leute. Ich denke an den Fraktionsvorsitzenden⁴¹ der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, der jung ist, den wir alle nicht mögen, aber sehr beredt und klug und die linke Linie der FDP mitbegründet hat. (*Lorenz:* Er ist aber inzwischen auf dem Wege zur Mitte.) Ja, inzwischen lernt er von den Vorgängen an der Freien Universität, daß er selber da Fehler gemacht hat, und nun wandert er ein bißchen zur Mitte. Ich möchte nur eben die Gefahr mit abwenden helfen, daß wir einen ähnlichen Vorgang bei uns in der eigenen Partei erleben, daß solche Diskussionen geführt werden und die 46 % nachher sich in eine Linie mit hineinziehen lassen, vielleicht auch deswegen, weil sie intellektuell die Diskussion mit den Jungen nicht mehr verstehen oder nicht mehr bestehen können. Und insofern würde ich tatsächlich schon meinen, daß wir um die Diskussion dieser Frage gar nicht herumkommen, aber sie doch auch in einem Geiste zu führen versuchen, daß das Ganze, was wir bisher hatten, wenigstens einen New Look kriegt – ich weiß keinen Ausdruck jetzt dafür, einen faszinierenden Ausdruck müßten wir dafür noch finden. Aber insoweit muß in der Tat also auch ein geistiger Hintergrund mit neuen Worten belegt werden und modern erscheinen. Um sehr viel mehr geht es vielleicht gar nicht. Wir haben in dieser Woche hier mit dem Vorstand vom RCDS zusammengesessen. Ich kann nur sagen, ich bin also dort in einer großen kämpferischen Stimmung hingegangen, zumal der Simon eine Rede⁴² zur Deutschlandpolitik gehalten hatte, die er leider erst nach Mainz mit der Forderung nach Anerkennung gehalten hat. In Mainz hatte er den Mut nicht dazu. Das werden wir das nächste Mal diskutieren. Aber ich habe dann doch mit Freude festgestellt, daß diese jungen Leute in ihren gesellschaftspolitischen Auffassungen am Ende auf einen Nenner zu bringen waren, den Heck vertreten hat in dem berühmten Aufsatz über den Demokratisierungsprozeß in der Streitmeinung gegen Brandt⁴³, und wir haben plötzlich festgestellt, daß wir gar keine Differenzen, jedenfalls keine wesentlichen, haben, aber uns vielleicht einen neuen Sprachgebrauch angewöhnen müssen, um die jungen Leute auch wieder für uns zu gewinnen. Und wenn das mit dem Vorstand des RCDS möglich war, dann bin ich ziemlich zuversichtlich sogar, daß uns

41 Hermann Oxfort (1928–2003), Rechtsanwalt und Notar; 1948 LDPD und 1952 FDP, 1963–1981 und 1985–1989 MdA Berlin (1963–1975 Fraktionsgeschäftsführer), 1969–1971 und 1989/90 Vorsitzender des LV Berlin, 1975/76 und 1983–1985 Justizsenator.

42 Simon forderte in einem Interview mit dem ZDF am 23. November 1969, daß die Bundesregierung die Anerkennung der DDR durch andere Staaten fördern solle. Vgl. „Die Welt“ vom 24. November 1969 RCDS-Vorsitzender für ‚DDR‘-Anerkennung“. – Zum Treffen Barzels mit Simon am 27. November 1969 vgl. dpa vom 27. November 1969 „CDU/CSU-Fraktion will engen Kontakt mit RCDS halten“.

43 Bruno Heck: Demokraten oder Demokratisierte. Eine notwendige Auseinandersetzung. Bonn 1969 (Sonderdruck aus: „Die Politische Meinung“ Nr. 128/1969).

das gelingen kann. Aber dazu brauchen wir vielleicht nicht in die Tiefen absteigen und uns neu gründen, sondern das Vorhandene und Gewachsene und Bewährte mit einigen neuen Anstrichen versehen.

Kiesinger: Also, die Fragen, die hier aufgetaucht sind, können wir heute nicht anpacken. Ich würde daher vorschlagen, das ist ein ganz wichtiger Punkt für unsere künftige Arbeit. Es ist in der Tat so, daß man nicht einfach sagen kann, sowohl als auch. Es kommt im Leben einer Partei immer wieder mal ein Punkt, wo, wenn man sich weiterentwickeln will, auch im Blick auf Wählerschichten, die nun mobil werden, man auch einen harten Entschluß fassen muß und um der einen Schichten willen unter Umständen auf andere verzichten muß. Nicht so, wie Herr Scheel das gemacht hat vor einem Jahr, der hat die alten fahren lassen und sich neuen Wählerschichten zugewendet.⁴⁴ Ich habe ihm damals vorausgesagt, wie das ausgehen würde. Aber wenn wir an den berühmten, immer wieder angesprochenen neuen Mittelstand denken, dann machen wir uns doch um Gottes willen nichts vor, machen wir keine allzu subtilen Theorien drumherum. Das ist eine Schicht, die die materialistischste Schicht von allen unserer Bevölkerung ist nach meinen Feststellungen und die am wenigsten zufrieden ist mit ihren gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen, auch wenn sie zwischen 1.500 und 2.500 DM brutto monatlich verdient, weil sie einfach viel höhere Einkommenserwartungen und höhere Bedürfnisse haben. Wenn man schon die Schichten anspricht und sagt, ja, die sind uns entgangen bei der letzten Bundestagswahl, dann müssen wir auch ganz nüchtern fragen warum? Und dann müssen wir uns auch fragen, können wir von unserem Standpunkt aus an diese Leute Zugeständnisse machen, und welche Zugeständnisse sind das? Oder müssen wir uns damit abfinden, daß die zu einem guten Teil bei den anderen bleiben? Das sind alles Fragen, die kann man nicht über den Tisch hinweg beantworten. Wir müssen das bei den kommenden Arbeiten berücksichtigen.

Schwarz-Schilling: Es ist natürlich die Frage, wie man diese neuen Mittelschichten definiert. Und wenn man sie definiert für mittlere und leitende Führungspositionen, zwar in abhängiger Stellung, aber immerhin in führender Stellung, in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung, dann ist natürlich diese Schicht nicht nur durch „materiell“ definiert, sondern sie hat einen anderen Aspekt zur Wirklichkeit heute, rationaler Erklärungen, sehr viel verwissenschaftlichter wie früher und bedarf daher einer anderen Ansprache. Ich bin noch gar nicht mal der Meinung, daß sie von uns so weit weg sind, wie das hier manchmal zum Ausdruck kommt. Ich bin der Auffassung, daß diese Schicht nur anders angesprochen werden muß. Und das dürfte ja wahrscheinlich auch der Punkt einer solchen Kommission sein, aus unserem Gedankengut heraus, das ja keineswegs abzuschreiben ist, nur die Ansprache zu finden, um diese Schichten nicht ganz zu verlieren.

44 Grundsatzrede Scheels am 31. Januar 1969 auf dem FDP-Bundesparteitag in Freiburg (29.–31. Januar 1969). Abdruck in „Information XIX. Bundesparteitag der Freien Demokraten in Freiburg“ (ACDP Dokumentation 2/223/1–a). Vgl. auch „Nordwest Zeitung Oldenburg“ vom 31. Januar 1968 „Mit Scheel in die FDP-Zukunft“; „Der Tagesspiegel“ vom 1. Februar 1968 „Scheel: FDP muß Alternative zur Regierungspolitik aufzeigen“; „Die Welt“ vom 1. Februar 1968 „Scheel spricht von einem Ruck nach vorn“.

Kiesinger: Ich stimme Ihnen zu, daß es nicht nur um materielle Dinge geht. Nur wird dieser Punkt häufig allein genannt. Ich habe mich inzwischen auch fleißig umgehört bei Firmen meiner engeren Heimat, bei einer Anzahl von leitenden Leuten, und habe ganz allgemein diese Auskunft erhalten, daß eben eine gewisse Unzufriedenheit bei denen vorhanden ist, einfach im Blick auf ihre Lebensverhältnisse. Ziehen Sie mal von 2.500 DM brutto die Steuern und alles andere ab und sehen Sie, was für diese Familie, die hohe Ansprüche ans Leben stellt, übrigbleibt. Da ist natürlich ein gelernter Arbeiter, der ein ganz anderes Einkommen hat, sehr viel zufriedener. Das kann man nicht leugnen. Ich habe jetzt einen außerordentlichen Professor aus Tübingen gesprochen. 1.600 DM bekommt der Mann ausbezahlt und muß noch einen Sohn studieren lassen. Das ist nun zufällig ein glühender CDU-Mann. Ich frage mich, warum eigentlich?

Heck: Darf ich den Vorschlag machen, daß wir dieses Thema abschließen. Ich bin im Augenblick dabei, eine Kommission zusammenzustellen, und zwar schon seit drei Monaten, und ich finde, es ist am zweckmäßigsten, wenn zunächst mal ein Papier erarbeitet wird, über das dann diskutiert werden kann.

Hasselmann: Ich habe nur noch einen Vorschlag. Sollten wir nicht unter Punkt 9 „Städtebau und Raumordnung“ das Wort „Landwirtschaft“ miteinfügen?

Heck: Die Landwirtschaft gehört bei uns eigentlich zum ganzen Thema „Soziale Marktwirtschaft heute“.

Hasselmann: Ich würde es der Optik wegen nennen.

Heck: Es handelt sich hier um eine Gesamtkommission, die einen Auftrag hat, und wir haben hier von uns aus nur neun Themen aufgeschrieben. Wie die ihre Arbeit organisiert, ob der Vorsitzende neun Unterkommissionen macht, ob er die Landwirtschaft aufgliedert und gesondert behandeln läßt, wahrscheinlich wird die Landwirtschaft bei der „Sozialen Marktwirtschaft“ behandelt werden müssen und bei „Städtebau und Raumordnung“, bei „Soziale Sicherheit“ gehört sie auch rein.

Hasselmann: Ich sehe das rein politisch. Jetzt kommt der Freiherr von Heereman⁴⁵ aus Westfalen an die Spitze des DBV. Wir werden eine ganz andere Agrarpolitik mit dem Bauernverband machen können aus unserer Sicht. Der Mann ist CDU-Mann. (*Kiesinger:* Das ist doch ein Extra-Thema.) Ja, ich weiß nicht. Ist es das wirklich? Ich möchte nicht die Isolierung, sondern gerade die Einbeziehung in jene von Herrn Dr. Heck genannte Kommission.

Heck: Das gehört zum Thema „Soziale Marktwirtschaft heute“.

Von Weizsäcker: Das zeigt mal wieder, daß die Aufgliederung der neun Themen sich weitgehend materialisiert an der Zusammenstellung der Namen, die daran arbeiten. Ich meine, so wie die Soziale Marktwirtschaft hier verstanden wird, finde ich die

45 In der Vorlage: Revemann. – Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck (geb. 1931), Landwirt; 1957 CDU, 1969–1997 Präsident des Deutschen Bauernverbandes, 1983–1990 MdB. Vgl. Franz-Josef BUDDÉ/Bernd HAUNFELDER/Gisbert STROTDREES: Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck. Münster 1997.

aufgeführten Namen trefflich, aber nicht ausreichend. Ich glaube, daß wir uns nicht damit begnügen können, daß wir sagen, zu „Soziale Marktwirtschaft“ wird noch zugearbeitet durch Thema 3, Thema 4, Thema 9 und Thema 8, auch Thema 7. Ich glaube doch, daß wir die Arbeit selbst am Thema „Soziale Marktwirtschaft“ etwas umfassender verstehen müssen und daher die Liste der Namen erweitern müssen.

Heck: Ich möchte gleich darauf aufmerksam machen, hier sind Namen aufgeführt worden unter Ziffern, die unter anderen Ziffern wieder dazugehören. Wir haben lediglich mal zunächst uns überlegt, daß wir dafür sorgen, daß in der Kommission zu den neun Themen ausreichend Sach- und Fachverstand enthalten ist, wobei wir von vornherein davon ausgegangen sind, daß der Vorsitzende bei der Organisation der Arbeit in Unterkommissionen jederzeit Sachverstand hinzuziehen kann in jedem Umfange. Aber in dem einen Punkt haben Sie recht. Wenn man Landwirtschaft unter der Ziffer „Soziale Marktwirtschaft“ begreift, müssen mindestens zwei Landwirte mit Sachverstand dabei sein.

Von Weizsäcker: Ich finde, die Hinzuziehung von Sachverständigen ist eine Sache, die Verantwortung gegenüber der Partei ist eine andere Sache.

Heck: Es gibt dann hier nur eine gewisse Grenze, wenn eine solche Kommission etwa Parlamentstärke bekommt, dann geht wieder etwas schief. Wir haben jetzt bereits etwa 60 Namen, und das ist eine Kommissionsgröße, die eigentlich schon die Grenze dessen, was sonst als Arbeitskreis angesehen wird, übersteigt. Das ist der Grund, warum wir hier überall ein bißchen gebremst haben. Aber hier muß ich auch sagen, unter der Voraussetzung – und davon sind wir ausgegangen –, daß unter „Soziale Marktwirtschaft“ die Landwirtschaft mitzubehandeln ist, müssen wir noch einige Namen mit hereinnehmen. Im übrigen meine ich ohnedies, daß die Liste noch verändert werden soll vom Vorstand. Sonst hätten wir sie ja gar nicht vorzulegen brauchen.

Lorenz: Herr Dr. Heck, ich möchte noch folgendes fragen: Muß es eigentlich so sein, daß alle die, die hier aufgeführt sind plus denen, die noch dazukommen, die Kommission bilden? Oder kann man nicht ein anderes Organisationsschema machen, daß von jeder Unterkommission zwei oder drei hinterher zu der Hauptkommission zusammentreten? Dann hat man nämlich die Möglichkeit, bei der Unterkommission ein paar mehr Leute zu beteiligen, ohne daß der Kreis zu groß wird.

Heck: Also, hier wird der Kreis eine erste Sitzung anberaumen. Und in dieser ersten Sitzung muß von diesem Kreis die Arbeit als Ganzes organisiert werden. Ich könnte mir vorstellen, daß so verfahren wird – Herr Kohl hat es sich auch so überlegt –, zunächst werden die Themen auf Arbeitskreise verteilt, und dann wird er von den Arbeitskreisen, wenn die alle fertig sind, wiederum je 1, 2, 3 zu einer Kommission zusammenholen und dann zum Abschluß der Arbeit noch einmal alle zusammen. Also so etwa hat er es sich wohl vorgestellt.

Lorenz: Na ja, so kann man es ja machen.

Schwarz-Schilling: Ich wollte noch eine Frage stellen zur Mitbestimmungskommission. Es gibt doch, soviel ich weiß, noch eine andere Mitbestimmungskommission. (*Heck:* Nein, deren Arbeit ist erloschen.) Die tritt also praktisch an die Stelle der an-

deren Mitbestimmungskommission.⁴⁶ Und nun frage ich ein weiteres: Wenn das dazu dienen soll, bis März ein Programm zu erstellen, so kann ich jetzt schon mit einiger Voraussicht sagen, daß wahrscheinlich innerhalb von zwei Monaten bei dem Gutachten, das alleine mehrere hundert Seiten lang ist, eine wirklich durchschlagende Neuordnung wohl kaum von der Kommission in dieser kurzen Zeit zu leisten ist.

Heck: Auch dafür haben wir schon vorgesorgt. Wir können für ein oder zwei Fragen eine Verlängerung von ein bis zwei Monaten geben. Aber wenn wir gleich jetzt anfangen, daß die Kommission ihre Arbeit erst im Juni abliefern soll, dann fallen die Kreisverbände aus. Dann kann unter Umständen ein solches Thema, wenn das bis Juni/Julii dauert, nicht in der gleichen Weise in die Kreisverbände gehen.

Von Weizsäcker: Darf man Personalvorschläge schon jetzt machen? Ich wollte vorschlagen, daß man zur „Sozialen Marktwirtschaft heute“ nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Sozialausschüsse einbezieht. Die Sozialausschüsse sind zwar in anderen Gruppen nachhaltig vertreten, und das ist auch gut und notwendig. Aber die Soziale Marktwirtschaft ist doch wirklich ein Oberbegriff, bei dem ich mir nicht vernünftigerweise eine Art ohne einen kompetenten Vertreter der Sozialausschüsse vorstellen kann. Das ist Punkt 1. – Punkt 2, zur ersten Gruppe „Außen- und Deutschlandpolitik“. Das ist eine der Gruppen, wo ich der Meinung bin, es gibt eine Reihe von Stimmen, die nicht nur so dahergeredeterweise, sondern auch mit substantiierten Beiträgen der Meinung sind, daß wir entweder nicht die richtigen Proportionen oder nicht die richtigen Begriffe oder nicht die richtige Analyse für ein Programm usw. haben. Ich finde, diese Leute müssen mit einbezogen werden. Ich wollte daher Herrn Schönbohm⁴⁷ vorschlagen, der ja einiges publiziert hat. Ich bin der Meinung, daß wir hier solche Leute in die verantwortliche Arbeit einbeziehen müssen. Auf andere Weise sehe ich nicht, wie wir die auseinanderklaffenden Tendenzen hier in einem Programmsinne vernünftig zusammenbekommen. Die weitere Frage ist, ob wir Herrn Windelen hier mit einbeziehen sollen, der die Belange, die von ihm in der Regierung gut betreut worden sind, hier zur Geltung bringt. Und mein dritter Vorschlag ist – ich finde doch, das hängt ja auch mit der Überschriftsänderung zusammen –, daß wir die Formulierung über die

46 Die konstituierende Sitzung der alten Mitbestimmungskommission fand am 23. März 1969 in Bonn statt im Zusammenhang mit den Beschlüssen des Berliner Parteitags. Den Vorsitz führte Bruno Heck, weitere Teilnehmer waren Hans Katzer, Egon Lampersbach und Hermann Josef Russe (Protokoll in ACDP 07–001–9116). Vgl. dazu auch PROTOKOLLE 5 S. 1349 Anm. 12. – Die konstituierende Sitzung der nach dem Mainzer Parteitag eingesetzten Programmkommission fand am 20. Januar 1970 statt auf der beschlossen wurde, die vorgesehenen neun Kommissionen in vier Kommissionen zusammenzufassen (Protokoll in ACDP 07–004–108/2). Auf der Sitzung der Kommission II „Soziale Marktwirtschaft heute“ am 25. Februar 1970 in Bonn wurde die Einsetzung einer Unterkommission „Mitbestimmung“ beschlossen). Vorsitzender der Unterkommission wurde Thomas Ruf (Protokoll in ACDP 07–004–108/2; Protokolle der gemeinsamen Sitzungen der Unterkommission Mitbestimmung der Programmkommission der CDU und der Arbeitsgruppe Mitbestimmung der CDU/CSU-Fraktion in ACDP 01–649–010/1.

47 Wulf Schönbohm (geb. 1941), Politologe; 1967/68 Bundesvorsitzender des RCDS. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 943 Anm. 24.

Entwicklungspolitik einbeziehen müssen, und ich finde, daß wir hier Herrn Kiep mit einladen sollten.

Schröder: Ich würde dem zustimmen, einschließlich Kiep. Ich würde gern bei Ziffer 3 noch gern aus Friedewald Herrn Dr. Wiedemann⁴⁸ hinzugezogen sehen, bei Ziffer 4 Friedrich Vogel aus Warendorf, bei Ziffer 5 Professor Hahn, bei Ziffer 6 den früheren Staatssekretär Walter Strauß⁴⁹, bei Ziffer 7 Frau Griesinger, bei Ziffer 9 Dr. Evers⁵⁰ aus Freiburg. Das sind die Vorschläge, die ich machen wollte.

Kiesinger: Darf ich mir einen Vorschlag erlauben? Es sollten jetzt nicht zuviele Personenvorschläge gemacht werden. Aber ich stimme im Prinzip dem zu, das Herr von Weizsäcker gesagt hat, denn wir kommen ja nur zu etwas, wenn wir die unterschiedlichen Kontroversen berücksichtigen.

Stingl: Ich möchte gerne wissen, ist damit auch die Kommission „Ballungsräume“ erledigt?

Heck: Nein, wir haben einen Auftrag des Parteitages gehabt, einen Fachausschuß „Ballungsräume“ zu bilden. Ich habe die Landesvorsitzenden vor vier Wochen bereits aufgefordert. Ich darf hiermit bekanntgeben, daß die Nominierungen von den Landesverbänden sehr zögernd eingehen. Das ist die Ursache, warum bei uns die Konstituierung eines solchen Ausschusses drei bis vier Monate dauert.

Stingl: Zu Ziffer 4 möchte ich noch vorschlagen Herrn Dr. Böhme⁵¹, weil der sich um die Mitbestimmungsfragen in letzter Zeit gekümmert hat. Und dann hat es mich bei Ziffer 5 etwas verwundert, niemanden zu finden, der aus meiner Verwaltung ist. Wir haben die gesamte berufliche Fortbildung und Weiterbildung vom Arbeitsamt zu betreuen, und keiner davon ist dabei. Und bei Ziffer 9 „Städtebau und Raumordnung“ möchte ich Herrn Dr. Degen⁵² aus Nordrhein-Westfalen vorschlagen, bei Ziffer 5 mich selber.

48 Dr. Lothar Wiedemann, Geschäftsführer der Evangelischen Sozialakademie Friedewald, Mitglied der EKD.

49 Dr. Walter Strauß (1906–1976), Jurist; 1945 CDU, 1946/47 Staatssekretär in der Staatskanzlei Hessen, 1948/49 MdPR, 1949–1963 Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz, 1963–1970 Richter am Europäischen Gerichtshof. Vgl. Friedemann UTZ: Preuße, Protestant, Pragmatiker. Der Staatssekretär Walter Strauß und sein Staat. (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 40.) Tübingen 2003; Brigitte KAFF: Walter Strauß. In: Günter BUCHSTAB/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.): In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat. Freiburg/Br. 2008 S. 346–354.

50 Dr. Hans Evers (1925–1999), Diplom-Kaufmann; 1963–1969 Stadtkämmerer in Freiburg, 1969–1980 MdB (CDU), 1969–1977 Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sport der CDU, 1976–1980 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

51 Dr. Günter Böhme (geb. 1925), Jurist; seit 1952 Tätigkeit bei der Bayer AG Leverkusen, 1961 CDU, 1969–1972 MdB.

52 Dr. Alois Degen (1912–1985), Verwaltungsbeamter; 1945–1958 Landesarbeitsamt Hessen (1950 Oberregierungsrat, 1957 Leitender Verwaltungsdirektor und Ständiger Stellvertreter des Präsidenten), 1958–1962 Oberdirektor bei der Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg, 1962–1977 Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen.

Wex: Ich möchte fragen, wo in dieser Kommission Gesundheitsfragen untergebracht sind? Ist das irgendwo eine Untergruppe?

Heck: Das gehört zum Thema „Soziale Sicherheit“.

Wex: Dann möchte ich dafür Frau Blohm⁵³ vorschlagen und für Ziffer 9 Frau Beckmann⁵⁴ und Frau Grabowski⁵⁵.

Heck: Darf ich jetzt den Vorschlag machen, den Vorsitzenden zu ermächtigen, nach Bedarf hinzuzuziehen. Denn wenn jetzt jeder aus seinem Bereich jemanden vorschlägt, dann müssen wir noch einmal eine Sitzung machen, um das Ganze wieder auf eine arbeitspraktikable Lösung zu bringen.

Kohl: Ich bitte, Herr Generalsekretär, noch um eine Vollmacht in der Sache, daß man beim Ablauf des Geschehens auch das Recht hat zu streichen. Denn da ist wieder eine ganze Reihe von reinen Prestigemeldungen dabei, wenn Sie alle Namen betrachten, die immer und in allen Zusammenhängen wiederkehren. Hier soll ja eigentlich gearbeitet werden, und ich finde, man sollte auch jeden richtig fragen, ob er überhaupt bereit ist mitzumachen.

Kiesinger: Ich bin der Meinung, daß das ein vernünftiger Vorschlag ist.

Heck: Wer an drei Sitzungen hintereinander nicht teilgenommen hat, der soll als gestrichen betrachtet werden.

Kohl: Ich möchte nur noch sagen, ich habe natürlich auch die Absicht, in jeder Sitzung über den Fortgang der Sache kurz zu berichten. Dann sieht man auch, wer mitmachen muß.

Lorenz: Ich nominiere Sie dann dem Herrn Vorsitzenden gegenüber.

Heck: Ich möchte nur wissen, was gilt. Also die, die hier nominiert worden sind, von denen glaube ich nicht, daß alle damit einverstanden sind.

Kohl: Ich würde sie erst mal alle einladen, die hier genannt worden sind.

Heck: Das Ganze ist natürlich jetzt ein bißchen zufällig.

Kohl: Das sind eine ganze Reihe von Leuten, die mit Sicherheit ernsthaft nicht mitmachen.

Lorenz: Ich möchte dann gerne noch zwei Vorschläge machen. Das eine ist unser Landesschatzmeister Herr Boehm⁵⁶, der im Wirtschaftsausschuß des Berliner Abge-

53 Irma Blohm (1909–1997), medizinisch-technische Assistentin; 1949 CDU, 1949–1953 war Mitglied der Bezirksversammlung Wandsbek und des Ortsausschusses Rahlstedt, 1953–1957 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1957–1969 MdB.

54 Ruth Beckmann (geb. 1925), medizinisch-technische Assistentin; 1951–1954 Sachbearbeiterin beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten, 1964–1970 Stadtverordnete in Frankfurt/Main (CDU), 1967–1981 Mitglied des Landesvorstands der CDU Hessen, 1970–1986 MdL Hessen.

55 Rita Grabowski (geb. 1911), Diplom-Architektin; 1949 CDU, 1955–1965 Bezirksstadträtin für Bau- und Wohnungswesen in Berlin-Schöneberg, 1958–1962 Mitglied im Landesvorstand der CDU Berlin.

56 Hans Joachim Boehm (geb. 1920), Diplom-Volkswirt; 1949–1951 Landesvorsitzender der JU Berlin, 1950–1955 Geschäftsführer des Rings Politischer Jugend in Berlin, Schatzmeister des LV Berlin.

ordnetenhauses ist. Den würde ich gerne bei der Wirtschaft mitmachen sehen. Und dann würde ich sagen unseren Freund Diepgen⁵⁷ in der Kommission für Kulturpolitik. Das ist derjenige, den ich von allen in der CDU am meisten von den jüngeren Leuten außerhalb des RCDS hinsichtlich seiner Sachkenntnis auf dem Gebiet der Hochschulpolitik schätze. Ich glaube also, der würde wirklich wichtig sein in dieser Kommission.

Heck: Ich muß dann noch ergänzen: Es ist Herr Filbinger noch vorgeschlagen worden und Herr Professor Braun⁵⁸ sowie Herr Ministerpräsident Lemke zu der Raumordnungsgeschichte.

Mitglieder der Kommission:

zu 1: Amrehn, Carstens⁵⁹, Gradl, Hallstein⁶⁰, Lamers⁶¹, Majonica⁶², Marx⁶³, Mertes⁶⁴, Osterheld⁶⁵, von Weizsäcker, Kiep, Windelen, Schönbohm;

57 Eberhard Diepgen (geb. 1941), Rechtsanwalt; 1962 CDU, 1965/66 stv. Vorsitzender des VDS, 1980/81 MdB, 1983–2002 Vorsitzender des LV Berlin, 1984–1989 und 1991–2001 Regierender Bürgermeister von Berlin. Vgl. LEXIKON S. 219f.

58 Dr. Walter Braun (geb. 1930), Diplom-Kaufmann; 1955–1964 Assistent an der Wirtschaftshochschule Mannheim, 1966 o. Professor für Betriebswirtschaftslehre Universität Kiel, 1969–1979 Kultusminister, 1979–1983 Sozialminister in Schleswig-Holstein, 1971–1987 MdL (CDU).

59 Dr. Karl Carstens (1914–1992), Jurist; 1968/69 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1972–1979 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 327 Anm. 103; Tim SZATKOWSKI: Karl Carstens. Eine politische Biographie. Weimar 2007.

60 Dr. Walter Hallstein (1901–1982), Jurist; 1946–1948 Rektor der Universität Frankfurt/Main, 1950/51 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und 1951–1957 im Auswärtigen Amt, 1958–1967 Präsident der EWG-Kommission, 1968–1974 Präsident der Europäischen Bewegung, 1969–1972 MdB (CDU). Vgl. LEXIKON S. 261f.

61 Karl Lamers (geb. 1935), Jurist; 1955 CDU, 1966–1980 Leiter der Karl-Arnold-Bildungsstätte Bonn, 1968–1971 Vorsitzender der JU Rheinland, 1975–1981 stv. Vorsitzender der CDU Rheinland, 1980–2002 MdB.

62 Dr. Ernst Majonica (1920–1997), Jurist; 1950–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1331 Anm. 61; Hans-Otto KLEINMANN/Christopher BECKMANN (Bearb.): Ernst Majonica. Das politische Tagebuch 1958–1972 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 55). Düsseldorf 2010 (im Druck).

63 Werner Marx (1924–1985), Regierungsdirektor; 1947 CDU, 1956 persönlicher Referent von Otto Lenz, 1960–1965 Mitarbeiter im Bundesministerium der Verteidigung, 1965–1982 MdB (1969–1980 Vorsitzender des außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion). Vgl. LEXIKON S. 323f.

64 Dr. Alois Mertes (1921–1985), Philologe; 1952–1971 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1961 CDU, 1972 Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund, 1972–1985 MdB, 1982–1985 Staatsminister im Auswärtigen Amt. Vgl. LEXIKON S. 328f.

65 Dr. Horst Osterheld (1919–1998), Ministerialdirektor; 1951 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1960–1969 Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, 1967 CDU, 1970/71 Botschafter in Chile, 1974–1979 Leiter des Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, 1980–1984 Abteilungsleiter im Bundespräsidialamt. Vgl. Ulrich SCHLIE (Hg.): Horst Osterheld und seine Zeit (1919–1998). Wien/Köln 2006.

- zu 2: von Bismarck, Erhard, Frank⁶⁶, Luda⁶⁷, Neef⁶⁸, Schäfer, Schwarz-Schilling, Dr. Böhme und ein Vertreter der Sozialausschüsse;
zu 3: Blüm, Burgbacher, Häussler⁶⁹, Lampersbach, Dr. Pinger⁷⁰, Dr. Wiedemann;
zu 4: Benda, Müller⁷¹, Russe, Schwarz-Schilling, Friedrich Vogel, Dr. Böhme;
zu 5: Frau Benedix⁷², Dr. Haase⁷³, Martin⁷⁴, Mikat⁷⁵, Riesenhuber⁷⁶, Schröder⁷⁷ (Hamburg), Seifriz⁷⁸, Simon, Dr. Vogel, Frau Walz⁷⁹, Stingl, Prof. Hahn, Diep-
gen, Prof. Braun;

-
- 66 Dr. Johann Frank (geb. 1929), Volkswirt; 1953–1957 Zeitungsredakteur, 1964–1966 Wirtschaftskorrespondent der Zeitung „Die Welt“, 1966 Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1968/69 als Ministerialdirektor Leiter des Grundsatz- und Planungsabteilung, 1969 CDU, 1970–1976 Leiter des Planungsstabes der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1978–1983 Direktor für Personal und Verwaltung beim Europäischen Rechnungshof in Luxemburg.
- 67 Dr. Manfred Luda (geb. 1921), Rechtsanwalt; 1961–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 626 Anm. 52.
- 68 Dr. Fritz Neef (1913–1979), Diplom-Volkswirt; 1949–1967 Tätigkeit im Bundeswirtschaftsministerium (ab 1963 Staatssekretär), 1967–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1967 CDU, 1969–1977 Hauptgeschäftsführer des BDI.
- 69 Erwin Häussler (1909–1981), Redakteur; 1946–1953 Stadtrat in Stuttgart (CDU), 1952–1956 MdL Baden-Württemberg, 1953–1961 und 1964–1972 MdB.
- 70 Dr. Winfried Pinger (geb. 1932), Jurist; 1957 CDU, 1963–1967 Vorsitzender der JU Köln, 1969–1972 und 1976–1998 MdB.
- 71 Adolf Müller (1916–2005), Facharbeiter; 1945 CDU, 1947 DGB, 1958–1978 stv. Landesbezirksvorsitzender des DGB Nordrhein-Westfalen, 1961–1978 MdB.
- 72 Ursula Benedix (geb. 1922), Diplom-Handelslehrerin; 1953 CDU, 1967–1972 MdL Niedersachsen, 1971–1990 Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU in Niedersachsen, 1972–1983 MdB.
- 73 Dr. Winfried Haase, (geb. 1940) Jurist; Ministerialdirigent, Honorarprofessor für Sozialrecht an der Universität Bochum.
- 74 Dr. Berthold Martin (1913–1973), Arzt; 1957–1973 MdB (1965–1973 Vorsitzender des Arbeitskreises für Bildung, Wissenschaft und Publizistik der CDU/CSU-Fraktion), 1970–1973 Vorsitzender der Enquête-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 105 Anm. 2.
- 75 Dr. Paul Mikat (geb. 1924), Professor für Bürgerliches Recht und Handelsrecht, Rechtsgeschichte und Kirchenrecht; 1969–1987 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 27 Anm. 53.
- 76 Dr. Heinz Riesenhuber (geb. 1935), Diplom-Chemiker; 1961 CDU und JU, 1962–1965 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Frankfurt, 1965–1969 Mitglied im Landesvorstand der JU Hessen, 1973–1978 Vorsitzender des KV Frankfurt, seit 1976 MdB, 1977 bis 1982 Vorsitzender im Bundesfachausschuss Energie und Umwelt der CDU, 1982–1993 Bundesminister für Forschung und Technologie. Vgl. LEXIKON S. 349.
- 77 Horst Schröder (geb. 1938), Diplom-Volkswirt; 1966–1972 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1473 Anm. 35.
- 78 Dr. Adalbert Seifriz (1902–1990), Jurist; 1946–1954 Referent im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, 1957–1963 Präsident des Landesarbeitsamtes Stuttgart, 1960–1963 MdL Baden-Württemberg, 1963–1966 Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund, 1966–1972 Minister für Bundesangelegenheiten Baden-Württemberg.
- 79 Dr. Hanna Walz (1918–1997), Juristin; 1950–1954 Bibliothekarin am Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf, 1958–1969 MdL Hessen (CDU), 1969–1980 MdB, 1973–1984 MdEP.

- zu 6: Benda, Feller⁸⁰, Göb⁸¹, Dr. Meyers, Rollmann⁸², Dr. Syren⁸³, Walter Strauß, Wagner⁸⁴;
zu 7: Andres⁸⁵, Barth⁸⁶, Brauksiepe, Häussler, Vogt⁸⁷, Frau Griesinger, Dr. Becher⁸⁸;
zu 8: Dr. Berger⁸⁹, Geißler⁹⁰, Gewandt⁹¹, Götz⁹², Pirkl⁹³, Dr. Schmelzer⁹⁴, Stingl, Frau Blohm;

-
- 80 Jakob Feller (geb. 1917), Regierungsamtmann; bis 1955 CVP, 1957 CDU, 1952–1980 MdL Saarland, 1974–1982 Bürgermeister von Sankt Wendel, Präsident des saarländischen Städte- und Gemeindetages.
- 81 Dr. Rüdiger Göb (geb. 1928), Jurist; 1957–1960 Syndikus des Deutschen Gemeindetages, 1965–1969 Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern, 1970/71 Bundesgeschäftsführer der CDU.
- 82 Dietrich-Wilhelm Rollmann (1932–2008), Jurist; 1960–1976 MdB (CDU), 1968–1974 Vorsitzender des LV Hamburg. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 942 Anm. 21.
- 83 Dr. Hans Syren (geb. 1923), Rechtsanwalt; 1965–1971 Vorsitzender des CDU-KV Mannheim.
- 84 Dr. Hans Wagner (1915–1996), Lehrer; vor 1933 Windthorstbund, Mitgründer der JU, 1950–1982 MdL Hessen (1966–1970 und 1972–1974 Vorsitzender der Landtagsfraktion), 1974–1982 Landtagspräsident.
- 85 Karl Andres (1906–1996), Ministerialdirigent; 1953–1966 Bundesministerium für Arbeit (Leiter des Referats III b 3/Neue Kindergeldgesetzgebung einschl. Rechtsverordnungen, Frauenlohn, Lohn in volkswirtschaftlicher Sicht), 1961–1966 Leiter der Unterabteilung II b (Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld, arbeits- und sozialpolitische Fragen der Verteidigung und des Notdienstes, Ziviler Ersatzdienst), 1966–1969 Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen (Leiter der Abteilung II/Familienpolitik).
- 86 Dr. Heinrich Barth (1914–1997), Rechtsanwalt und Notar; 1963–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Jugend. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1234 Anm. 6.
- 87 Wolfgang Vogt (1929–2006), Diplom-Volkswirt; 1946 CDU, 1969–1998 MdB, 1972–1983 Bürgermeister von Düren, 1982–1991 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.
- 88 Dr. Paul Becher, Präsident des Europäischen Forums der Nationalen Laienkomitees, bis 1993 Stellvertreter des Generalsekretärs und Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik und internationale Aufgaben im Zentralkomitee der deutschen Katholiken in Bonn.
- 89 Dr. Hans Berger (1909–1985), Jurist; 1939–1944 Referent beim Reichskommissar für Preisbildung, 1946 Oberlandesgerichtsrat, 1948/49 Richter am Obersten Gerichtshof der Britischen Zone, 1949–1953 Landgerichtspräsident in Düsseldorf, 1953/54 Leiter der Abteilung I im Bundesinnenministerium, 1954–1959 Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, 1959–1963 Botschafter in Dänemark, 1963–1965 in den Niederlanden, 1965–1969 Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamtes, 1969–1971 Botschafter beim HI. Stuhl.
- 90 Dr. Heiner Geißler (geb. 1930), Jurist; 1967–1977 Minister für Soziales, Jugend und Gesundheit in Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1392 Anm. 36.
- 91 Heinrich Gewandt (geb. 1926), Kaufmann; 1957–1976 MdB (CDU), 1965–1975 Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 576 Anm. 7.
- 92 Dr. Hermann Götz (1914–1987), Jurist; 1949–1976 MdB (CDU).
- 93 Fritz Pirkel (1925–1993), Diplom-Psychologe; 1958–1984 MdL Bayern (CSU), 1966–1984 Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1392 Anm. 37.
- 94 Dr. Horst Schmelzer (geb. 1934), Leiter des WEMA-Instituts für Empirische Sozialforschung Köln.

zu 9: Echternach, Göb, Hesberg⁹⁵, Köppler, Dr. Kohl, Lücke, Mick⁹⁶, Rinsche⁹⁷, Dr. Evers, Dr. Degen, Frau Beckmann, Frau Grabowski, Dr. Lemke, Dr. Filbinger. Als Vorsitzenden der Kommission schlägt das Präsidium Herrn Dr. Kohl, als stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Köppler vor. – Wir kommen jetzt zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Erstellung einer Kommission für das Bundesparteihaus

Schmücker: Das Präsidium hat sich mit dieser Frage befaßt und vorgeschlagen, daß unter Vorsitz des Bundesschatzmeisters eine Kommission gebildet wird. Dieser Kommission sollte angehören der Generalsekretär, das ist selbstverständlich. Ich würde vorschlagen, Herrn Dr. Kraske dazuzunehmen, auch wenn er sein jetziges Amt dann nicht mehr wahrnimmt, weil er von Anfang an die Dinge mitgemacht hat. Ich würde weiter vorschlagen den Bonner Kreisparteivorsitzenden Herrn von Arnim⁹⁸, schon wegen der Beziehungen, die er zu örtlichen Stellen hat. Die Junge Union sollten wir beteiligen. Der Schatzmeister dort ist Herr Seiters⁹⁹. Und wir sollten unsere Freunde aus Berlin als Antragsteller bitten, uns einen Namen zu nennen. Es wurde gesagt, daß entweder Herr Amrehn oder Herr Wohlrabe¹⁰⁰ dafür in Frage kämen. Die Unterscheidung liegt nur darin, weil einige meinten, es sei ein Jurist besser als –; aber die Berliner sollten sich selbst entscheiden. (*Lorenz:* Der Plan liegt doch wohl schon vor?) Der Plan liegt vor, und Freunde aus der Bundesbauverwaltung stehen zur Verfügung. Außerdem haben wir einen Fachmann.

Lorenz: Ja, der Wohlrabe hat die Sache bei uns angeleiert, aber ich sage auch, wenn Herr Amrehn im Vorstand ist, dann ist er natürlich näher dran. Wenn er bereit ist, das zu machen, soll er es gerne tun.

Heck: Der Vorstand ist mit dem Vorschlag einverstanden.

95 Dr. Carl Hesberg (1898–1977), Volkswirt; 1945 CDU, 1953–1969 MdB.

96 Josef Mick (1914–1978), Buchdrucker; 1957–1976 MdB (CDU), 1963–1975 Vorsitzender der CDA Rheinland. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 959 Anm. 45.

97 Dr. Günter Rinsche (geb. 1930), Diplom-Volkswirt, Honorarprofessor; 1965–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1233 Anm. 5.

98 Adolf-Heinrich von Arnim (1916–2008), Ministerialdirigent; 1961–1989 Mitglied im Rat der Stadt Bonn, 1965–1970 Vorsitzender des KV Bonn-Stadt.

99 In der Vorlage: Seiffers. – Rudolf Seiters (geb. 1937), Jurist; 1958 JU und CDU, 1965–1970 Vorsitzender der JU Niedersachsen, November 1969 bis November 1971 Bundesschatzmeister der JU, 1969–2002 MdB (1971–1976 und 1982–1984 Parlamentarischer Geschäftsführer), 1989–1991 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, 1991–1993 Bundesminister des Innern. Vgl. Ulrike BERG: Rudolf Seiters, der stille Macher. Karriere in Hintergrund und Rampenlicht. Leer 2002.

100 Jürgen Wohlrabe (1936–1995), Kaufmann; 1958 CDU, 1963–1969 Vorsitzender und Geschäftsführer des Rings Politischer Jugend Berlin, 1967–1969 und 1979–1995 MdB Berlin, 1969–1979 und 1993/94 MdB.

Baukommission

Vorsitzender: Bundesschatzmeister Dr. Kurt Schmücker; Kommissionsmitglieder: Generalsekretär Dr. Bruno Heck, Dr. Konrad Kraske, Adolf-Heinrich von Arnim (Kreisverband Bonn), Seiters (Schatzmeister der Jungen Union), Franz Amrehn. – Dann nächster Punkt:

Anträge der Kreisverbände Bühl und Frankfurt/Main

Der Kreisverband Bühl hat beantragt, daß wir eine Regelung treffen sollen, nach der jeder Kreisverband wenigstens einen Delegierten für den Parteitag stellt. Bei der jetzigen Anzahl der Delegierten würden wir hier ins Gedränge kommen mit dem Parteiengesetz.¹⁰¹ Diesem Antrag könnte stattgegeben werden, wenn die Zahl der Delegierten entsprechend erhöht würde. Aber diese Frage kann, glaube ich, auch der Vorstand jetzt nicht beraten. Ich schlage vor, daß wir Herrn Dr. Kraske, der ja Fachmann im Parteiengesetz ist und die genügenden Erfahrungen hat, beauftragen, für die nächste Sitzung einmal vorzubereiten, wie viele Delegierte wir künftighin auf einem Parteitag haben müssen, um diesem Antrag, der aus vielerlei Gründen eigentlich Unterstützung verdient, Rechnung tragen zu können, ohne mit dem Parteiengesetz in Konflikt zu geraten. Dann kann der Vorstand immer noch entweder dieser Regelung zustimmen oder sie verwerfen. Aber ich glaube nicht, daß das heute diskutiert werden kann.

Dann der zweite Antrag des Kreisverbandes Frankfurt/Main. Der betrifft die Anschuldigungen wegen Abwerbungsversuchen anlässlich der Kanzlerwahl. Nachdem von den Freien Demokraten erklärt worden ist, daß diese Verdächtigungen – wie war eigentlich das Dementi der FDP? Auf alle Fälle liegt so eine Art Dementi der FDP zu dieser Sache vor. Man sollte an sich den Generalsekretär beauftragen, den Kreisverband Frankfurt/Main über den Vorgang zu informieren und sagen, der Vorstand würde die Sache als erledigt betrachten.¹⁰²

101 Vgl. §9 (2) des Parteiengesetzes i. d. F. vom 24. Juli 1967 (BGBl. 1967 I S. 773–781, hier S. 775): „Vorstandsmitglieder, Mitglieder anderer Organe des Gebietsverbandes sowie Angehörige des in §11 Abs. 2 genannten Personenkreises können einer Vertreterversammlung kraft Satzung angehören, dürfen aber in diesem Fall nur bis zu einem Fünftel der satzungsmäßigen Gesamtzahl der Versammlungsmitglieder mit Stimmrecht ausgestattet sein.“

102 Antrag II/7 des KV Frankfurt/Main in ACDP 07–001–22066. Hintergrund waren SPD-Verlautbarungen über Angebote an die FDP vgl. SPD Pressemitteilungen und Informationen Nr. 43 vom 1. Oktober 1969; ppp Nr. 10 vom 1. Oktober 1969 „Kiesinger wirft sich Scheel an den Hals“; SPD-Pressedienst P/XXIV/188 vom 2. Oktober 1969 „Abstieg der C-Parteien. Korruptionversuche als Prinzip?“.

Sonstige Anträge

Die übrigen Anträge sind von mir bereits an die zuständigen Ausschüsse überwiesen worden. Diese Anträge kommen an den Vorstand erst, wenn sie in den Ausschüssen beraten worden sind und wenn zu diesen Stellung genommen worden ist. Es bleibt noch ein Antrag übrig, der Antrag des Landesverbandes Hamburg. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, einen aus 25 Personen bestehenden ständigen Fachausschuß „Ballungsräume“ zu berufen. Ich habe in der Sache, das Mandat des Vorstandes vorausgesetzt, die Landesverbände bereits aufgefordert, sie möchten hier Vorschläge machen für die Zusammensetzung des Ausschusses. Ich hoffe, daß ich zur nächsten Sitzung des Vorstandes dann den entsprechenden Vorschlag vorlegen kann.

Dregger: Sind wir an den schrecklichen Namen gebunden „Ballungsräume“?

Heck: In keiner Weise, das ist nur ein Arbeitstitel.

Lorenz: Wir haben das Schreiben auch bekommen und haben deshalb noch nicht geantwortet, weil wir uns nicht ganz klar darüber sind, was für eine Art von Vorschlag wir da machen sollen. Also „Ballungsräume“ heißt „Arbeit der CDU in Ballungsräumen“ oder heißt das „Entwicklung politischer Forderungen für Ballungsräume“?

Kraske: Ich glaube, wir müssen es alleine deswegen schon ein bißchen sortieren, weil unter den eben besprochenen Kommissionen bzw. Unterkommissionen das Thema „Raumordnung“ bereits berücksichtigt ist, und die beiden Vorschläge, die Frau Wex eben gemacht hat für diese Programmkommission, sind genau die, die ihre Frauenvereinigungen für diese Kommission gemacht haben. Bei der Programmkommission geht es aber vor allen Dingen um die politischen Fragen der Raumordnung, Städtebau usw., während es bei dieser Kommission in der Tat vor allem um die Arbeit der CDU in diesem für sie leider bisher etwas ungewohnten Gelände geht. Das war nämlich auch das Votum der Antragsteller.

Lorenz: Ist das die Meinung des Vorstandes?

Heck: Das war die Meinung des Parteitages. – Dann kommen wir zu Punkt 4 der Tagesordnung:

MITGLIEDERWERBEAKTION

Kraske: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es bestand wohl überall in der Partei und es besteht Einigkeit darüber, daß das Ergebnis der Bundestagswahl und der Regierungsbildung nicht nur eine zwingende Aufforderung war, unsere Mitgliederwerbung zu verstärken, sondern daß sich auch eine Gelegenheit bietet, wie wir sie wahrscheinlich seit langer Zeit nicht mehr gehabt haben, Wähler und treue Anhänger jetzt eben auch zu veranlassen, nun auch Mitglied zu werden. Wir erleben – das hat sich auch auf dem Bundesparteitag gezeigt, das zeigt sich auch bei manchen anderen Gelegenheiten – allerdings in der Partei an vielen Stellen ein Mißverständnis, wer eigentlich für Mitgliederwerbung und Ansprache neuer Mitglieder zuständig ist. Es gibt eine Reihe von Fällen, wo Kreisverbände, die sich seit vielen Jahren nie um Mitglie-

derwerbung gekümmert haben, mit vorwurfsvoll erhobenem Zeigefinger bei ihrem Landesverband oder bei der Bundespartei ankommen und sagen, nun macht mal endlich eine Mitgliederwerbung, obgleich jeder weiß, daß Mitglieder erfolgreich nur dort geworben werden können, wo sie dann als Mitglieder auch eine lohnende Chance zur Mitarbeit bekommen. In einem müden und völlig veralteten Kreisverband, veraltet nicht nach dem Alter seiner Mitglieder, sondern nach seiner Arbeitsweise, könnte man wahrscheinlich durch eine große Reklameaktion noch so viele Mitglieder werben. Sie würden aber nach einigen Monaten wieder austreten, weil sie überhaupt nicht in die Arbeit integriert werden können und gar keinen Sinn in ihrer Mitgliedschaft sehen.

Das zweite ist für die Bundespartei einfach ein finanzielles Problem. Nach dem Bundestagswahlkampf mit den entsprechenden Schulden, die wir haben, mit der Notwendigkeit, unseren Apparat für das nächste Jahr wesentlich auszubauen, mit der Aufgabe des Baues des Parteihauses sind wir nicht in der Lage, uns finanziell zu engagieren, um nun allgemein in der Bundespartei eine Insertionsaktion, Plakatierungsaktion, Drucksachenaktion zu starten. Was wir dennoch in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden besprochen und z. T. bereits getan haben und wofür wir hier den Vorstand um seine nachhaltige Unterstützung bitten, sind folgende Maßnahmen:

Erstens haben wir allen Landesverbänden und über die Landesverbände hinweg den Kreisverbänden Anzeigenmatern zur Verfügung gestellt in vier verschiedenen Größen mit einem entsprechenden Coupon, wo jeweils der Landes- oder der Kreisverband seine Adresse eintragen kann, d. h. also jeder werbewillige Kreisverband kann aufgrund dieser vorbereiteten Matern in seiner Lokalzeitung für relativ geringes Geld ein- oder mehrfach inserieren und dann durch den Coupon Interessierte auffordern, sich zu melden, sich Material schicken zu lassen usw. Diese Aktion ist für uns bereits gelaufen. Die Matern bzw. Andrucke liegen bei den Landesverbänden, teilweise sind sie auch bereits an die Kreisverbände weitergegangen. Die Matern können bei uns bestellt werden. Des weiteren haben wir den Kreisverbänden einen Briefentwurf zur Verfügung gestellt neben den ohnehin seit längerem vorliegenden Leitfäden für Mitgliederwerbung, wo alle diese Dinge im Entwurf angeboten sind, ein Brief, den man nach unserer Meinung am zweckmäßigsten durch den Kreisvorsitzenden oder durch den Bundestagsabgeordneten an diejenigen richtet, die nun durch Rücksendung dieses Coupons ihr Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet haben. Das dritte ist, daß wir mit den Landesverbänden einen Werbeprospekt entwickeln, der in den nächsten Tagen endgültig vorliegen wird und der einen sehr stark bebilderten Überblick über die CDU gibt, etwa das neue Präsidium, der im übrigen eine stark emotional gestimmte Aufforderung zur Mitgliedschaft enthält und der deswegen von uns gemeinsam für die Landesverbände entwickelt worden ist, weil er natürlich dadurch in einer höheren Auflage und sehr viel billiger hergestellt werden kann, als wenn jeder Landes- oder jeder Kreisverband das in eigener Regie übernehmen würde. Das vierte schließlich, was vorgesehen ist, ist ein Brief des Generalsekretärs an unsere Kreisverbände und an unsere Bundestagsabgeordneten, nun an der Basis diese Aktion nach Kräften zu unterstützen. Dieser Brief soll aber erst rausgehen, wenn das zitierte Material in allen Formen, also einschließlich des Prospekts, den Kreisverbänden zur Ver-

fügung steht. Mehr ist zusätzlich zu den Leitfäden, die bereits vorliegen und von denen ich sprach, von der Bundespartei aus ohne die Finanzierungsmöglichkeit im Augenblick nicht zu tun. Alles andere ist nun eine Frage der Aktivität der Kreisverbände und z.T. auch ihrer Phantasie und ihrer Ideen. Ich möchte hierfür einmal plädieren, wofür allerdings die Freunde aus Berlin noch zuständiger wären.

Der Landesverband Berlin hat mit einer ersten Aktion gezeigt, welche Chancen eine solche Aktion haben kann. Er hat nämlich eine Anzeige aufgegeben und hat dann die 600 oder 800, die sich mit dem Coupon interessiert gezeigt haben für eine Mitgliedschaft, zu einer Diskussionsveranstaltung mit Rainer Barzel eingeladen in ein Berliner Hotel, wo ein Saal reserviert war mit 300 Plätzen an Tischen. Man hatte große Sorge, daß der Saal völlig leer bliebe, weil man den Prozentsatz doch sehr optimistisch fand. Der Saal reichte bei weitem nicht aus, sondern es kamen, glaube ich, über 500. Es ist also eine große Aufgeschlossenheit da, aber es zeigt auch dieses Berliner Beispiel wieder, es genügt nicht, den Leuten einen Anmeldeschein ins Haus zu schicken und darauf zu warten, daß sie nun auf dem Papier aktiv sind, sondern man muß den Menschen auch politisch etwas anbieten. Und wenn man sie durch die Rücksendung eines solchen Coupons auf eine Anzeige hin zunächst mal namentlich in ihrem Interesse erfaßt hat, dann muß das nächste irgendeine Geste sein, etwa wie in Berlin die Einladung zu einer Diskussionsveranstaltung oder ein besonders persönlicher Brief des jeweiligen Landes- oder Kreisverbandes. Man kann es dann nicht der normalen Routine überlassen. Wir werden uns deshalb bemühen, solche Beispiele, die es nicht nur in Berlin gibt, sofort über „Union in Deutschland“ oder in direkten Briefen an die Landes- und Kreisverbände mitzuteilen, damit sie als Beispiel auch in anderen Landes- und Kreisverbänden benutzt werden können. Ich glaube wirklich, wenn wir diese Aktion im nächsten halben Jahr mit aller Intensität durchführen in den Landes- und Kreisverbänden, dann sollte es uns gerade in diesem nächsten halben Jahr gelingen, unseren Mitgliederstand wesentlich auszuweiten und einen Sprung zu machen, wie wir das in den letzten Jahren nie geschafft haben, weil offensichtlich die Bereitschaft unserer Wähler heute größer ist als zu der Zeit, als wir die Regierung hatten. (*Beifall.*)

Erhard: Die Zahl haben Sie nicht genannt. Von den 500, die da gekommen sind, wie viele sind da Mitglieder geworden?

Lorenz: Bisher ungefähr 300, also 280 bis 300. Außerdem war die Veranstaltung Sonntagnachmittag um 15.00 Uhr am 2. Advent, weil das der einzige Tag war, wo wir Herrn Barzel bekommen konnten. Wir werden das im übrigen weitermachen. Wir machen jetzt eine neue Werbeaktion und haben uns vorgenommen, im ersten halben bis dreiviertel Jahr diese Leute immer gesondert zu behandeln, weil wir eben auch die Angst haben, daß wir die nicht einfach in die Kreisverbände entlassen dürfen. Wir hoffen, daß es uns bis dahin gelingt, in den Kreisverbänden Voraussetzungen zu schaffen, daß wenigstens von denen aus eine Sonderbehandlung der neuen Mitglieder gewährleistet ist.

Es gibt noch ein zweites Problem, was ich bei der Gelegenheit mal sagen möchte. Wir haben bei den Aufnahmeformularen gleichzeitig neben einem Brief des Landesvorsitzenden die Beitragsstaffel und die Satzung übersandt. Die haben sich verpflicht-

tet, ausgezeichnete Beiträge zu zahlen. Wir haben dabei Beiträge von 50 DM monatlich, 30 DM, der Durchschnittssatz ist zwischen zehn und 16 DM monatlich, so daß ich schon deshalb Angst habe, diese Leute in die Kreisverbände zu entlassen, weil da die Beitragswirklichkeit ganz anders aussieht. Dabei steht Berlin immer noch ganz gut gegenüber anderen Landesverbänden, das muß man auch mal sagen, ich glaube, wir liegen sogar relativ an der Spitze. Aber immerhin – so daß ich wahrscheinlich Anfang des Jahres gezwungen sein werde, alle Kreisverbände darauf hinzuweisen und zu sagen, sie sollen mal überprüfen, wie ihre Beitragslage aussieht und entsprechende Konsequenzen ziehen. Auch das ist ein Problem, nicht nur die Frage der Arbeit, daß man von ihnen Ideen und Mitarbeit verlangt, sondern die alten Mitglieder vielleicht gar nicht so bereit sind, das im gleichen Maße mitzumachen.

Kiesinger: Also, ich darf noch einmal meinen Vorschlag aufnehmen, einmal Experimente durchzuführen für die Mitgliederwerbung, wie sie jetzt hier in Rheinbach von einigen jungen Leuten gemacht worden sind. Ich habe es in Mainz bereits vorgeschlagen, es ist untergegangen. Die führte man sogar zu eigenen Beratungen der CDU oder zu Wahlen der CDU, Aussprachen über Wahlen [sic!]. Man muß das natürlich sorgfältig auswählen, wozu man einlädt, und dann Leute aus der Bevölkerung einladen, die daran teilnehmen können, nicht durch Abstimmung und Wahl, die aber sehen können, wie so etwas vor sich geht. Das ist die ganze amerikanische Methode. Wir können sie nicht voll übernehmen. Aber dort ist auch ein solches Experiment mit Erfolg durchgeführt worden, z. B. bei einem Kindergarten, der fehlt. Nur mit einer Petition an den Gemeinderat war es nicht zu machen, da kam man nicht weiter. Da haben die das in einer öffentlichen Versammlung durchdiskutiert, und zwar hat die CDU eingeladen andere Bürger, und da ergab sich dann, daß ein Arzt also gesagt hat, er nimmt die Sache freiwillig in die Hand. Dann stand ein Architekt auf und machte umsonst die Pläne. Dann erhob sich ein Bauer und stiftete das Grundstück. Also, das war das Ergebnis. Und ich bin der Überzeugung, daß da sehr, sehr viel herauszuholen ist. Wir sind in Deutschland daran gewöhnt, die Partei, das ist so die Hinterzimmer-Diskussion, im Gasthaus sowieso, und im übrigen uns an den Behördenweg zu halten. Dagegen mal von der Partei aus uns selber darüber hinwegzusetzen, und zwar durch einen Appell an die Mitbürger, das beeindruckt außerordentlich. Der Erfolg dieser Arbeit ist offensichtlich gewesen, sowohl bei der Bundestagswahl wie bei der nachfolgenden Gemeinderatswahl. Solche Erfahrungen müßte man sammeln. Solche Modelle kann man dann vorschlagen. Und dabei immer gleich die Mitgliederwerbung dabei und den Block, wo die Leute sich eintragen können.

Stingl: Eine gezielte Ansprache ist jetzt ganz sicher bei den Vertriebenen und Flüchtlingen möglich.

Kiesinger: Also, da bin ich auf eine Meinungsprüfung sehr gespannt. Ich bin nicht ganz sicher, wieweit die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen uns unsere Politik bei der Bundestagswahl gelohnt haben.

Stingl: Doch, das sehen Sie in den Nur-Flüchtlingsgemeinden.

Kiesinger: Ja, die Beispiele habe ich bekommen. Aber dort liegt ja auch eine besondere Stimmung vor. Die sind in sich integriert.

Schwarz-Schilling: Wir haben jetzt in Wiesbaden in der vergangenen Woche einen ganz neuen Test gemacht bei der Aufstellung zur Nominierung des Landtagskandidaten, daß das unter voller Öffentlichkeit geschah mit Einladung an die Bevölkerung und Diskussion der Kandidaten mit Presse und aus jedem der Bevölkerung. Wir haben mehrere hundert Leute aus Wiesbaden in einem Saal gehabt, die plötzlich an diesem Akt teilnehmen wollten. Und die Delegierten haben dann sogar von dem Vorschlag des Wahlvorbereitungsausschusses aufgrund dieser Diskussion eine abweichende Meinung gehabt und einen Stellvertreter zu einem Hauptkandidaten für einen Wahlkreis gemacht. Das war ein höchst interessanter Test.

Ich möchte aber an das noch einmal anschließen, was Herr Lorenz gesagt hat. Das ist überhaupt das ganz große Problem, daß Leute aus bestimmten Schichten, die ja nie berufsmäßig Politiker werden wollen, sondern die das sozusagen als eine Freizeitbeschäftigung intensiv betreiben wollen, daß wir da ja in der Konkurrenz anderer Freizeitangebote stehen. Und da bieten wir zu wenig, sei es jetzt fachlich interessanter Sachen, Vorträge auf allgemeinen Gebieten, wissenschaftlicher Dinge oder auch allgemein berufsmäßiger Dinge. Und das ist jetzt das ganz große Problem, das ist z. B. bei einem Flächenstaat, wie es z. B. Hessen ist, noch viel schlimmer als in einer Stadt. Da kann man ja solche Dinge noch zusammenfassen. Wie wollen Sie das aber in einem Land wie Hessen? Da sitzt da in einem Kreis ein sehr interessierter Wirtschaftlicher, der natürlich dann nicht die Zeit hat, gerade an dem Tag nach Frankfurt zu kommen, wenn wir da irgend etwas machen. Und der ist natürlich dort völlig verloren und fühlt sich in seinem Ortsverband natürlich völlig isoliert. Das sind also die ganz großen Probleme, um die wir uns wirklich kümmern müssen. Ich habe aber auch noch kein Modell vorzuschlagen. Wir machen uns nur sehr viel Gedanken darüber.

Kiesinger: Ich muß sagen, wir werden gut daran tun, das Interesse einzelner Ortsverbände an der Vermehrung der Mitglieder zu überprüfen. Ich habe aus meiner unmittelbaren Umgebung schon zwei Beispiele, wo Antrag auf Aufnahme in die CDU gestellt worden ist und wo wochenlang keine Reaktion erfolgte. Aber ganz abgesehen davon habe ich die Erfahrung gemacht – das liegt allerdings schon etwas länger zurück –, da hat der Vorsitzende bewußt neue Mitglieder abgelehnt, weil er Angst hatte, dadurch, daß neue Mitglieder kommen könnten, ist dann seine eigene Position gefährdet. Hier müssen wir bei den Landesverbänden nach dem Rechten sehen.

Dregger: Insofern ist es auch problematisch, jedem Kreisverband einen Delegierten zuzuerkennen, unabhängig von der Stärke.

Kraske: Das soll ja nicht sein, Herr Dregger. Es soll nicht sein jedem einen unabhängig von der Stärke, sondern jedem mindestens einen und darauf der Stärke nach aufbauend.

Wex: Ich wollte Herrn Dr. Schwarz-Schilling noch etwas fragen. Sie sagten eben, bei der Aufstellung Ihres Landtagskandidaten haben Sie so viele CDU-Menschen dabei gehabt, die mitgestimmt haben.

Schwarz-Schilling: Nein, die haben nicht mitgestimmt. Gestimmt haben nur die Delegierten.

Wex: Sie hatten aber keine Mitgliederversammlung, Sie hatten eine Delegiertenversammlung? Darf ich das mal wissen?

Schwarz-Schilling: Die Mitglieder wurden selbstverständlich dazu eingeladen. Aber gestimmt haben nur die Delegierten. – Ich möchte noch eine ganz konkrete praktische Frage stellen. Wir haben doch jetzt ein sehr großes Aufnahmeformular, weil furchtbar viele Dinge gefragt werden müssen für die Zentralkartei. Und jetzt kommt bei uns die große Schwierigkeit, daß das nicht mehr möglich ist in so einem kleinen Block, was für die Praxis der Aufnahme eine ganz große Rolle spielt. Denn wenn man mit so einem Ding von DIN A4 ankommt, dann ist das einfach nicht zu bewerkstelligen, und der konkrete Anstoß ist nicht mehr möglich. Wenn jeder so einen Block in der Tasche hat, dann kann man das mal ganz schnell machen.

Kraske: Sehr richtig! Wir werden uns mal überlegen, daß wir den Fragebogen, den wir brauchen, erst hinterher ausfüllen lassen, wenn der Mann Mitglied geworden ist. Herr Rummeler, das sollten Sie mal vormerken für die nächste Landesgeschäftsführerkonferenz.

Heck: Ich möchte nur eines noch sagen. Wir haben eine ausgesprochen schlechte Erfahrung mit der letzten Mitgliederwerbungsaktion gehabt, die zwar mit den Landesgeschäftsführern abgesprochen war, von der Bundesgeschäftsstelle vorbereitet war, aber von vier oder fünf Landesverbänden überhaupt nicht durchgeführt worden ist. Und deswegen hat das, glaube ich, überhaupt nur einen Sinn und deswegen möchte ich Sie alle bitten, in Ihren Bereichen mit Nachdruck da hinterher zu sein, daß diese Mitgliederwerbungsaktion durchgeführt wird. Die letzte hat uns, obwohl vier oder fünf Landesverbände keinen Finger gerührt haben, ungefähr 40.000 Mitglieder eingebracht. Gegenwärtig ist es so, daß wir 40.000 Zugänge hatten minus 24.000 Abgänge, so daß ein Plus von 16.000 übriggeblieben ist. Aber ich wäre sehr dankbar, wenn Sie mit Nachdruck da hinterher wären. Wir werden nach den bisher gemachten Erfahrungen dieses Mal Zwischenkontrollen ansetzen, damit man da und dort vielleicht ein bißchen nachhelfen kann. – Wir kommen jetzt zu Punkt 5 der Tagesordnung:

BAU DES BUNDESPARTEIHAUSES

Schmücker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nachdem wir heute morgen den letzten Einspruch weggekauft haben, müssen wir jetzt bauen. Wenn wir das nicht tun, geht das Grundstück – wie ich früher schon berichtet habe¹⁰³ – an die Stadt Bonn zurück. Ich habe drei Wirtschaftlichkeitsberechnungen anstellen lassen. Aus denen geht hervor, daß, wenn wir bauen und das Haus selber nicht nutzen, daß wir dann im Jahre etwa 150.000 DM übrigbehalten können, und das bei niedrigster Ansetzung der hieraus üblichen Mittel. Wir müssen also auf jeden Fall bauen, um dieses Vermögen zu erwerben. In welchem Ausmaß wir nachher dieses Haus selber beziehen, das hängt davon ab, welche Mittel bereitgestellt werden können, ob Mitglie-

103 Vgl. Nr. 3 S. 56.

derbeiträge, Spenden etc. Ich habe nach den vorhandenen Unterlagen, die noch nicht ganz vollständig sind, eine Ausschreibung vornehmen lassen. Es haben sich sieben Firmen an dieser Ausschreibung beteiligt. Ich möchte, weil wir noch nicht fertig sind, die Summen hier nicht exakt nennen, sondern nur sagen, daß der Höchste sich vom Niedrigsten sowohl bei der Finanzierung wie bei den Baukosten etwa um 20 % unterscheidet. In der Bauzeit liegen wir zwischen 14 Monaten und 24 Monaten. Das Präsidium hat mich vorhin ermächtigt, mit den Firmen, die das günstigste Angebot abgegeben haben, zu verhandeln und abzuschließen. Das ist der erste Teil.

Nun zu der Finanzierung, zu der Baustein-Aktion. Die Bundestagsfraktion und die Fraktion der Landtage von Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Saarland haben bereits Spenden zur Verfügung gestellt. Die Bundestagsfraktion pro Mitglied 480 DM, die Landtagsfraktion pro Mitglied 200 DM. Es darf wohl erwartet werden, daß die übrigen Landtagsfraktionen ebenfalls 200 DM zur Verfügung stellen. Wir werden dann an die Mandatsträger in der Kommunalpolitik herangehen, um von dort ebenfalls Mittel zu erhalten. Das wäre zweitens. Die Kreisparteien bekommen noch in dieser Woche eine Erstausrüstung an Bausteinen zur Verfügung. Ich möchte bitten, daß der Vorstand damit einverstanden ist, daß wir als Richtlinie herausgeben, daß wir pro Mitglied – das ist ja nicht auf einmal, sondern das kann ja zeitlich gestreckt werden – mindestens 10 DM ansetzen in der Planung. Derjenige, der mehr zahlen kann, soll das natürlich tun. Das nächste, was ich zu unterstützen bitte, ist, daß wir den Landesparteien oder den Kreisparteien mitteilen, daß es keine Veranstaltung der CDU künftig mehr geben darf, ohne daß dabei Bausteine verkauft werden, wie ich auch meine, daß jeder von uns stets Bausteine bei sich haben sollte, um sie bei passender Gelegenheit anzubieten.

Das fünfte ist, wenn wir dieses haben anlaufen lassen, was sich ja an unsere Parteimitglieder in erster Linie wendet, dann sollten wir – meine ich – auch unter einer gewissen Beteiligung Werber einstellen, die kreisweise Bausteine zu verkaufen versuchen. Ich habe da einen Versuch mit einem Angestellten der Bundesgeschäftsstelle in einem Landkreis des Regierungsbezirks Aachen durchgeführt. Dieser Mann ist fünf Tage unterwegs gewesen und hat in bar mit nach Hause gebracht 1.565 DM, hat feste Zusagen von Leuten, die Schecks schicken, von annähernd 2.000 DM und Zusagen, die ich nicht so ganz vollnehme, die wir auch entsprechend mindern müssen, von 3.000 DM mit nach Hause gebracht. Ich finde das Ergebnis gar nicht schlecht. Nur kann man von dort aus nicht vollgültige Rückschlüsse ziehen, aber doch zumindest den, daß wir diesen Weg auch gehen werden müssen, wie, das wollte ich noch gerne mit der Geschäftsstelle im einzelnen überlegen, ob wir Werber von hier zentral einsetzen oder ob wir das über die Kreisparteien machen. Ich meine, es muß uns gelingen, von den Mitgliedern 3 Mio. hereinzubringen. Das entspricht den 10 DM. Und Spenden über mindestens den gleichen Betrag, wenn es geht, noch einen höheren. Ich möchte hier jetzt nicht auf die allgemeinen Finanzierungsmöglichkeiten eingehen, aber doch erwähnen, daß sich über die Bausteine eine Möglichkeit ergibt, Spenden anzunehmen. Die Wirtschaft oder andere, die klagen ja immer darüber, daß wir nicht beweglich genug sind in den Möglichkeiten, Spenden anzunehmen. Hier ergibt sich eine solche

Möglichkeit. Es ergeben sich auch steuerlich interessante Möglichkeiten, indem man nämlich Zertifikate erwirbt usw. Aber das erst dann, wenn die ersten Aktionen ange laufen sind. Ich wäre sehr dankbar, wenn dieses hier, vor allen Dingen die Beteiligung der Landtagsfraktionen und der Kreisverbände, vom Vorstand gebilligt würde.

Amrehn: Zu Punkt 1 habe ich die Frage, ob bei der Feststellung der niedrigsten Angebote eine sachverständige Prüfung stattgefunden hat, die die Vergleichbarkeit aller Angebote auf einen Nenner gebracht hat?

Schmücker: Es gibt eine Baubeschreibung. Danach ist verfahren worden. Herr Amrehn, in dieser Sache habe ich keine großen Sorgen, weil Herr Rossig¹⁰⁴, der Leiter der Bundesbaudirektion, die Technik mir abgenommen hat und gesagt hat, ich werde das nach Feierabend jeweils erledigen. Nach dessen Rat richte ich mich, das ist wohl der Mann mit der größten Erfahrung.

Amrehn: Ich bin also beruhigt, daß Rossig dabei ist. Ich kann nur aus mancherlei Erfahrungen sagen, daß gerade bei solchen Angeboten irgendeine wichtige Position trotz Baubeschreibung weggeblieben ist und sich nachher herausgestellt hat, daß der Teuerste vielleicht doch der Billigste war, weil er sorgfältig angeboten hat und die anderen einige Positionen vergessen hatten.

Schmücker: Es wird ja nicht so laufen, Herr Amrehn, daß derjenige, der das niedrigste Bauangebot macht, schon der Interessanteste ist. Wir müssen ja auch an die Finanzierung denken, die meistens gekoppelt ist an den Generalunternehmer. Und es kann durchaus so sein, daß der Unternehmer 3.000 oder 4.000 DM mehr verlangt, aber die Finanzierung so günstig ist, daß wir trotzdem das Angebot nehmen. Und die Finanzierungsunterschiede haben auch eine Differenz von mindestens, wenn nicht sogar noch etwas mehr als 20 %. Sie liegen im Mindestfall zwischen 6,9 und 8,23.

Kiesinger: Also, meine Damen und Herren, ich würde vorschlagen, daß, wenn nicht ganz besondere Bedenken anzumelden sind, wir uns hierüber einigen. Ich glaube, so wie Herr Schmücker die Sache übernommen hat, läuft es ganz richtig. Und die Hilfe von Herrn Rossig ist ja auch sehr viel wert. Wenn er das als Feierabendtätigkeit übernimmt, dann sparen wir ja auch eine ganze Menge. Wir werden uns ja sicherlich wieder beschäftigen müssen mit dem ganzen Problem. Können wir dann zu dem nächsten Tagesordnungspunkt weitergehen?

Heck: Punkt 6:

104 Alwin Johannes Rossig (1905–1990), Architekt; 1939–1945 Vorsteher des Reichsbauamtes Passau, 1947–1949 Tätigkeit als Architekt, 1949–1951 Bundesbaudirektion, 1951–1958 Bundesministerium der Finanzen (1952–1958 Leiter der Unterabteilung II D bzw. ab 1957 VI C/Bundesbauangelegenheiten, zugleich 1952/53 Leiter des Referats II D 1/Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten für Bundesbauaufgaben), 1956–1958 Vertreter des BMF im Beirat für die Vorbereitung der Weltausstellung in Brüssel 1958, 1958–1969 Bundesministerium für den wirtschaftlichen Besitz des Bundes bzw. Bundesschatzministerium (Leiter der Abteilung III/Bau-Abteilung), 1969/70 erneut BMF (Leiter der Abteilung VII/Bauwesen).

BUNDESPARTEITAG 1970

Das Präsidium ist zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht möglich ist, einen vernünftigen Parteitag in einer so kurzen Frist vorzubereiten, wie das ursprünglich vorgeschlagen war. Unsere Freunde von Nordrhein-Westfalen haben ohnehin dankend darauf verzichtet, vor ihrer Wahl einen Parteitag ins Land zu bekommen, von dem sie nicht wissen, wie er abläuft. Die ganzen Vorbereitungen des Parteitages, wie er jetzt konzipiert ist, brauchen einfach das Minimum von neun bis zehn Monaten, damit wir etwas Vernünftiges zustande bringen. Deswegen sind wir, was die Zeit anlangt, auf den Monat Oktober gekommen. Das Präsidium schlägt also vor, den Parteitag möglichst in der zweiten Hälfte Oktober abzuhalten. Unsere Freunde von Nordrhein-Westfalen, denen ja der Parteitag ursprünglich zugesprochen war, weil er ursprünglich als vor den Wahlen terminiert abgehalten werden sollte, haben nun doch gemeint – und dem hat sich Präsidium angeschlossen –, man müsse gerade diesen Parteitag, auch wenn er nicht mehr in bezug zu den Wahlen zu sehen sei, nach Nordrhein-Westfalen verlegen. Ich sage das deswegen, weil eigentlich unsere hessischen Freunde den Anspruch auf den nächsten Parteitag haben. Der Mainzer Parteitag sollte in Wiesbaden stattfinden und ist dann nach Mainz gegeben worden. Und damals haben sich unsere hessischen Freunde einverstanden erklärt, daß der nächste Parteitag nach Hessen käme. Das Präsidium hat sich trotzdem für Essen entschieden. In der Zwischenzeit sind die Verhältnisse in Essen geprüft worden und haben sich für die Durchführung eines Parteitages als nicht sonderlich günstig erwiesen. Herr Dr. Kraske wird Ihnen über die Prüfung der Verhältnisse kurz berichten.

Kraske: Es gibt in Essen praktisch zwei Möglichkeiten. Das eine ist der bekannte Saalbau, wo der Wahlkongreß stattgefunden hat, der zu klein ist. Und das andere ist die Gruga, die – kurz gesagt – zu groß ist. In dem einen Falle haben wir mehr oder weniger einen Konzertsaal, was zwar für die Atmosphäre sehr günstig ist, aber für die Technik sehr schlecht. Die Delegierten beklagen sich immer wieder, wenn sie keine Tische haben, sondern wie in Berlin in der Kongreßhalle in Stuhlreihen sitzen müssen. (*Zwischenruf:* Das war aber sehr gemütlich!) Das ist vollkommen richtig. Ich würde das auch immer befürworten, weil schon die Halle in Mainz eigentlich zu groß war für einen Parteitag. Man merkt das sofort an der Atmosphäre. Aber Sie nehmen nicht die ganzen Klagen entgegen, die dann kommen, und die sind wirklich sehr bitter, und ich gebe zu, gerade bei einem Parteitag, wo es um Programmfragen geht, wo also sehr viel mit Papieren, mit Anträgen usw. zu arbeiten ist, ist es eine sehr große Belastung, wenn man so in Stuhlreihen sitzt und sich nicht recht bewegen kann. Umgekehrt – die Gruga ist so groß, dagegen ist also diese Mainzer Halle noch geradezu intim. Mit der Grugahalle kämen wir in einen ähnlichen Rahmen wie bei dem Düsseldorfer Parteitag 1965. Davon kann ich also nur dringend abraten. Was uns eine geeignete Mittellösung scheint, wäre etwa die Mercatorhalle in Duisburg, die ich kenne und die eine sehr moderne und sehr gute Halle ist, auch mit einer guten Atmosphäre. Bevor wir allerdings hier nun endgültig über Duisburg uns einigen, würde ich doch sagen, daß man diese Frage auch mit unseren nordrhein-westfälischen Freunden besprechen müßte.

Vom Typ der Halle könnte ich nach dieser Lage im Rheinland zu diesem Zeitpunkt nur Duisburg vorschlagen. (*Zwischenruf: Was ist denn mit Hessen?*)

Kiesinger: Ja, ich will gerade auf diesen Punkt kommen. Ich habe mich im Präsidium nicht widersetzt, aber meine Meinung war die, daß wir nach Hessen gehen sollen. Ich sehe in Hessen Chancen, unsere Position energisch zu verbessern. Und wenn man hoffen darf, daß dieser Parteitag ähnlich wie der Berliner Parteitag in der Fortschreibung des Berliner Programms nun befreit von dieser durch die Wandlungen unserer Situation entstandenen Atmosphäre wieder frisch vonstatten geht, dann würde ich doch bei allem Respekt für die Entscheidung des Parteipräsidiums hier im Vorstand noch einmal zu bedenken geben, ob wir nicht doch nach Hessen gehen sollten. Wir können nach Nordrhein-Westfalen ja ein Jahr darauf gehen. In Hessen sind Wahlen, und dort hat ein Wechsel stattgefunden im Amt des Ministerpräsidenten. Herr Zinn¹⁰⁵ ist nicht mehr da. Ich weiß nicht, wie Sie die Chancen von Herrn Osswald¹⁰⁶ als Landesvater einschätzen.

Dregger: Ich bin dem Herrn Parteivorsitzenden sehr dankbar für seine Meinung. Unsere Wahlen finden Anfang November statt. Das wäre also unmittelbar vor den Wahlen, und das wäre eine außerordentliche Werbung für die CDU. Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen haben stattgefunden. Ich weiß nicht, warum man dann gerade nach Nordrhein-Westfalen gehen sollte. Entweder sie haben sie verloren, dann nützt das nichts mehr. Oder sie haben sie gewonnen, dann ist das nicht mehr nötig. Wir müssen die Wahlen gewinnen. Und wenn ich daran denke, daß das auch wichtig ist für die Bundespolitik, dann – meine ich – sollten wir einen solchen Termin nicht ohne Hinblick auf eine Landtagswahl auswählen. Ich würde daher beantragen, daß der Parteitag in Hessen stattfindet, und ich meine, daß Wiesbaden mit der Main-Taunus-Halle glücklicherweise sehr geeignet wäre.

Kraske: Ich muß dann vielleicht doch mal die Gesichtspunkte vortragen, die im Präsidium gegen Hessen geltend gemacht worden sind.

Erstens: Wir haben bereits eine Vielzahl von Parteitagen mit diesem Ziel vor einer Landtagswahl gehabt, und es ist eigentlich jedesmal hinterher der Eindruck des gastgebenden Landes verwandelt gewesen, daß es eher eine Belastung als eine Unterstützung des Wahlkampfes gewesen ist. Herr Dregger, Sie schütteln den Kopf. In Hessen war es bisher noch nicht, deswegen fehlt Ihnen da vielleicht die Erfahrung. Ich kann nur sagen, ein Parteitag, bei dem Sie nicht 14 Tage vorher Ihre Landesgeschäftsstelle ausschließlich für die Vorbereitung mit zur Verfügung stellen, ist nicht zu organisieren.

Zweiter Punkt: Wir haben einen Parteitag in Niedersachsen gehabt, in Braun-

105 Dr. Georg August Zinn (1901–1976), Rechtsanwalt; 1950–1969 Ministerpräsident von Hessen (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 354 Anm. 24.

106 Albert Osswald (1919–1996), Kaufmann; 1945 SPD, 1954–1978 MdL Hessen, 1957–1963 Oberbürgermeister von Gießen, 1962–1964 Staatsminister für Wirtschaft, 1964–1969 für Finanzen in Hessen, 1969–1976 Ministerpräsident, 1969–1977 Vorsitzender des SPD Hessen. Memoiren: Eine Zeit vergeht. Gießen 1993.

schweig¹⁰⁷, sehr kurz vor einer Landtagswahl. Der ganze Landesverband hat erklärt, dieser Parteitag hat natürlich nur dann einen Sinn, wenn an diesen drei Tagen nicht die Versammlungen ausfallen müssen, sondern im Gegenteil in einem vervielfachten Maße stattfinden. Das Ergebnis war, daß der Braunschweiger Parteitag jeweils nur bis nachmittags 17.00 Uhr beschlußfähig war, weil nämlich unsere prominenten Leute nicht nur in Braunschweig reden mußten, sondern in Goslar, in Wolfenbüttel, in Hannover und dann zu uns kamen und sagten, was soll ich jetzt machen, soll ich jetzt an der Abstimmung hier teilnehmen oder soll ich die 3.000 Leute da und dort warten lassen. Deswegen kann ich also nur sagen, wenn wir unseren hessischen Freunden, wofür sehr vieles spricht, eine Unterstützung geben wollen, dann sollen wir alle drei Tage nach Hessen gehen und dort gewaltig die Wahlkampf- und Werbetrommel rühren. Wenn wir einen programmatischen, arbeitsfähigen Parteitag machen wollen, dann kann ich nur sagen, 14 Tage vor einer Landtagswahl ist das nicht möglich, es sei denn, es schadet Ihrer Landtagswahl und hat nicht den von Ihnen erhofften Nutzen. Dies jedenfalls ist meine Erfahrung mit Bundesparteitagen in 15 Jahren und davon etwa sechs Bundesparteitagen, die genau so angefangen haben und wo am Ende allgemeine Unzufriedenheit bestand, berechnete Unzufriedenheit, bei dem wahlkämpfenden Landesverband, der zu kurz gekommen war, wie bei den Delegierten aus anderen Landesverbänden, die sagten, jetzt ist nur einmal Bundesparteitag im Jahr, und jetzt heißt es bei jeder Gelegenheit, ihr dürft euch nicht streiten, weil hier Wahlen sind, ihr dürft nicht zu laut reden, weil hier Wahlen sind, und ihr dürft überhaupt nicht zu lange tagen, weil ihr in den Wahlkampf müßt.

Dregger: Die Argumente haben natürlich Gewicht, und Herr Kraske hat eine große Erfahrung. Trotzdem möchte ich bei meinem Antrag bleiben. Wenn ich allein an die Fernsehübertragungen des Parteitages denke – und ich hoffe, daß der nächste Parteitag ein zweiter Berliner Parteitag wird –, dann ist das außerordentlich werbewirksam, insbesondere in unserer Städtelandschaft des Rhein-Main-Gebietes. Unsere Landesgeschäftsstelle wird sicherlich zusätzlich belastet. Aber das müssen wir schaffen und das wollen wir schaffen, wobei ja der Termin nicht unbedingt 14 Tage vor der Wahl sein muß. Vielleicht können wir Anfang Oktober den Bundesparteitag machen.

Lorenz: Also, ich war so emotional sehr für Hessen. Jetzt habe ich, nachdem was Herr Kraske sagte, doch ein bißchen Bedenken, gerade zu dem, was Sie zuletzt zum Termin sagten. Sehen Sie mal, dieser Parteitag, wenn er programmatische Aussagen erfüllen soll oder Schwerpunkte setzen soll, kann eventuell sich sogar ein bißchen verzögern um zwei, drei, vier Wochen, wenn wir nämlich der Auffassung sind, hier oder da müssen wir noch zu Ende machen können. Dann müssen wir aber Rücksicht auf Ihre Landtagswahl nehmen und können nichts mehr verschieben. (*Zwischenruf:* Wir können sowieso nicht verschieben wegen der Halle.)

Kraske: Man muß noch eines sagen. Dieses Beispiel Fernsehen, das ist doch der Grund, warum heute Parteitage eine regionale Ausstrahlung kaum noch haben, weil nämlich außerhalb der Leute, die ihren Kiosk gegenüber der Parteitagshalle haben,

107 Vgl. Nr. 3 Anm. 37.

heutzutage die Wirkung auf den Bürger über die Presse und über das Fernsehen geht. Und über das Fernsehen sind bisher alle Erfahrungen so, daß das Regionalfernsehen von einem Parteitag überhaupt keine Kenntnis nimmt, sondern das macht das Bundesprogramm. Und es sollte mich wundern, wenn das ausgerechnet im roten Radio Frankfurt anders laufen sollte. Und Herr Dregger, die Fernsehwirkung auf Ihre hessischen Wähler ist in der ARD und im ZDF natürlich ganz genauso, wenn der Parteitag in Wiesbaden ist oder wenn er woanders wäre. Das spielt überhaupt keine Rolle. Die Zeitdauer in den Übertragungen unterscheidet sich doch nicht nach dem Ort des Parteitages.

Kiesinger: Das ist zwar richtig, was Sie sagen, Herr Dr. Kraske. Aber wenn etwas im eigenen Land geschieht, dann sehen sich das die Leute in dem betreffenden Land viel eher an als meinetwegen die Leute in Passau.

Schwarz-Schilling: Ich darf dazu noch sagen, daß natürlich nicht unterschätzt werden darf die Wirkung der kleinen Regionalblätter, die entsprechend berichten. Das würde vollkommen wegfallen. – Und nun noch einmal zur Frage der Landesgeschäftsstelle. Ich nehme solche Argumente sehr ernst, weil ich weiß, was organisatorische Dinge heißen. Ich möchte aber sagen, daß nach unseren Erfahrungen eine Landesgeschäftsstelle vor einem Wahlkampf insbesondere die Monate vorher bis zum letzten angespannt ist, daß aber vier Wochen vor einem Wahlkampf die Dinge im Grunde genommen laufen. Da ergibt sich nur noch die Frage der Improvisation bei Rednern, die irgendwo absagen oder nicht kommen, und hier entsprechend Ersatz zu schaffen. Die Frage der Broschüren und der Plakate muß vorher abgewickelt sein. Wir haben das bisher bei den Wahlkämpfen auch so gemacht, daß ich hier eine Kollision nicht in der Weise sehe, wie Sie sie eben dargestellt haben.

Heck: Ich habe ja von Amts wegen die Pflicht, die Beschlüsse des Präsidiums zu vertreten, auch wenn das nicht sonderlich bequem ist. Ich habe auf all das im Präsidium hingewiesen. Wir sind im Grunde Hessen gegenüber im Wort. Man hat ihnen den letzten Parteitag abgeluchst und nach Mainz verlegt. Und neben den Argumenten, die Herr Dr. Kraske erwähnt hat, ist noch eines, das noch nicht erwähnt wurde, [dem] trotzdem aber im Präsidium großes Gewicht beigemessen wurde, nämlich diese Industrielandschaft, deswegen Essen.

Schwarz-Schilling: Das Rhein-Main-Gebiet ist doch ein Ballungsraum.

Heck: Ich trage nur vor, was das Präsidium am Schluß bewogen hat, trotzdem nach Nordrhein-Westfalen zu gehen, weil man der Auffassung ist, daß die ganze Ruhrlandschaft doch eigentlich am nachdrücklichsten die Fragen an uns stellt, die von uns zu beantworten sein. Das war einer der wichtigsten Gründe, der dann das Präsidium veranlaßt hat zu beschließen, mit diesem Parteitag nach Nordrhein-Westfalen zu gehen.

Kraske: Darf ich noch einmal einen ganz konkreten Vorschlag machen? Erstens sind wir jetzt hier wirklich nur noch bedauerlich dünn besetzt, zweitens aber hängt natürlich die Entscheidung auch davon ab, welche Halle wir zu welchem Termin bekommen. Ich würde vorschlagen, daß der Vorstand die Geschäftsstelle beauftragt, bis zur nächsten Vorstandssitzung, die nach unserem Vorschlag im Januar sein soll, ganz klar festzustellen, wann können wir nach Wiesbaden gehen. Das sind ja heute schon

nicht mehr Termine, die wir uns aussuchen können, sondern diese Hallen sind so ausgebucht, daß wir wahrscheinlich nur noch zwei oder drei Herbsttermine von jeweils zwei Tagen finden werden. Daneben werden wir klären, wo wäre in Nordrhein-Westfalen eine Möglichkeit, und dann kann man konkret entscheiden, dieser Termin dort, dieser Termin dort und kann eine endgültige Entscheidung treffen.

Kiesinger: Ich muß noch einen Gesichtspunkt hinzufügen. Es ist zwar richtig, daß man nicht so planen kann, daß während des Parteitages die Redner weg können. Es wird sich zeigen, daß der Parteitag wahrscheinlich sehr lange tagen muß. Aber nach Abschluß des Parteitages, am folgenden Tag, sind die Leute noch da, denn die sind verpflichtet, in diesem Wahlkampf zu kämpfen. Und wenn die die Reise sparen, denn meistens ist es doch die Reise, die einem unbequem ist, nicht so sehr die Veranstaltung, die man machen muß, wenn man denen sagen kann, stellt euch dann am folgenden Tag zur Verfügung, dann – glaube ich – würden wir eine ganze Anzahl von wertvollen Kräften für diesen Wahlkampf bereitstellen können. Ich spreche einfach aus dem Willen heraus, den Versuch zu machen, diesmal in Hessen einen größeren Vorstoß zu machen. Wir haben einen kleinen Ansatz im Bundestagswahlkampf gehabt, deswegen, Herr Kraske, vielleicht kann man es so machen, wie Sie vorschlagen. Ich wollte nur noch diese Ergänzung hier vortragen.

Heck: Dazu ist unbedingt notwendig, daß wir feststellen, ob in Wiesbaden die Halle frei ist.

Gradt: Ich wollte eine ganz andere Frage dazu stellen. Der Erfolg des Berliner Parteitages beruhte nicht nur auf der Diskussion, sondern beruhte auch darauf, daß man eine Halle hatte, die die Menschen zusammenhielt, zusammenfaßte und dadurch auch jedem einzelnen Teilnehmer den Eindruck des unmittelbaren Gesprächs vermittelte. Dies war das, was in der Presse dann den großen Eindruck gemacht hat. Und deshalb frage ich unsere Freunde aus Hessen, ob sie unbedingt nur an Wiesbaden festhalten? Ich habe eine Erfahrung mit Ihrer Halle gemacht. Das war der Vertriebenen- und Flüchtlingskongreß im November 1968. Dies war schrecklich. Nicht nur wegen der Begleitumstände, die kann man ja verhindern, den Einbruch der APO usw. Aber die Halle selbst ist so ungeeignet für Zusammenfassen und Beherrschen vom Podium her, daß ich da wirklich Sorge habe, wenn ich daran denke, daß so etwas ablaufen soll, wie wir es in Berlin gemacht haben. Da bitte ich doch auch noch mal den Tagungsort oder den Tagungssaal genau zu überlegen.

Kraske: Darf ich noch einmal eine Frage stellen, die für uns auch für die Vorbereitung wichtig ist? Es gibt hier bei diesen rheinischen Terminen, die noch frei sind, überwiegend Termine von zwei Tagen. Ich würde nach den Berliner Erfahrungen und den Erwartungen sagen, daß das gar nicht geht, sondern daß wir wohl drei zusammenhängende Tage vom ersten Morgen bis zum letzten Abend haben müssen, denn sonst kommen wir zu stark ins Gedränge.

Heck: Ich meine, wir sollten auch den nächsten Parteitag damit beginnen, was wir uns nach Berlin schon vorgenommen hatten, nämlich daß wir jetzt den Kreisverbänden sagen, ihr könnt euch mit allem befassen, was bei euch ansteht, was die Bevölkerung interessiert und Anträge auf dem Parteitag stellen. Für diese Anträge ist minde-

stens ein Tag vorgesehen. Wenn mehr Anträge kommen, als an einem Tag erledigt werden können, müssen wir es so machen, wie es die Briten mit ihren tausend Anträgen machen, dann muß eben der Vorstand bestimmen aus den verschiedenen Fragenkomplexen, welche Anträge behandelt werden. Ich halte das für außerordentlich wichtig, weil ich bei den Briten gesehen habe, daß sie auf diese Art und Weise im Grunde viele Fliegen auf einen Schlag schlagen. Sie erfahren erstens ziemlich genau, was im ganzen Land die Probleme sind, die bei der Bevölkerung eine Rolle spielen. Zweitens, Sie lernen auf diese Weise auch die Leute kennen, die da im Lande arbeiten und einen solchen Antrag zu vertreten vermögen. Und drittens ist es ein Ansporn für einen Kreis zu wissen, wenn wir hier arbeiten und einen Antrag stellen, haben wir die Chance, auf dem Parteitag von uns einen Antrag begründen zu lassen. Und dann müssen wir allerdings auch dazu kommen – den ersten Schritt haben wir ja in Berlin schon getan –, daß natürlich in einem solchen Falle der Präsident ermächtigt ist, daß er zwei für und zwei gegen einen Antrag sprechen läßt. Damit ist das Problem klar und dann wird abgestimmt. Und wenn man dieses System einführt, kommt auch kein Mensch mehr auf die Idee, daß die verabschiedeten Anträge in dem Sinne verabschiedet seien, daß sie vom Parteitag exekutiert werden müssen, sondern das ist eigentlich die Methode, wie man die permanente Meinungsbildung, die sich ja entwickelt, oben zur Kenntnis nimmt und anhand derer man dieses Fortschreiten des Programms machen kann. Ich plädiere sehr für drei Tage.

Kiesinger: Ich nehme an, daß die unbehagliche Atmosphäre, die doch den Mainzer Parteitag ein bißchen beherrscht hat, vorbei sein wird. Aber man muß auch versuchen, für solche Fälle vorzusorgen. Bei einem solchen Parteitag passiert es allzu leicht, wenn er unter extremen Bedingungen stattfindet, daß dann periphere Gestalten den Parteitag stören.

Heck: In Mainz kamen sie zu wenig zum Arbeiten.

Kiesinger: Ich glaube, der Gefahr ist schon vorgebeugt dadurch, daß wir es ja wieder machen beim Berliner Parteitag, und da lege ich allerdings den Gradl'schen Argumenten sehr viel Wert bei. Die Atmosphäre macht, glaube ich, viel aus. Das ist eine alte Erfahrung.

Dregger: Wir werden einen Vorschlag machen unter diesem Aspekt.¹⁰⁸

Kraske: Wir sollten übrigens bis zur endgültigen Entscheidung über das Programm auch noch überlegen, ob wir bei diesem nächsten Parteitag wieder eine gewisse Zeit in Arbeitskreise gehen. Gerade bei der Vielfalt der Anträge in Mainz ist an mich doch von vielen Freunden der Wunsch herangetragen worden, daß man doch die Anträge ein bißchen vorsortieren sollte in Außenpolitik oder Gesellschaftspolitik, um sie dann gründlicher behandeln zu können vor dem Plenum. Auch das braucht jetzt nicht entschieden zu werden, aber wir sollten es mit im Auge behalten.

Heck: Nächster Punkt der Tagesordnung:

108 Tatsächlich fand der 18. Bundesparteitag vom 25. bis 27. Januar 1971 in Düsseldorf statt.

VERSCHIEDENES

Von uns nur ein Punkt. Wir wollen die Termine für die nächsten Vorstandssitzungen vereinbaren. Es sind vier Vorstandssitzungen vorgesehen. Wir haben sie so gelegt, daß sie zusammenfallen mit Präsidiumssitzungen am Vormittag:

1. Vorstandssitzung am Freitag, dem 23. Januar 1970, 15.00 Uhr; 2. Vorstandssitzung am Freitag, dem 13. März 1970, 15.00 Uhr; 3. Vorstandssitzung am Freitag, dem 24. April 1970, 15.00 Uhr; 4. Vorstandssitzung am Freitag, dem 19. Juni 1970, 15.00 Uhr (das ist die letzte vor der Sommerpause).

Wir werden aber dann den Vorstandsmitgliedern mitteilen, daß sie sich auf Übernachten einstellen sollen, denn es ist also heute keine sehr tröstliche Erfahrung, wie heute hier die konstituierende Sitzung des Vorstands verlaufen ist. Ich meine, es wäre auch gut, wenn der Vorstand hier beisammensitzt, daß man abends noch etwas lockerer zusammensitzen kann, denn da gibt es Verschiedenes zu besprechen. Wir sind dann gerne reihum die Gäste, das eine mal beim Bundestagspräsidenten oder unserem Vorsitzenden.

Stingl: Wir haben die Verpflichtung nach dem Statut, zu tagen mit den Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Vereinigungen. Das ist im letzten Jahr überhaupt nicht gemacht worden. Da wäre es doch ganz vernünftig, auch schon den Termin festzulegen.

Heck: Das ist auch schon vorgesehen, Herr Stingl. Wir machen das eines nach dem anderen.

Kraske: Herr Stingl, es ist vorgesehen für den Februar eine Konferenz Landesvorsitzende, Vereinigungsvorsitzende. Aber der Termin steht heute noch nicht fest.¹⁰⁹

Heck: Wir können diese Termine ja hier in diesem Kreis nicht einfach festlegen. Wir müssen in der nächsten Sitzung der Landesvorsitzenden das Thema zur Diskussion stellen und bei denen die Terminlage einholen. Und das gleiche gilt für die Ministerpräsidenten. (*Unruhe.*)

Dregger: Ich habe noch eine Frage. Ich weiß nicht, ob das nachher in die Reformkommission gehörte, oder ob man das hier zu besprechen hat. Man muß doch daran denken, ob die Frage, daß man hervorragende Wissenschaftler auf verschiedenen Gebieten, die unserer Partei nahestehen, in einer Art Braintrust auch für die verschiedenen Sachgebiete nicht mit einspannen kann. Ich bin also nicht der Meinung, daß wir auf einen entsprechend hohen Sachverstand auf verschiedenen Gebieten restlos verzichten sollen. Die Frage ist, ist das eine Frage, die dann in der Kommission entsprechend behandelt wird, oder ist das eine generelle Frage, wie diese Partei auf verschiedenen Gebieten sich Kreise von gewissen Leuten verschafft, die dann auch von sich aus interessiert wären, der Partei einen entsprechenden Rat zu geben.

109 Laut Protokoll der Präsidiumssitzung vom 20. April 1970 fand die Sitzung am 23. April 1970 in Bonn statt (ACDP 07-001-1403). Ein Protokoll der Sitzung existiert nicht, nur handschriftliche Notizen von Karl-Heinz Bilke (ACDP 07-001 AO Bundesvorstand, Bundesausschuß 1970-September 1972 unverzeichnet).

Heck: Sowohl als auch, würde ich sagen. Diese Kommission als solche kann an Sachverstand zunehmen. Sie muß diesen Sachverstand nur noch bewältigen in den drei Monaten. Darauf mache ich aufmerksam. Die große Gefahr bei der Kommission ist jetzt schon wieder, daß sie nicht fertig wird. Aber das ist Sache der Kommission selber.

Dregger: Ist ein Termin daran geknüpft?

Heck: Das wird jetzt noch fertiggemacht. Im Januar fängt die an und am 30. März muß die Arbeit vorgelegt werden. Sonst hat das gar keinen Sinn, sonst kommen wir nicht durch. Nach allen meinen Erfahrungen mit den Kreisverbänden ist drei Monate eine außerordentlich knappe Zeit. Und das muß die Kommission wissen. Sie kann natürlich viel Sachverstand beteiligen, bloß muß sie wissen, wie sie fertig wird. Aber ganz generell kann natürlich der wissenschaftliche Sachverstand in jeder möglichen Weise, allerdings wie ich meine in der zweckmäßigsten Weise, herangezogen werden. Meine Erfahrung ist, daß die Mischung von Praktikern und wissenschaftlichem Sachverstand, ohne daß eine Vorlage vorliegt, im allgemeinen zu endlosen Gesprächen führt, aber zu wenig Fortschritt.

Kiesinger: Ja, meine Damen und Herren, ich würde vorschlagen, daß wir jetzt die Sitzung des Vorstandes beenden sollten, sonst sitze ich am Schluß mit dem Generalsekretär noch alleine da. Ich danke Ihnen für die Geduld und wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest.